

Stadt-Gesundheitsprofil
2005

WHO Gesunde Städte
Projekt



Stadt-Gesundheitsprofil 2005

WHO Gesunde Städte Projekt

Inhalt

Vorwort	3	25	Durchschnittliches Einkommen	34
Demographische Daten	4	26	Verteilung der Einkommen	35
1 Gesamteinwohnerzahl	4	27	Jugenddelinquenz	37
2 »Natürliche« Bevölkerungsbewegung	5	Bildung		40
3 Wanderungssaldo: Zu- und Abwanderung	6	28	Schülerinnen und Schüler nach Schularten	40
4 Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung	7	29	Schulabgänger nach Schulabschluss	42
5 Anteil von Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung	8	Umwelt		44
Kommunale Ökonomie	10	30	Flächennutzungsstruktur	44
6 Bruttowertschöpfung in Euro je Einwohner	10	31	Modal-Split und Anzahl der Kraftfahrzeuge	45
7 Verhältnis von »Einnahmen/Ausgaben« pro Haushaltsjahr	10	32	Lärmbelastung	46
8 Pro-Kopf-Verschuldung in Euro je Einwohner	12	33	Luftbelastung	47
9 Wohnungsleerstand	13	Partizipation		50
10 Erwerbstätigenquote	13	34	Wahlbeteiligung	50
11 Erwerbstätige nach Stellung im Berufsleben	14	35	Anzahl der Selbsthilfegruppen/ Selbsthilfegruppendichte	51
12 Gewerbebestand	15			
Gesundheit	17			
13 Sterblichkeit nach elf vermeidbaren Todesursachen sowie Suizide und Säuglingssterblichkeit	17			
14 Meldepflichtige Erkrankungen	20			
15 Transportmittelunfälle	22			
16 Zahngesundheit von Kindern	24			
17 Anzahl der ambulant tätigen Ärzte und Zahnärzte	25			
18 Schwerbehinderte Menschen	26			
19 Impfungen bei Kindern	28			
Soziales	29			
20 Haushaltgröße	29			
21 Wohnraum (qm pro Person)	30			
22 Arbeitslosenquote	30			
23 Sozialhilfequote und Sozialhilfedichte	32			
24 Wohngeldempfänger (Haushalte)	34			

Vorwort

Die vorliegende Broschüre ist das vierte Stadt-Gesundheitsprofil, das seit 1997 im Rahmen des WHO-Projektes »Gesunde Städte« erarbeitet wurde. Es wendet sich wie seine Vorgänger an die breite Öffentlichkeit, an Politiker, Bürger und Interessengruppen und soll sowohl Grundlage für eine breite Diskussion unter den Angesprochenen sein, als auch Hilfe für politische Vorhaben und Entscheidungen.

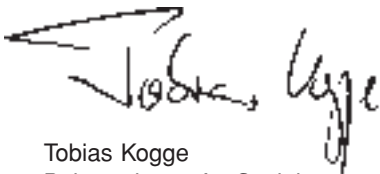
Dieses Stadt-Gesundheitsprofil setzt die Tradition der umfassenden Betrachtung der Lebensumstände in der Stadt Dresden fort. Es berücksichtigt wirtschaftliche und soziale Belange ebenso wie Umweltbedingungen, die neben individuellen Faktoren wie Alter, Geschlecht, genetische Anlage und persönliches Verhalten die Gesundheit der Bevölkerung beeinflussen.

Es unterscheidet sich jedoch auch von den bisher erstellten Berichten, denn es wird den Vergleich mit neun anderen Kommunen Ostdeutschlands, alles Mitglieds-

kommunen im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland, ermöglichen. Im Rahmen eines Forschungsprojektes¹ wurden 35 Kernindikatoren als Indikatorenansatz festgelegt, die von den beteiligten Städten bearbeitet werden und als Grundlage einer integrierten Gesundheitsberichterstattung dienen können.

Allen, die an der Erarbeitung dieses vierten Stadt-Gesundheitsprofils einen Anteil haben, gilt mein besonderer Dank, dabei möchte ich vor allem das Team aus dem Institut für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf sowie die Mitarbeiter vom Institut und Poliklinik für Arbeits- und Sozialmedizin sowie vom Studiengang Public Health der Medizinischen Fakultät der TU Dresden erwähnen und selbstverständlich die Mitstreiter aus den verschiedenen Ämtern.

Ich glaube und hoffe, dieser Bericht kann und wird zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen und Zielvorstellungen und damit zur gesunden Stadt beitragen.



Tobias Kogge
Beigeordneter für Soziales

¹ Der Bericht entstand in Zusammenarbeit mit dem Institut für Medizin-Soziologie am Zentrum für Psychosoziale Medizin des Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf im Rahmen des Forschungsprojektes »'Gesundheit' als integrierendes Leitziel in der Konzeption und Erprobung eines regionalen Berichtssystems nachhaltiger Entwicklung«. Es handelt sich um ein Teilprojekt des Forschungsschwerpunktes »Problem-orientierte regionale Berichterstattungssysteme« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und wird von diesem von 5/2002 bis 4/2005 gefördert (Förderkennzeichen: 07 RBS 08)

Demographische Daten

■ 1 Gesamteinwohnerzahl

Definition:

Die Gesamteinwohnerzahl umfasst alle zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Kommune gemeldeten Personen. Hier wird die Bevölkerungsbestandsänderung von 1997 bis 2003 anhand der absoluten Bevölkerungszahl mit Hauptwohnsitz in Dresden, aufgliedert nach Geschlecht, gemessen. In die Berechnung fließen die Anzahl der Geburten, die Anzahl der Sterbefälle sowie die Zahl der zu- bzw. abgewanderten Personen mit ein. Stichtag für die Gesamtbevölkerung ist jeweils der 31. Dezember.

Ergebnisse:

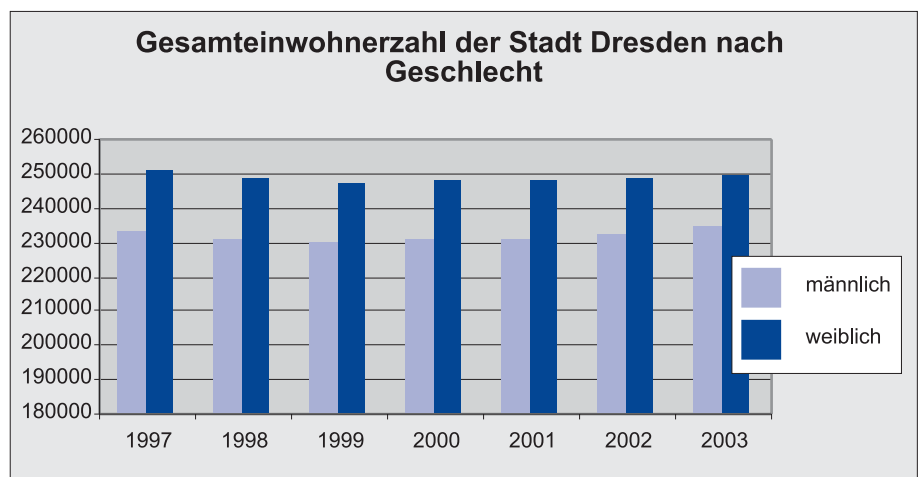
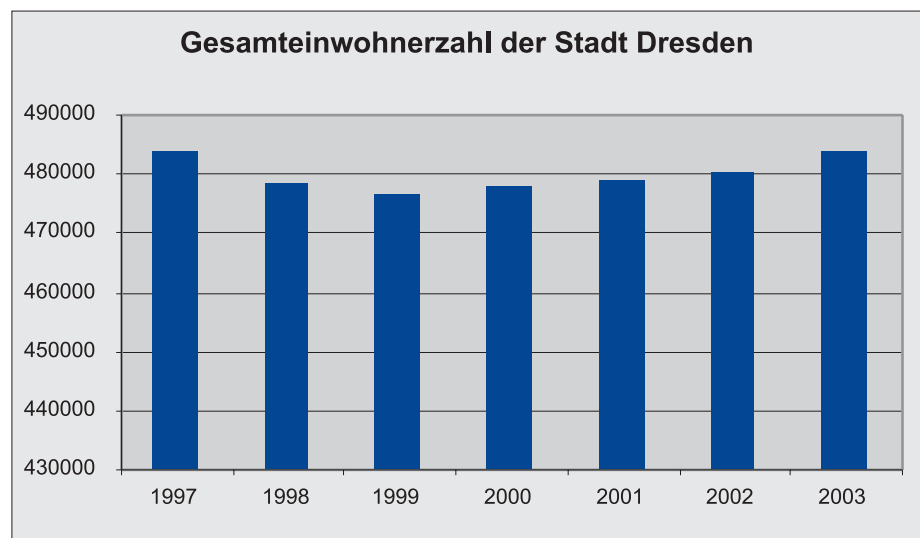
Die Gesamteinwohnerzahl Dresdens betrug im Jahr 2003 483.632. Damit wurde wieder das Niveau von 1997 erreicht. Das Absinken der Einwohnerzahl konnte 2000 gestoppt werden. Seit dem stieg die Gesamteinwohnerzahl wieder leicht an. In der Zeit zwischen 1997 und 2003 lebten durchgehend mehr Frauen als Männer in Dresden. 1997 betrug der Frauenüberschuss reichlich 17.000, 2003 über 15.000 Personen.

Die Gesamteinwohnerzahl steigt seit 2000 wieder leicht an.

Bedeutung:

Die Entwicklung der Gesamteinwohnerzahl zeigt, ob es sich um eine »wachsende« oder eine »schrumpfende« Stadt handelt. Diese beiden Konzepte von Stadtentwicklung haben jeweils ihre eigenen Perspektiven und Probleme:

■ »wachsende« Stadt: größere Steuereinnahmen für den öffentlichen Haushalt, eventuell Schaffung von Arbeitsplätzen, zunehmende Umwelt- und Gesundheitsbelastung durch Flächenversiegelung und Weiteres;



■ »schrumpfende« Stadt: ökonomische Nachteile, Zunahme sozialer Probleme, ökologische Verbesserung durch weniger Verkehr und mehr freie Flächen etc.

Gemeindegebietsreformen, wirtschaftliches Engagement, Infrastrukturverbesserung sowie die Attraktivität der Stadt Dresden auf soziokulturellem Gebiet wirken sich stabilisierend auf den Bevölkerungsbestand aus.

Es lebten im Jahr 2003 6,4 Prozent mehr Frauen als Männer in Dresden.

Weitere wünschenswerte Informationen:

Die Bereitstellung von Daten der Bevölkerungsbestandsänderung kleinräumig gegliedert nach Ortsamtsbereichen und Stadtteilen als auch für das nahe Umfeld

der Stadt ist für jegliche Planung und Entwicklung erforderlich.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Gebietsstand 1. Januar 2004)

Männer stärker zurückging als die der Frauen. Für Männer sank sie um ca. 15 Prozent von 838 pro 100.000 Einwohner im Jahr 1997 auf 717 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2003. Für die Frauen ging die Sterbeziffer im gleichen Zeitraum um sieben Prozent von 774 auf 720 pro 100.000 Einwohner zurück.

Durch Geburtenanstieg und Sinken der Sterbefälle 2003 wurden fast genauso viele Menschen in Dresden geboren, wie gestorben sind. Langfristig bleibt aber der Trend zur Überalterung der Bevölkerung bestehen. Auf jede Frau kamen 2003 in Dresden 1,34 statt der für die Reproduktion der Bevölkerung notwendigen zwei Kinder. Allerdings stieg die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Frau seit 1997 um 0,31 und liegt

Stadtentwicklungspolitik. Die wieder steigende Zahl der in Dresden geborenen Kinder liefert einen wichtigen Ausgangspunkt für die Kinder- und Jugendpolitik der kommenden Jahre. Gleichzeitig macht die weitergehende Überalterung der Bevölke-

Seit 1997 stieg die Zahl der Geburten in Dresden um 30 Prozent an. 2003 wurden hier fast genauso viele Menschen geboren, wie gestorben sind.

rung die verstärkte Berücksichtigung von Senioren in den Planungen für die Bereiche Wohnen, Freizeit und Gesundheit notwendig.

■ 2 »Natürliche« Bevölkerungsbewegung

Definition:

Unter »natürlicher« Bevölkerungsbewegung versteht man diejenige Bevölkerungsbestandsveränderung, die sich durch Geburten und Sterbefälle ergibt. Sie wird hier angegeben

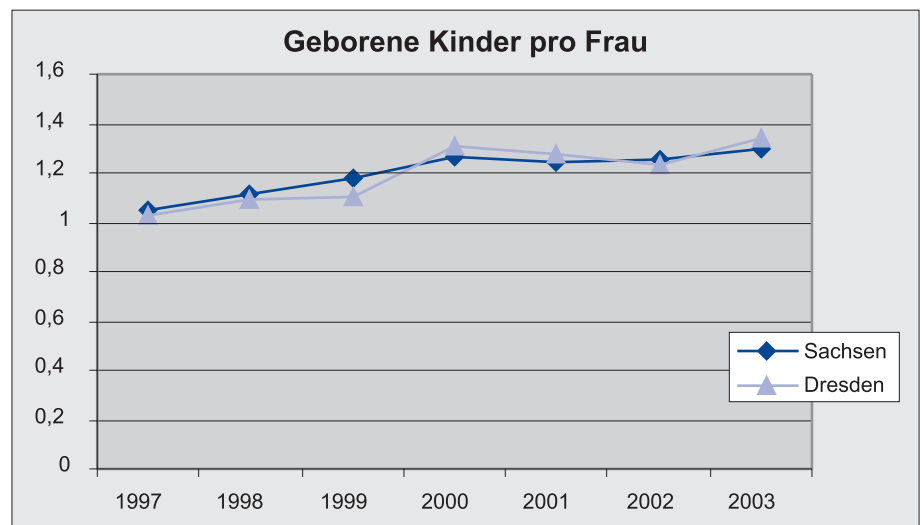
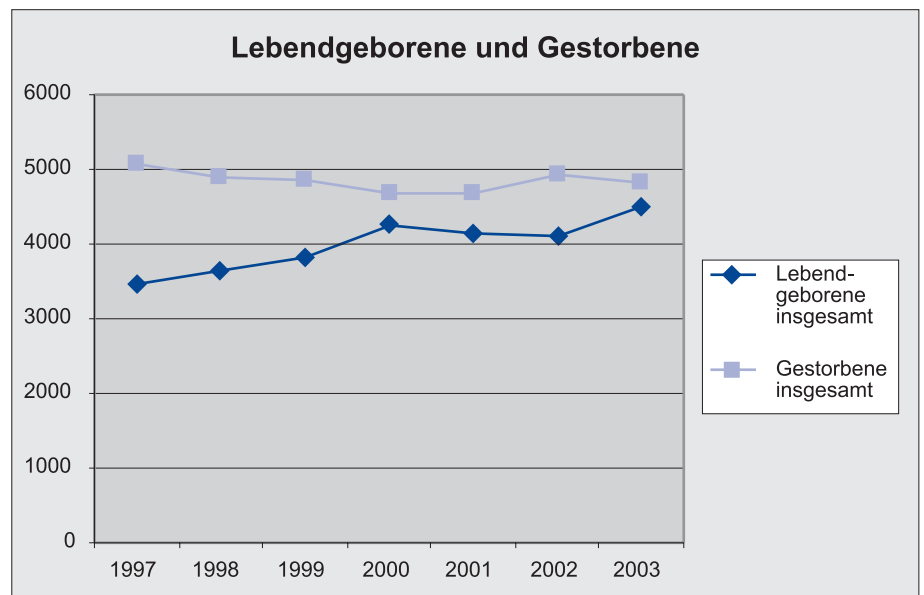
- durch die absoluten Zahlen für Geburten und Sterbefälle,
- durch die Fruchtbarkeitsziffer, die verzeichnet, wie viele lebendgeborene Kinder auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahre kommen, und
- durch die Sterbeziffer, mit der die Zahl der Gestorbenen pro 100.000 Einwohner bezeichnet wird.

Damit historisch, regional oder zufällig bedingte Ungleichgewichte in der Altersverteilung der Bevölkerung die Sterbeziffer nicht verzerren, wird sie einer Altersstandardisierung* unterzogen. Die Bezugsgröße für die Bevölkerungszahl ist die mittlere Jahresbevölkerung, d. h. die durchschnittliche Bevölkerung eines Jahres.

Ergebnisse:

Seit 1997 stieg die Zahl der Geburten in Dresden um 30 Prozent, von 3.451 Geburten 1997 auf 4.489 Geburten 2003. Damit wird der seit 1994 anhaltende positive Trend fortgesetzt, der sich auch in der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer niederschlägt. Auf 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren kamen 1997 ca. 35 lebendgeborene Kinder. 2003 waren es bereits ca. 45.

Im Gegenzug verringerte sich die Zahl der Sterbefälle leicht, von 5.063 Gestorbenen 1997 auf 4.835 Gestorbene 2003. Dieser Rückgang der Sterbefälle wird in der altersstandardisierten Sterbeziffer (Gestorbene pro 100.000 Einwohner) noch deutlicher. Er beträgt fast zehn Prozent. Dabei fällt auf, daß die Sterbeziffer der



seit 2000 geringfügig über dem sächsischen Durchschnitt.

Bedeutung:

Die Veränderungen in der Alterszusammensetzung der Bevölkerung ist eine statistische Grundlage für die kommunale

* altersstandardisiert mittels der »Neuen« Europa-Standard-Bevölkerung WHO 1991

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Gebietsstand 1. Januar 2004), Statistisches Jahrbuch Sachsen

■ 3 Wanderungssaldo: Zu- und Abwanderung

Definition:

Der Wanderungssaldo, gemessen durch die Zu- und Abwanderung, kann die Bevölkerungsentwicklung kurzfristiger und massiver als die natürliche Bevölkerungsbewegung beeinflussen. Er wird hier in absoluten Zahlen und in einer Klammer in Zahlen je 100.000 Einwohner angegeben, untergliedert nach Geschlecht und Alter. Stichtag für die Gesamtbevölkerungszahl ist jeweils der 31. Dezember.

Seit 2000 bewirkt die Zuwanderung einen jährlichen Anstieg der Wachstumsrate der Bevölkerung Dresdens bis zu 0,7 Prozent.

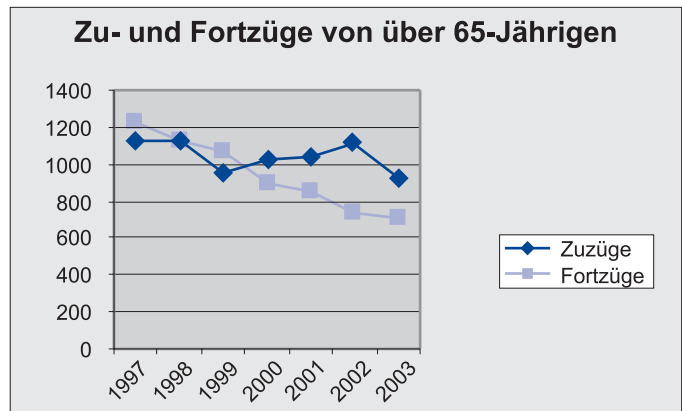
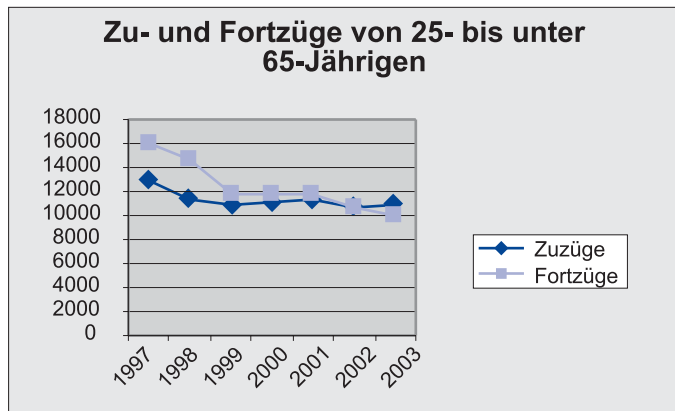
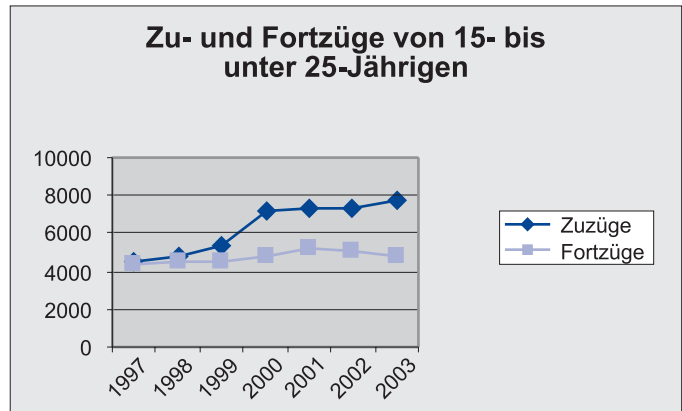
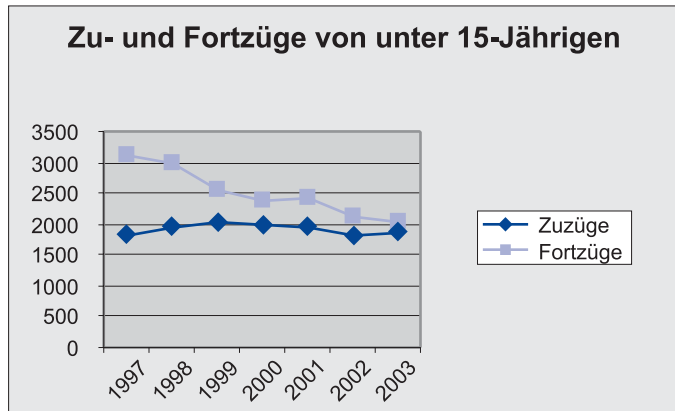
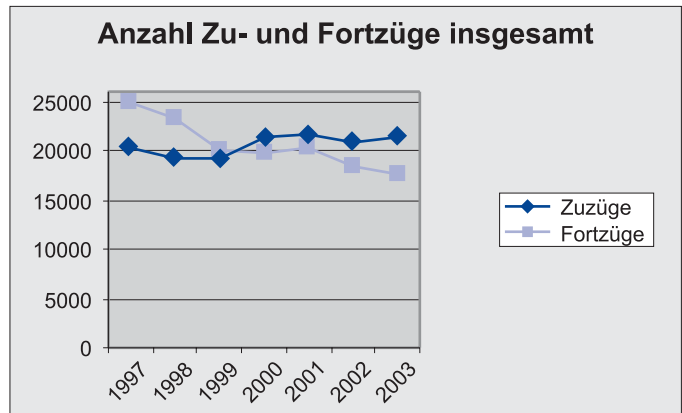
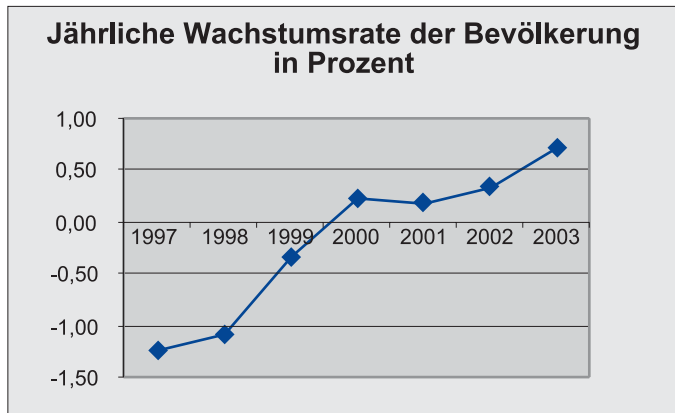
Ergebnisse:

Im Zeitraum von 1997 bis 2003 haben Eingemeindungen und Zuwanderungen in das Stadtgebiet einen wesentlich größeren Einfluß auf die Bevölkerungsentwicklung genommen als die natürliche Bevölkerungsbewegung.

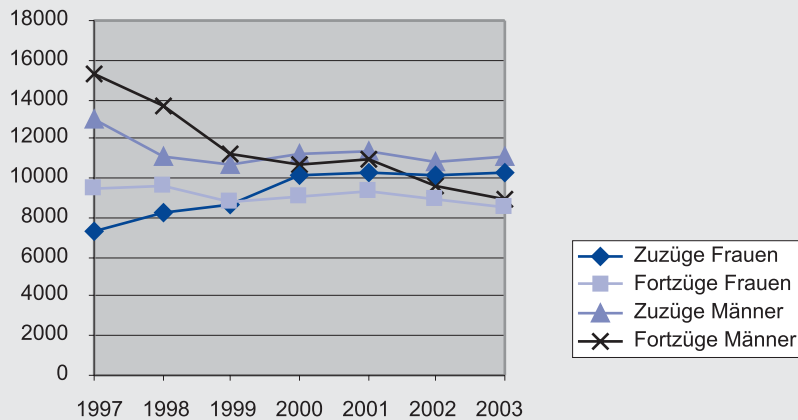
Die Zahl der Fortzüge hat sich im besprochenen Zeitraum um ca. 30 Prozent von 24.789 (5.095) auf 17.540 (3.627) verringert. Im Gegensatz dazu hielt sich die Zahl der Zuzüge auf einem Niveau um 20.000, mit leicht steigender Tendenz auf 21.307 (4.406) im Jahr 2003. Dieser Trend von der Abwanderung zur Zuwanderung setzte sich erstmals im Jahr 2000 durch und bestimmt seitdem den Wanderungssaldo. Insgesamt bewirkte die Zuwanderung seit 2000 einen Anstieg der Wach-

Der Überschuß an Zuzügen kommt vorwiegend durch Menschen im erwerbsfähigem Alter zwischen 15 und unter 25 Jahren zustande. 2003 wurden 78 Prozent des Wanderungsüberschusses durch sie bewirkt.

tumsrate der Bevölkerung Dresdens von jährlich bis zu 0,7 Prozent. Bei einer Untergliederung nach Altersgruppen wird deutlich, daß der Überschuß an Zuzügen vorwiegend durch Menschen im erwerbsfähigem Alter zwischen 15 und unter 25 Jahren zustande kommt. 2003 zogen 7.706 (1.599) Personen diesen Alters zu, aber nur 4.782 (992) weg. Damit kamen 2.924 15- bis unter 25-Jährige mehr nach Dresden, als die Stadt verließen. 78 Pro-



Zu- und Fortzüge nach Geschlecht



4 Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung

Definition:

Die Zuwanderung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wird durch den prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung der Kommune (Personen mit Hauptwohnsitz für 1997 und 2003) angegeben. Stichtag für die Gesamtbevölke-

Der Ausländeranteil der Stadt Dresden lag im Jahr 2003 bei 4,65 Prozent und betrug damit nur die Hälfte des Bundesdurchschnitts von 8,9 Prozent.

zent des Wanderungsüberschusses wird so von dieser Altersgruppe gestellt. Diese große Zahl der zuwandernden 15- bis unter 25-Jährigen steht in Verbindung mit den ansteigenden Studentenzahlen an den Hochschulen in Dresden im gleichen Zeitraum.

Im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nahm der Zuwanderungsüberschuß deutlich ab. Hier zogen 10.816 (2.244) Personen zu und 10.008 (2.077) weg.

Auch in der Gruppe der über 65-Jährigen ließen sich seit 2000 mehr Menschen in Dresden nieder, als fortzogen. Hier wanderten 2003 925 (192) Personen zu, denen nur 713 (148) Abwanderer gegenüberstanden.

2003 zogen deutlich weniger Männer weg und deutlich mehr Frauen zu als 1997.

In der Gruppe der bis 15-Jährigen nahm die Abwanderung seit 1997 kontinuierlich ab und näherte sich der Zahl der Zuwanderung. Im Jahr 2003 zogen 1.860 (386) unter 15-jährige Personen zu und 2.037 (423) Personen weg.

Unterscheidet man die Zu- und Fortziehenden nach Geschlecht, so fällt auf, daß

seit 1997 die Zahl der fortziehenden Männer deutlich gesunken ist. 1997 waren es noch gut 15.300 (3.155), 2003 nur noch fast 9.000 (1.865) Männer. Die Zahl der Zuzüge von Männern fiel im gleichen Zeitraum dagegen nur mäßig, von 12.994 (2.671) auf 11.037 (2.290). Umgekehrt ist bei den Frauen ein deutlicher Zuwachs an Zuzügen zu verzeichnen. 1997 zogen 7.334 (1.507) Frauen nach Dresden, 2003 waren es 10.270 (2.131). Die Fortzüge sanken ebenfalls nur mäßig von 9.438 (1.940) Frauen im Jahr 1997 auf 8.552 (1.775) im Jahr 2003.

Bedeutung:

Die verstärkte Zuwanderung von jungen Menschen und Menschen im Rentenalter zeigen der kommunalen Stadtentwicklungspolitik wichtige Handlungsfelder auf. Hochschul- und Bildungspolitik werden von den beschriebenen Entwicklungen ebenso angesprochen wie die Planungen im Bausektor, Gesundheitssektor, Kultur- und Freizeitbereich.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Gebietsstand 1. Januar 2004)

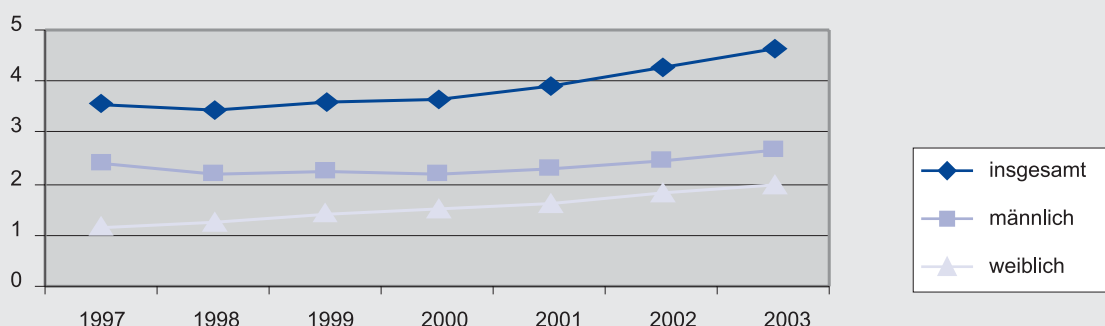
Die Rückführung deutscher Bevölkerungsgruppen aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen Staaten fällt nicht unter diese Form der Zuwanderung.

Ergebnisse:

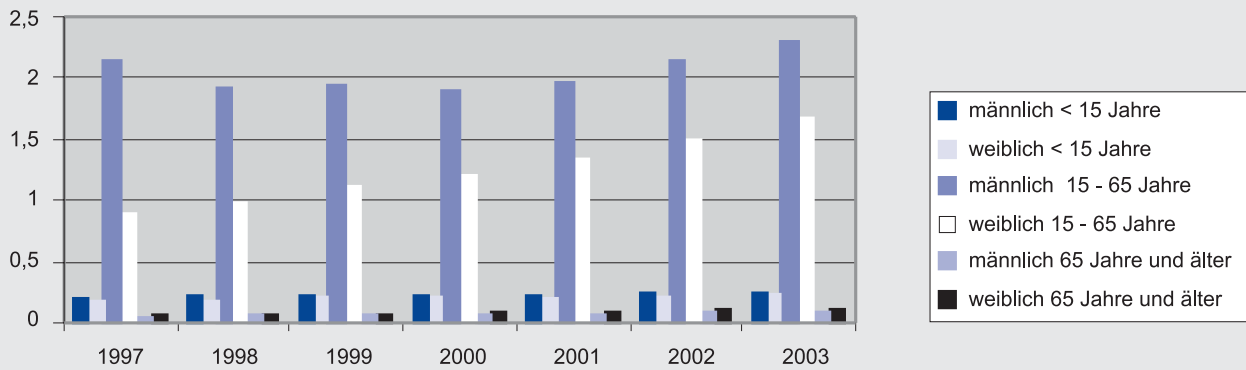
Im Jahre 2003 gab es in der Stadt Dresden ca. 22.400 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Damit lag der Ausländeranteil 2003 bei 4,65 Prozent und betrug nur die Hälfte des Bundesdurchschnitts von 8,9 Prozent. Seit 1997 hat sich dieser Anteil in Dresden vor allem durch eine verstärkte Zuwanderung von Frauen um ca. 1 Prozent erhöht. Insgesamt dominierten unter den Ausländerinnen und Ausländern die 15- bis unter 65-Jährigen. Sie stellten 85 Prozent der aus dem Ausland Zugewanderten. Der Prozentsatz von ausländischen Kindern mit weniger als 0,5 Prozent und der von Rentnern mit weniger als 0,3 Prozent war dagegen sehr gering.

Nach Berechnung der Kommunalen Statistikstelle stammte der Hauptteil der 2003 in Dresden lebenden Ausländerinnen und Ausländer aus Europa (57,6 Prozent) und Asien (30,4 Prozent). Nach ihren Her-

Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Prozent



Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Alter und Geschlecht in Prozent



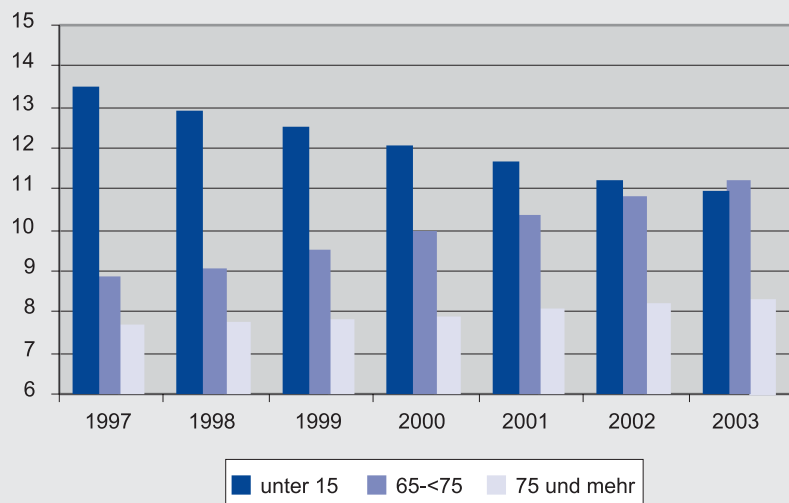
kunftsändern geordnet kamen 10,5 Prozent aus Vietnam, 7,7 Prozent aus Russland, 6,6 Prozent aus der Ukraine, 5,2 Prozent aus China und 5,1 Prozent aus Polen.

Bedeutung:

Die Zahl und Zusammensetzung der Gruppe der Ausländer gibt wichtige Hinweise für eine integrationsunterstützende Politik, z. B. in der Entwicklung des Wohnungsbaus, der sozialen Einrichtungen, der Bildungs- und Kulturinstitutionen, aber auch der kommunalen Ökonomie.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Gebietsstand 1. Januar 2004), Statistisches Jahrbuch BRD 2004, Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden

Anteile von Altersgruppen in Prozent



5 Anteil von Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung

Definition:

Die Darstellung des Anteils verschiedener Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung mit Hauptwohnsitz in der Kommune ist ein wichtiges Instrument für die differenzierte Betrachtung der Entwicklung der Gesamtbevölkerung. Die Anteile sind hier in absoluten Zahlen sowie in Prozent angegeben. Als Indikator für die Überalterung der Gesellschaft wird zusätzlich die Altenziffer dargestellt. Sie beschreibt das Verhältnis von Menschen über 65 Jahren zu Kindern und Jugendlichen bis 15 Jahre. Stichtag für die

Der Anteil von Menschen zwischen 65 und unter 75 Jahren an der Gesamtbevölkerung ist von ca. neun Prozent im Jahr 1997 auf ca. elf Prozent im Jahr 2003 gewachsen. Das entspricht einer Steigerung um fast 18 Prozent in sechs Jahren.

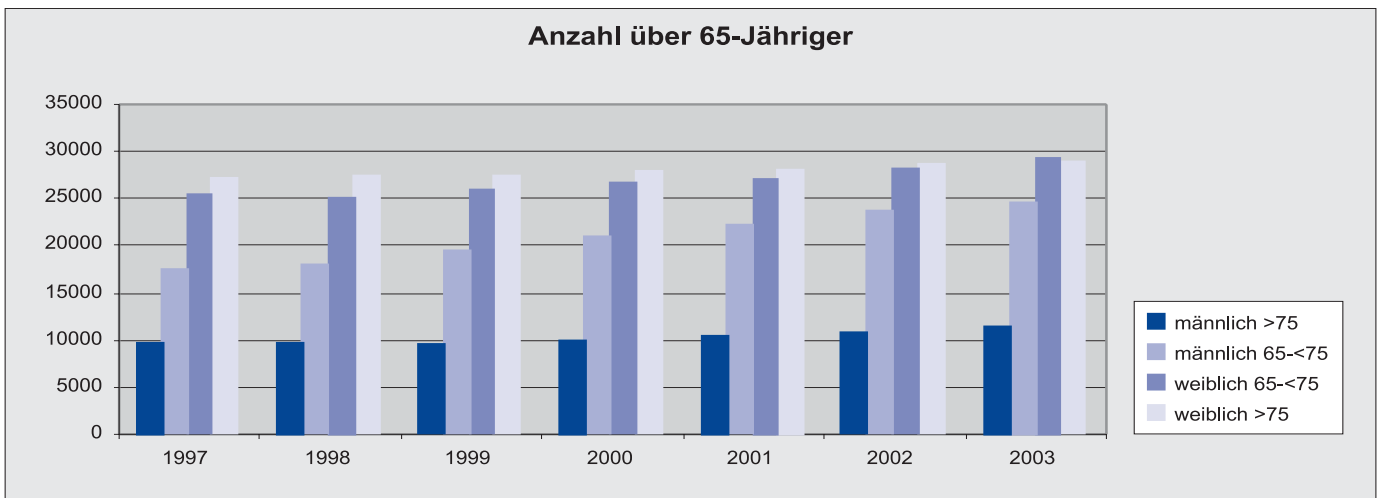
Gesamtbevölkerungszahl ist jeweils der 31. Dezember.

Ergebnisse:

Bei der Betrachtung der Anteile verschiedener Altersgruppen an der Dresdner Bevölkerung zeigen sich im Zeitraum von

1997 bis 2003 einige nennenswerte Entwicklungen.

Im Zeitraum von 1997 bis 2003 verringerte sich die Altersgruppe der Kinder unter 15 Jahre um 12.382 Kinder auf 52.626. Jungen und Mädchen waren in dieser Altersgruppe ungefähr gleich verteilt. Der



Anteil dieser Altersklasse an der Gesamtbevölkerung Dresdens sank somit von gut 13 Prozent im Jahr 1997 auf knapp elf Prozent im Jahr 2003. Das entspricht einer Verringerung um mehr als 20 Prozent. In ihr spiegelt sich der drastische Rückgang der Geburtenzahlen in den Jahren nach der Wende.

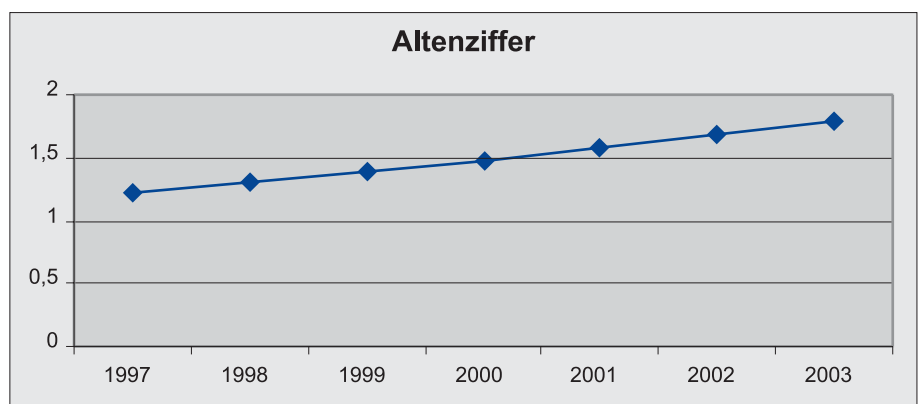
Die Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen war mit ca. 337.000 Personen die Stärkste. Sie beinhaltet Menschen im erwerbsfähigen Alter. Ihr Anteil blieb mit ca. 70 Prozent an der Gesamtbevölkerung relativ konstant, Tendenz leicht sinkend. Auch in dieser Altersgruppe befanden sich

Der Anteil der unter 15-Jährigen an der Gesamtbevölkerung Dresdens sank von gut 13 Prozent im Jahr 1997 auf knapp elf Prozent im Jahr 2003. Das entspricht einer Verringerung um mehr als 20 Prozent.

ungefähr gleich viele Männer und Frauen.

Der Anteil älterer Menschen von 65 bis unter 75 Jahren hat sich im besprochenen Zeitraum um 11.272 Personen vergrößert und betrug 2003 somit 53.870. Damit wuchs der Anteil dieser Gruppe von knapp neun Prozent im Jahr 1997 auf gut elf Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahre 2003. Das entspricht einer Steigerung um fast 18 Prozent in sechs Jahren. Dabei vergrößerte sich die Anzahl der Männer in dieser Gruppe stärker als die der Frauen und war mit 24.648 Personen im Jahr 2003 etwa ein Fünftel niedriger als die der Frauen.

Die Altersgruppe der Hochbetagten wird von Bürgerinnen und Bürgern über 75 Jahre gestellt. Sie vergrößerte sich im Zeitraum von 1997 bis 2003 um 3.379 Personen auf 40.174. Damit stieg ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von ca. 7,5 Prozent auf gute acht Prozent. Das entspricht einem Zuwachs von fast sieben Prozent.



Deutlich überwogen in dieser Altersgruppe die Frauen, wenn auch mit leicht sinkender Tendenz. Kamen 1997 noch 2,8 Frauen über 75 Jahre auf einen Mann gleichen Alters, so waren es 2003 nur noch 2,5. Im Jahr 2003 lebten 11.447 Männer und 28.727 Frauen dieses Alters in Dresden. Die Altenziffer stieg im Zeitraum von 1997 bis 2003 kontinuierlich an. Kamen 1997 auf ein Kind im Alter bis 15 Jahre 1,2 Menschen über 65 Jahre so waren es 2003 bereits 1,8 ältere Bürger pro Kind. Das entspricht einer Zunahme von über 36 Prozent. Insgesamt spiegelt damit die Entwicklung der Altersstruktur der Dresdner Einwohnerinnen und Einwohner den allgemeinen Trend zur Überalterung der Bevölkerung. Das Durchschnittsalter der Dresdner Bevölkerung stieg im beobachteten Zeitraum von 41,6 auf 43,1 Jahre.

Bedeutung:

Der Anteil der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung ist von zentraler Bedeutung für die Planung der kommunalen infrastrukturellen Ausstattung. Die Entwicklung der Trends bei der Anzahl der Vorschulkinder und Schulkinder, die Veränderungen der Anzahl junger Menschen im ausbildungsfähigen Alter, die Zu- oder Abnahme von Menschen im erwerbsfähigen

Alter und im Rentenalter bilden die Grundlage für kommunale Planungen im Bildungs-, Wohnungs-, und Gesundheitsbereich ebenso wie im Kultur- und Wirtschaftssektor sowie für die sozialen Sicherungssysteme.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Gebietsstand 1. Januar 2004)

■ 6 Bruttowertschöpfung in Euro je Einwohner

Definition:

Die Bruttowertschöpfung (in Euro) ist die Summe aller in einer Kommune hergestellten Waren und Dienstleistungen. Sie ermöglicht die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftskraft einer Kommune und wird auf Basis der Herstellungspreise in der Kommune in absoluten Zahlen sowie in Euro je Einwohner berechnet. Grundlage

Die Bruttowertschöpfung pro Einwohner stieg in den Jahren von 1995 bis 2002 um 32 Prozent. Das entspricht einer jährlichen Steigerung von vier bis fünf Prozent.

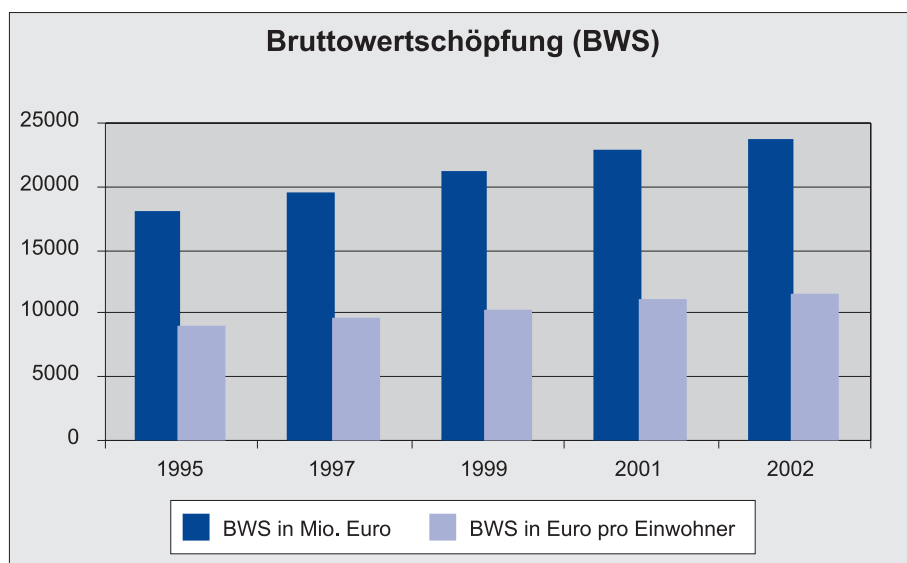
der Berechnung ist die durchschnittliche Bevölkerungszahl der jeweiligen Jahre.

Ergebnisse:

Die Bruttowertschöpfung stieg im Zeitraum von 1995 bis 2002 von 8.900 Mio. Euro auf 11.321 Mio. Euro. Das entspricht einer Steigerung um 27 Prozent bzw. einer jährlichen Steigerung von drei bis fünf Prozent. Die Bruttowertschöpfung pro Einwohner stieg im gleichen Zeitraum von 17.912 Euro auf gut 23.630 Euro. Das entspricht einer Steigerung um 32 Prozent, bzw. einer jährlichen Steigerung von vier bis fünf Prozent. Beide Indikatoren sind Ausdruck für die gestiegene Wirtschaftskraft der Stadt Dresden.

Bedeutung:

Die wirtschaftliche Leistungskraft ist ein entscheidender Faktor für die interne Gestaltbarkeit und Entwicklung einer Kommune durch die vorhandenen Akteure wie private Investoren, Betriebe, Öffentliche Hand, Verbände, Vereine etc. Als Grundlage für die teilweise konflikthaft verlaufenden Aushandlungsprozesse im Rahmen



kommunaler Entwicklungsplanung als auch für den Vergleich der Kommunen untereinander ist die Bruttowertschöpfung von zentraler Bedeutung.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Einwohnerzahl zum Gebietsstand 1. Januar 2003, Berechnung der Wertschöpfung auf Basis des Berechnungsstandes August 2003)

■ 7 Verhältnis von Einnahmen/Ausgaben pro Haushaltsjahr

Definition:

Das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben pro Haushaltsjahr charakterisiert die allgemeine Lage der kommunalen Haushalte. Steuereinnahmen und alle im Haushalt vorgesehenen Ausgaben werden einander gegenübergestellt. Grundlage sind die Bruttoeinnahmen und -ausgaben der Kommune in Euro für die Jahre 1997 bis 2002.

Ergebnisse:

Der Haushalt der Stadt Dresden umfasste im Zeitraum von 1997 bis 2002 jährlich ca. 1.000 Mio Euro. Während die Einnahmen sanken, stiegen die Ausgaben an, was zu einer negativen Bilanz führte.

Die Saldoentwicklung zeigte im besprochenen Zeitraum ein maximales Defizit von ca. 62,5 Mio. Euro im Jahre 2001. Dieses konnte im Jahre 2002 fast halbiert werden und belief sich zum Jahresende auf ca. 33,5 Mio. Euro.

Das maximale Defizit von 62,5 Mio EUR im Jahr 2001 konnte 2002 um fast die Hälfte auf 33,5 Mio Euro gesenkt werden.

Die Einnahmenstruktur wird durch Schlüsselzuweisungen durch das Land (39 Prozent) und Investitionszuweisungen vom Land (13 Prozent) sowie durch sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung (38 Prozent) bestimmt. Einnahmen durch Gebühren und zweckgebundene Abgaben betragen sieben Prozent.

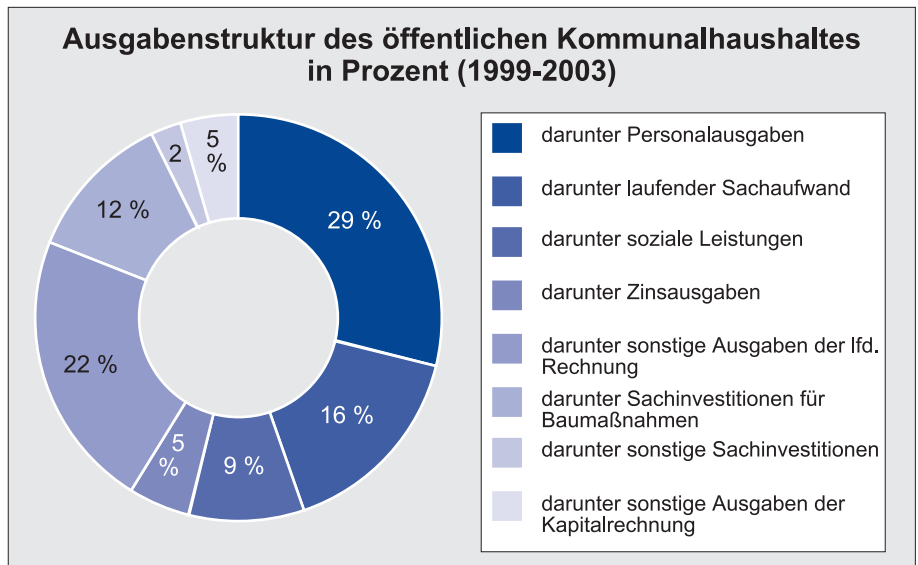
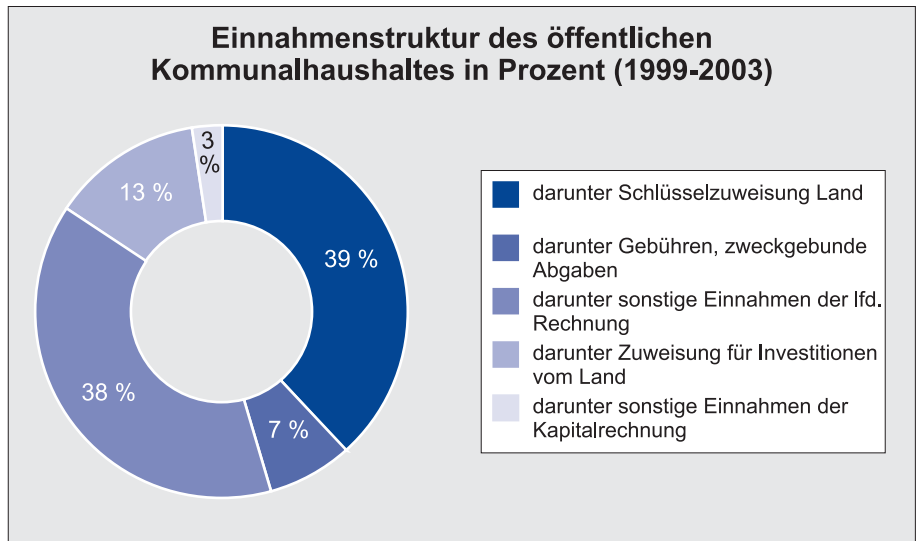
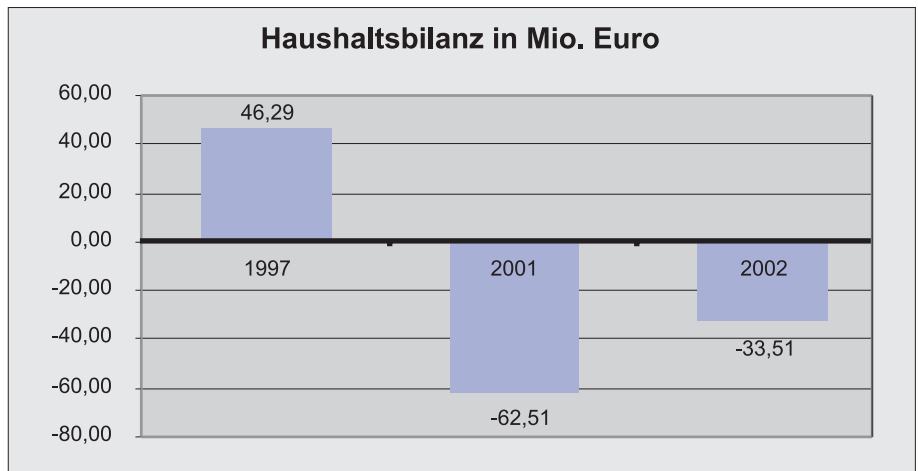
Die durchschnittlichen städtischen Personalkosten weisen mit 29 Prozent den größten Anteil an den Ausgaben auf. Sonstige Ausgaben der laufenden Rechnung nehmen mit 22 Prozent die zweitgrößte Position ein. Zwölf Prozent der Mittel werden für Sachinvestitionen in Baumaßnahmen ausgegeben, neun Prozent für Sozialleistungen der Stadt und fünf Prozent der Ausgaben sind Zinskosten, um die wesentlichsten Posten zu nennen.

Im Zeitraum von 1997 bis 2002 geriet der kommunale Haushalt von einer positiven Bilanz (+ 46,3 Mio Euro) in ein Defizit (- 33,5 Mio Euro).

Bedeutung:

Die Gegenüberstellung der Ein- und Ausgaben des kommunalen Haushaltes macht den Spielraum deutlich, den die kommunale Politik neben den gesetzlich festgelegten Ausgaben für andere kommunale Aufgaben in unterschiedlichen Bereichen hat.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen



■ 8 Pro-Kopf-Verschuldung in Euro je Einwohner

Definition:

Die Pro-Kopf-Verschuldung in Euro je Einwohner mit Hauptwohnsitz in der Gemeinde ist ein Indikator für die allgemeine wirtschaftliche Situation. Sie gibt an, wieviel Euro Schulden des kommunalen Haushaltes auf jeden Einwohner der Kommune kommen und beschreibt damit die Dauerbelastung des öffentlichen Haushalts. Grundlage der Berechnung ist die Gesamtbevölkerungszahl des jeweiligen Jahres zum 30. Juni des jeweiligen Jahres.

Die Pro-Kopf-Verschuldung sank von 1997 bis 2003 um mehr als 13 Prozent und betrug 2003 knapp 1.500 Euro.

Ergebnisse:

Die Schuldenlast der Stadt erreichte mit 827 Mio. Euro im Jahr 2000 ihren Höchstpunkt. Seit dem konnten die Schulden um mehr als 16,3 Prozent, bzw. mehr als 100 Mio. Euro abgebaut werden. 2003 erreichten die Schulden mit 721,9 Mio. Euro den tiefsten Stand seit 1998 (778,1 Mio. Euro).

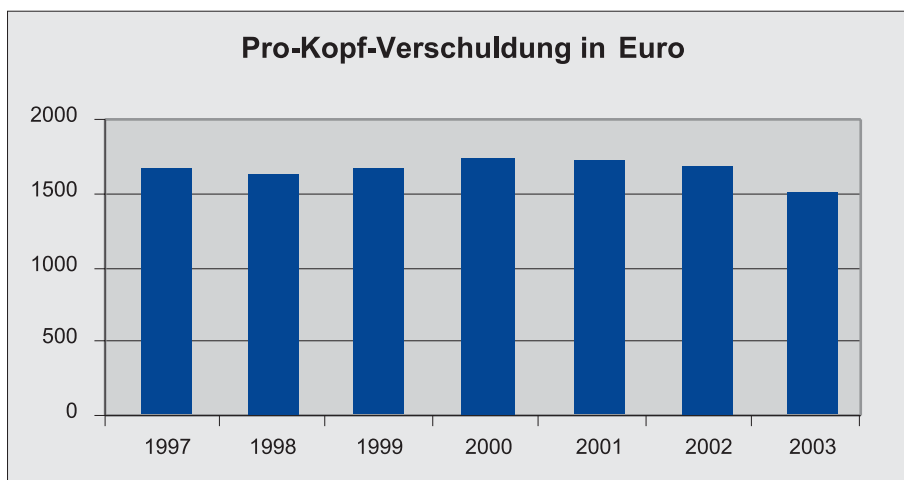
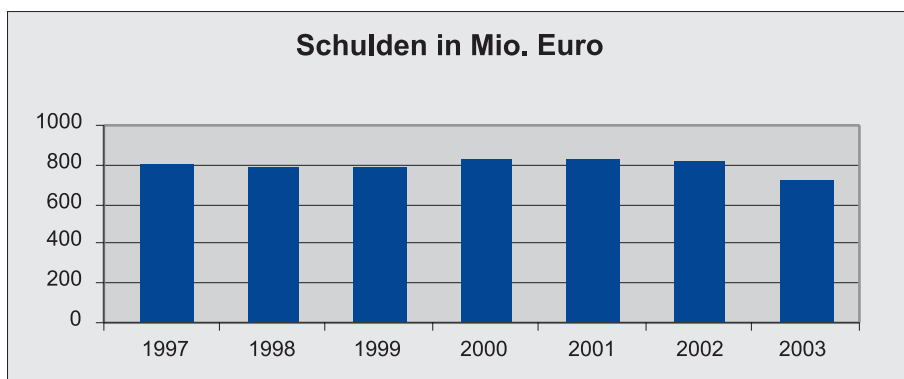
Die Entwicklung der Schulden bezogen auf die Anzahl der Einwohner gestaltete sich analog der Gesamtschulden. Bei der seit 2000 wieder leicht steigenden Bevölkerungszahl ist auch ein Sinken der Pro-Kopf-Verschuldung zu beobachten. Nach dem Höchststand von 2000 mit 1.733 Euro pro Einwohner sank sie um mehr als 13 Prozent auf 1.498 Euro im Jahr 2003 und lag damit deutlich unter dem Tiefststand von 1998 (1.618 Euro).

2003 erreichten die Schulden mit 721,9 Mio. Euro den tiefsten Stand seit 1998 (778,1 Mio. Euro).

Bedeutung:

Die Pro-Kopf-Verschuldung ist ein generelles Maß für die ökonomische Belastung des kommunalen Haushaltes und ermöglicht die Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen. Steigende Pro-Kopf-Verschuldung ergibt eine zunehmende Belastung für die nachfolgenden Generationen. Sinkende Pro-Kopf-Verschuldung entlastet die Bevölkerung späterer Jahrzehnte.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Gebietsstand 1. Januar 2004); Pro-Kopf-Verschuldung für 2003: Stadtkämmerei Dresden; Schulden in Mio. Euro: Berechnungen Rossa aus Vorlage des Statistischen Landesamtes und der Stadtkämmerei Dresden



■ 9 Wohnungsleerstand

Definition:

Der Anteil der leerstehenden Wohnungen im öffentlichen und genossenschaftlichen Gesamtbestand der Wohnungen wird in Prozent angegeben. Da ab 2001 eine verfeinerte Schätzmethode zur Bestimmung des Wohnungsleerstandes angewandt wurde, ist die Differenz zwischen 1997 und 2001 verzerrt.

Ergebnisse:

In den Jahren 2001 bis 2003 ist der Anteil der leerstehenden Wohnungen im öffentlichen und genossenschaftlichen Bereich von 16,2 Prozent auf 13,6 Prozent zurückgegangen. Das entspricht einer Verringerung des Leerstandes um 16 Prozent.

Von 2001 bis 2003 ist der Anteil der leerstehenden Wohnungen im öffentlichen und genossenschaftlichen Bereich von 16,2 Prozent auf 13,6 Prozent gesunken.

Bedeutung:

Der Indikator Wohnungsleerstand verweist auf soziale Problemlagen und sozialpolitischen Handlungsbedarf in der Kommune insgesamt. Weiterhin spiegelt er Möglichkeiten der baulich-räumlichen Gestaltung und der Wohn- und Lebensqualität in der Kommune wider. Hierbei können unterschiedliche Interessen der Akteure (Kommune, Privatwirtschaft, Wohnungsgenossenschaften, Förderprogramme, Bürger) Konflikte aufwerfen und zu unterschiedlichen Entscheidungen (Abriss, Rückbau, Sanierung, Entwicklung von Quartieren) im Umgang mit dem Wohnungsleerstand führen.

Weitere wünschenswerte Informationen:

Die Veröffentlichung des Wohnungsleerstandes, aufgegliedert nach Stadtteilen, wäre auch für die Öffentlichkeit wünschenswert.

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden

■ 10 Erwerbstätigenquote

Definition:

Die Erwerbstätigenquote gibt den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der Gruppe der 15 bis unter 65 Jahre alten Bevölkerung an, die für die Jahre 1997 bis 2003 ihren Hauptwohnsitz in der Kommune hatten. Grundlage der Berechnung ist die Gesamtbevölkerungszahl am 31. Dezember der jeweiligen Jahre.

Ergebnisse:

Die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen erreichte 2003 mit 66,7 Prozent wieder das Niveau von 1997, während sie in der Zwischenperiode um durchschnittlich 1,5 Prozentpunkte gefallen war.

Bei Männern betrug die Erwerbstätigenquote im Jahr 2003 69,8 Prozent und bei Frauen 63,5 Prozent. Damit lag die Erwerbstätigenquote bei Männern durchschnittlich gut neun Prozent über der der Frauen.

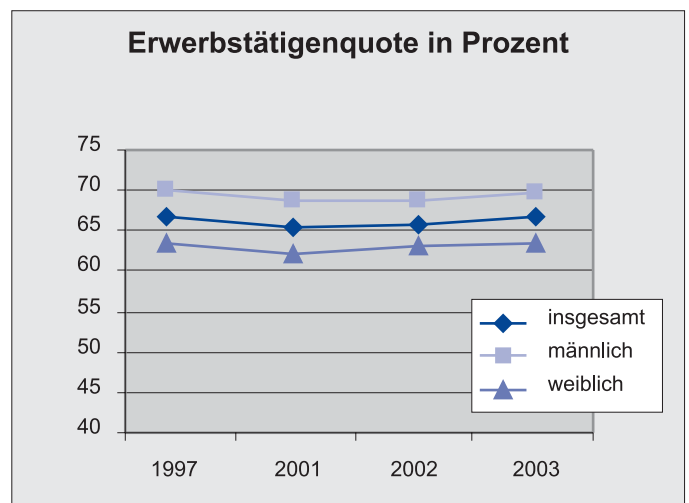
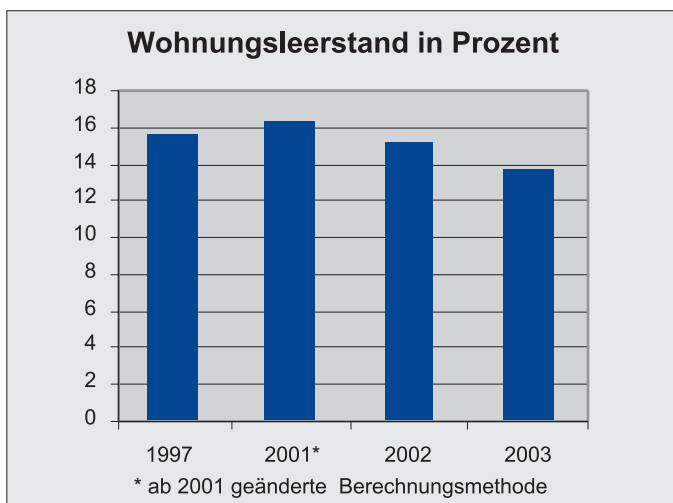
Bedeutung:

Die Erwerbstätigenquote gibt den Bevölkerungsteil (15 bis unter 65 Jahre) an, der aktiv am Wirtschaftsgeschehen einer Kommune beteiligt ist und folglich für den kommunalen Haushalt Steuern zahlt. Die Erwerbstätigen haben den zentralen Einfluss

Die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen erreichte 2003 mit 66,7 Prozent wieder das Niveau von 1997.

auf das Steueraufkommen und die Kaufkraft der Kommune. Außerdem zeigt die Erwerbstätigenquote auch Reserven des Erwerbstätigenpotentials auf.

Quellen: Mikrozensus, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen



■ 11 Erwerbstätige nach Stellung im Berufsleben

Definition:

Die Darstellung der Erwerbstätigen nach Stellung im Berufsleben gibt die Struktur der Erwerbstätigkeit in der Kommune wieder. Einzelne Gruppen werden durch ihren prozentualen Anteil an der Gruppe aller Erwerbstätigen abgebildet. Nicht mit einbezogen wurden militärische Erwerbstätige sowie Auszubildende. Grundlage der Berechnungen ist die Bevölkerungszahl zum 30. Juni des jeweiligen Jahres.

Von 1997 bis 2002 sank der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen um neun Prozent auf 79,5 Prozent.

Ergebnisse:

Die Zahl der Erwerbstätigen betrug 2002 213.603 Personen. Damit arbeiteten 1.662 Menschen mehr als 1997. Das entspricht einer Steigerung von 0,8 Prozent.

Von den Erwerbstätigen am Wohnort Dresden waren 2002 79,5 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das

Der Anteil der geringfügig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen stieg von 1997 bis 2002 von 1,5 auf 8,2 Prozent.

sind neun Prozent weniger als im Jahr 1997. Der Verlust ging zu Gunsten der geringfügig Beschäftigten. Deren Anteil an allen Erwerbstätigen stieg von 1997 bis 2002 von 1,5 auf 8,2 Prozent. Die Zahlen der Beamten und der Selbstständigen stiegen dagegen nur leicht. 2002 waren 3,3 Prozent der Erwerbstätigen Beamte. Das sind 0,6 Prozent mehr als 1997. Der Anteil der Selbstständigen stieg um 0,7 Prozent auf 8,9 Prozent im Jahre 2002.

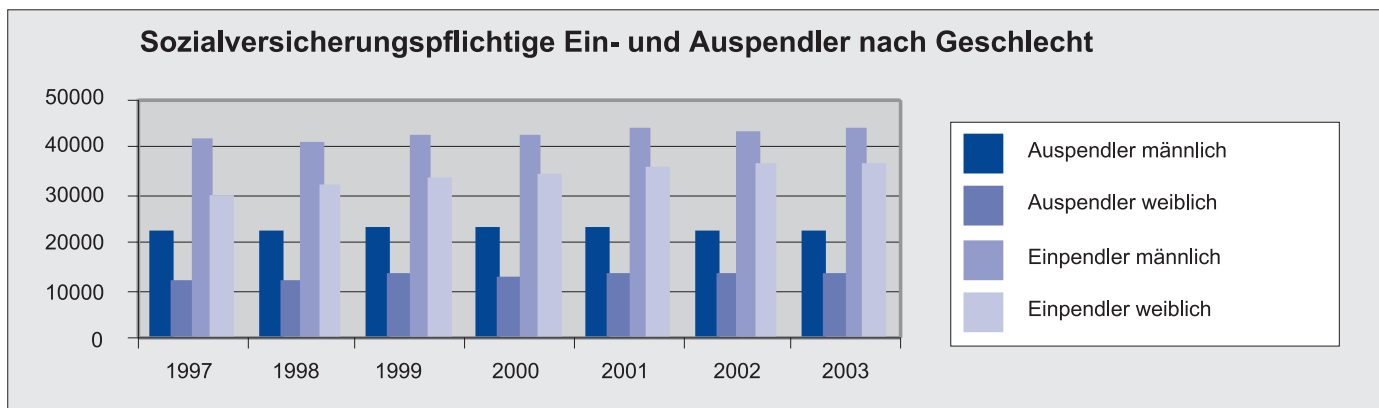
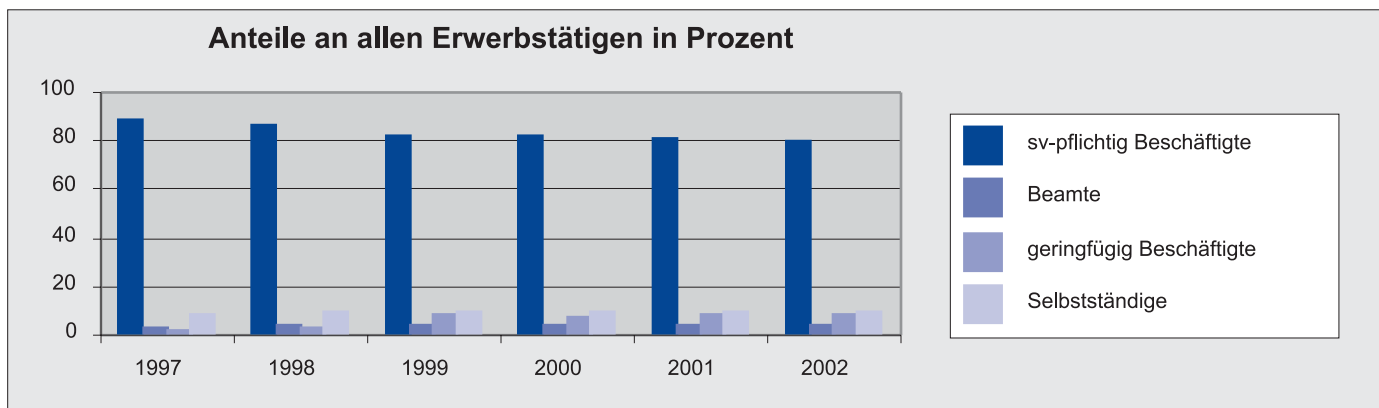
Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Pendler nach außerhalb der Stadt Dresden ist seit 1997 nur leicht gestiegen und beträgt 2003 34.360 Personen. Das heißt, ca. 20 Prozent oder jeder fünfte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeitet außerhalb von Dresden. Der Anteil der Männer ist dabei etwa doppelt so groß wie der Anteil der Frauen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Einpendler stieg im gleichen Zeitraum von 69.662 auf 78.750. Das entspricht einer Steigerungsrate von 11,5 Prozent. Davon sind 2003 ca. 45 Prozent Frauen. Insgesamt stieg damit der Pendlersaldo bei den sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen um 16,5 Prozent von 37.065 Personen im Jahr 1997 bis auf 44.390 Personen im Jahr 2003. Damit pendeln doppelt so viele sozialversicherungspflichtig Erwerbstätige nach Dresden hinein wie aus der Stadt heraus. Und ca. 47 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kommen von außerhalb der Stadt. 1997 waren es noch ca. 38 Prozent.

2003 pendelten mehr als doppelt so viele sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige nach Dresden hinein wie aus der Stadt heraus.

Insgesamt zeichnet sich ab, dass Frauen in den besprochenen Gruppen weniger von den Verlusten betroffen und stärker am Zuwachs beteiligt sind als Männer. So hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten unter den Männern stärker verringert als unter den Frauen. Von den 16.974 verlorenen Stellen bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gingen nur ca. 35 Prozent zu Lasten

Ca. 47 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kommen von außerhalb der Stadt. 1997 waren es noch ca. 38 Prozent.

der Frauen. Auch wurde der Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtigen Einpendlern zu 75 Prozent von Frauen getragen. Und bei den Auspendlern stieg die Zahl zu 95 Prozent durch einen Zuwachs an Pendlerinnen. Von 2002 zu 2003 sprechen die Zahlen allerdings von einer Stagnation dieses Trends bei den Aus- und Einpendlern, sowie einer Umkehrung bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen.



Bedeutung:

Veränderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit weisen auf mögliche arbeitsmarktpolitische Anforderungen an die kommunale Politik hin. Außerdem macht die Zusammensetzung und Struktur der Erwerbstätigkeit auch auf wirtschaftliche Strukturprobleme aufmerksam, die von der Kommune bewältigt werden müssen (Gewerbeflächenausweisung, Ansiedlungspolitik, Gewerbesteuerfragen, Verkehrsplanung, weiche Standortfaktoren).

Quellen: Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

■ **12 Gewerbebestand**

Definition:

Als Gewerbe gilt jede erlaubte selbstständige Tätigkeit, die auf Dauer angelegt ist und mit Absicht der Gewinnerzielung betrieben wird. Diese Tätigkeiten unterliegen der Gewerbeordnung. Ausgenommen von der Anzeigepflicht sind insbesondere die Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Garten- und Weinbau, Fischerei, Bergbau), die freien Berufe im Sinne des Gewerberechts (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, wissenschaftliche, künstlerische oder schriftstellerische Tätigkeiten), Versicherungsunternehmen und die Verwaltung eigenen Vermögens. Erfasst wird hier der Gewerbebestand, Gewerbean- und -abmeldungen, sowie deren Saldo und die Zahl der Insolvenzen.

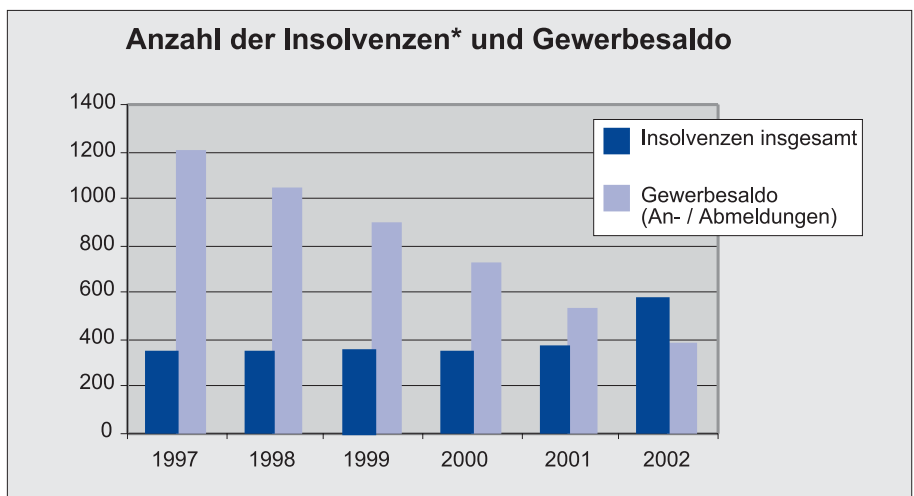
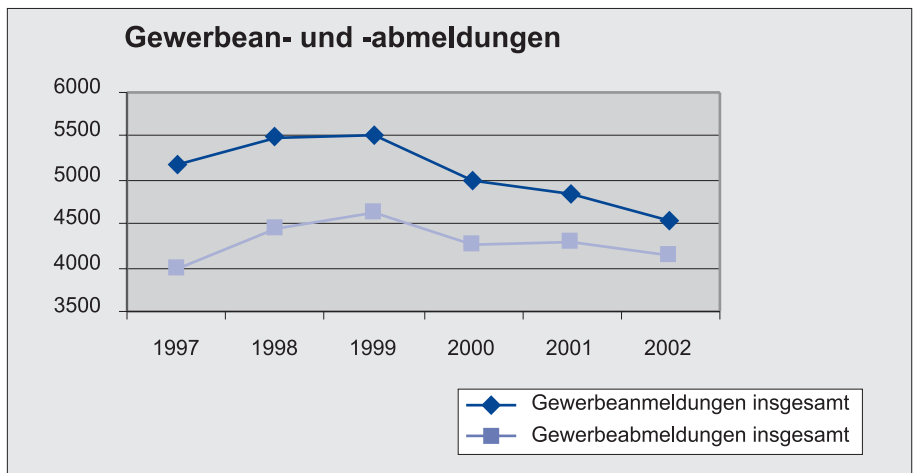
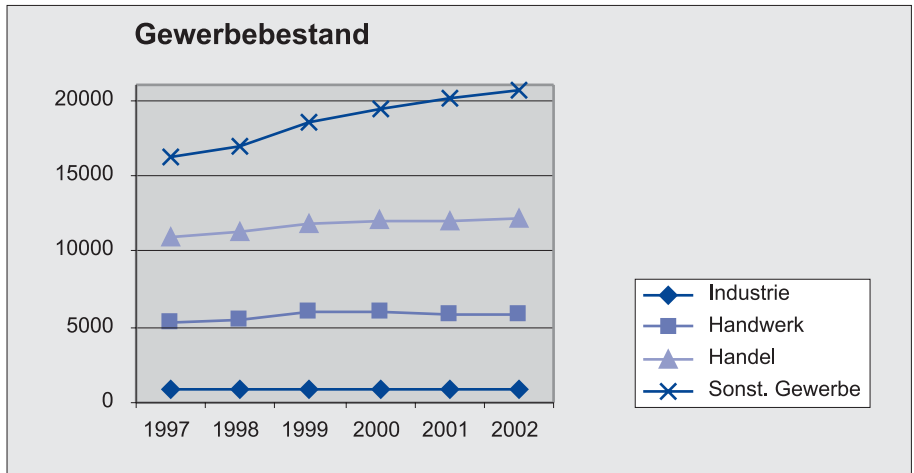
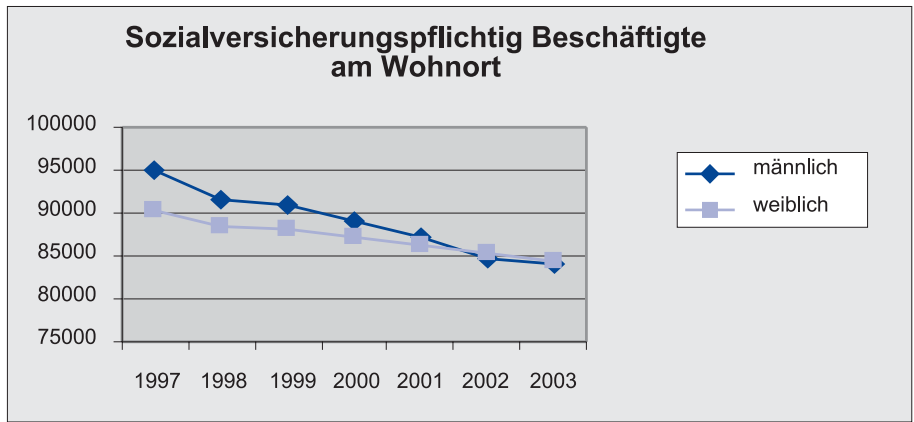
Der Gewerbebestand in Dresden wuchs im Zeitraum von 1997 bis 2002 um 19 Prozent.

Ergebnis:

Der Gewerbebestand in Dresden wuchs im Zeitraum von 1997 bis 2002 um 19 Prozent von 33.164 auf 39.379 Unternehmen an. Die höchste Zuwachsrate gab es im Bereich sonstige Gewerbe (Dienstleistungen) mit 26,8 Prozent, gefolgt von Unternehmen im Handel mit 11,5 Prozent, dem Handwerk mit 10,2 Prozent und Industrieunternehmen mit 8,1 Prozent Zuwachs.

Die Gewerbeneuanmeldungen sanken im besprochenen Zeitraum insgesamt um 18,7 Prozent.

Die Gewerbeneuanmeldungen sanken im besprochenen Zeitraum insgesamt um 18,7 Prozent. Sie fielen von 5.184 Neuanmeldungen im Jahr 1997 auf 4.523 im Jahr 2002. Im Gegenzug stieg die Zahl der Gewerbeabmeldungen um vier Prozent an,



von 3.990 im Jahr 1997 auf 4.149 Unternehmen im Jahr 2002. Das positive Gewerbesaldo verringerte sich damit um zwei Drittel. 1997 gab es noch 1.194 mehr Gewerbean- als abmeldungen. 2002 waren es nur noch 374.

Die Zahl der Insolvenzen stieg zum Jahr 2002 auf 571* an und erreichte damit den Höchststand seit 1997. In den vorherigen Jahren wurden zwischen 338 und 359 Insolvenzen gemeldet.

Die Entwicklung der Gewerbeab- und -anmeldungen sowie der Insolvenzen stellt einen gegenläufigen Prozess zur positiven Entwicklung des Unternehmensbestandes in Dresden dar.

Bedeutung:

Die Darstellung des Gewerbebestandes bietet Einblick in die Dynamik der Privatwirtschaft in der Kommune. Ansiedlungen, Neugründungen und Insolvenzen beschreiben das kommunale Wirtschaftsgeschehen besonders im Hinblick auf die Entwicklung von Arbeitsplatzangeboten, Steuereinnahmen und Kaufkraft. Im Trend zeigen sich damit im kommunalen ökonomischen Bereich Prosperität sowie Gefährdungs- und Krisenpotentiale.

* Auf Grund der Änderung des Paragraphen 340 der Insolvenzordnung zum 1. Dezember 2001 ist ein Vergleich der Insolvenzdaten von 2002 mit den Daten der Vorjahreszeiträume nur eingeschränkt möglich.

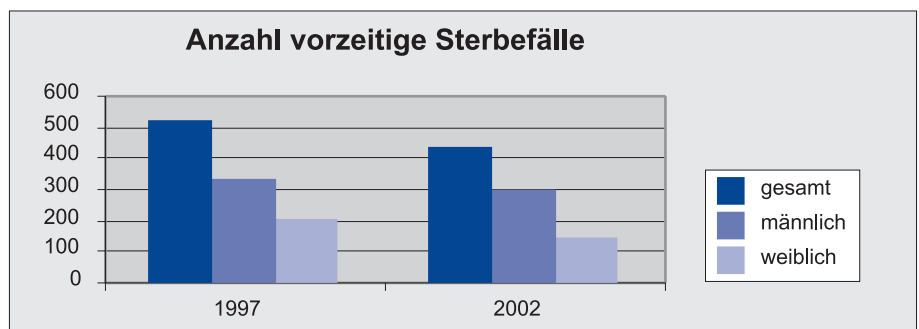
Quelle: Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden; Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

■ 13 Sterblichkeit nach elf vermeidbaren Todesursachen sowie Suizide und Säuglingssterblichkeit

Definition:

Die vorzeitige Sterblichkeit bezieht sich auf Todesfälle, die als vermeidbar gelten und Menschen unter 65 Jahren getroffen haben. Hier werden elf Krankheiten als durch medizinische oder präventive Maßnahmen vermeidbare Todesursachen genauer betrachtet. Zusätzlich werden perinatale Sterbefälle (Gestorbene ab 28. Schwangerschaftswoche bis zum 7. Lebenstag) sowie die Säuglingssterblichkeit (Gestorbene im 1. Lebensjahr pro 1.000 Lebendge-

Die Anzahl vorzeitiger Sterbefälle verringerte sich in Dresden im Zeitraum von 1997 bis 2002 um 16 Prozent von 517 auf 432 Fälle.



borene) und Suizidfälle je 100.000 Einwohner einer Analyse unterzogen. Berechnungsgrundlage dafür ist die mittlere Jahresbevölkerung.

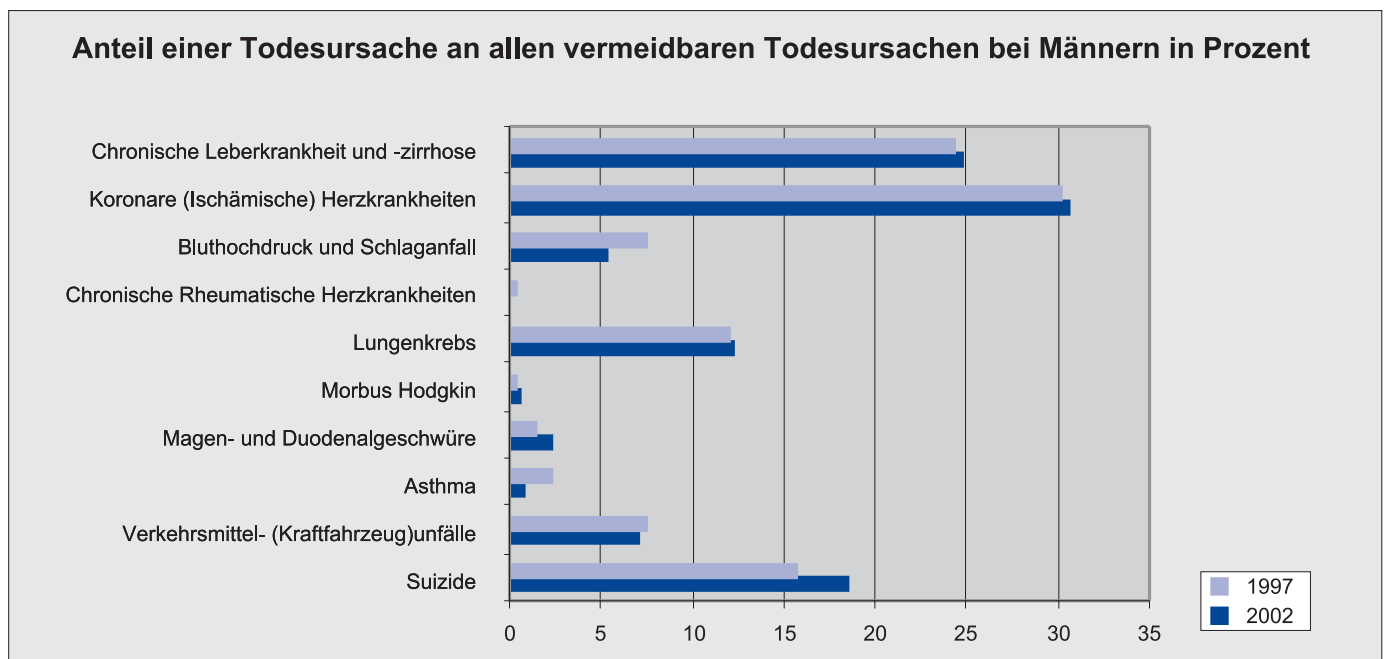
Ergebnisse:

Elf vermeidbare Todesursachen: Die Anzahl vorzeitiger Sterbefälle verringerte sich in Dresden im Zeitraum von 1997 bis 2002 um 16 Prozent von 517 auf 432 Fälle.

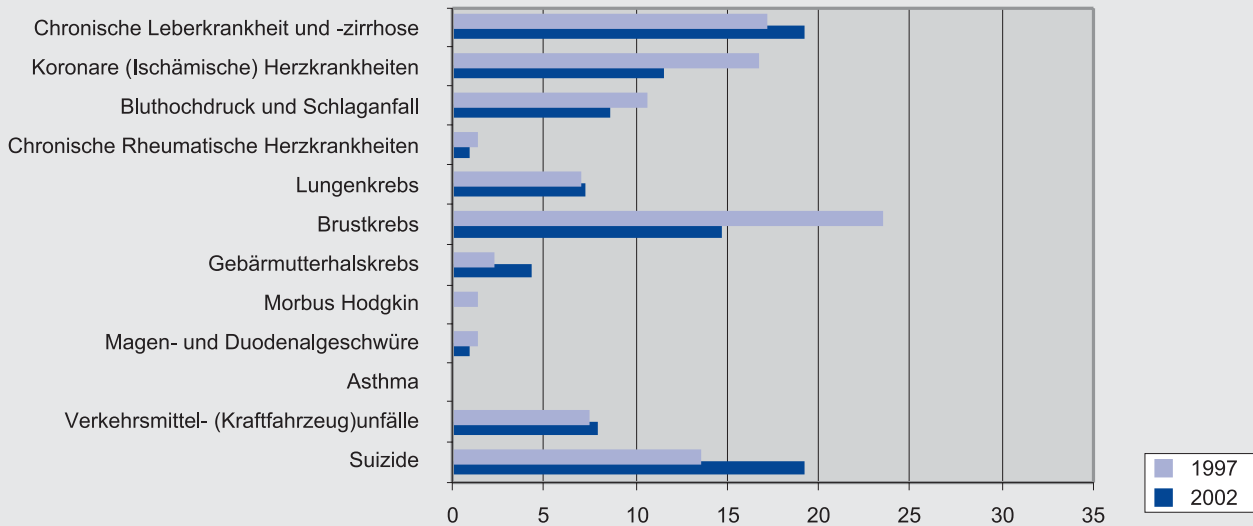
Bei Männern führt die Liste der vorzei-

Männer sind vor dem 65 Lebensjahr mehr als viermal so oft vom Herztod betroffen als Frauen, dreimal so oft vom Lungenkrebs und mindestens doppelt so oft bei allen anderen Gründen der vorzeitigen Sterblichkeit.

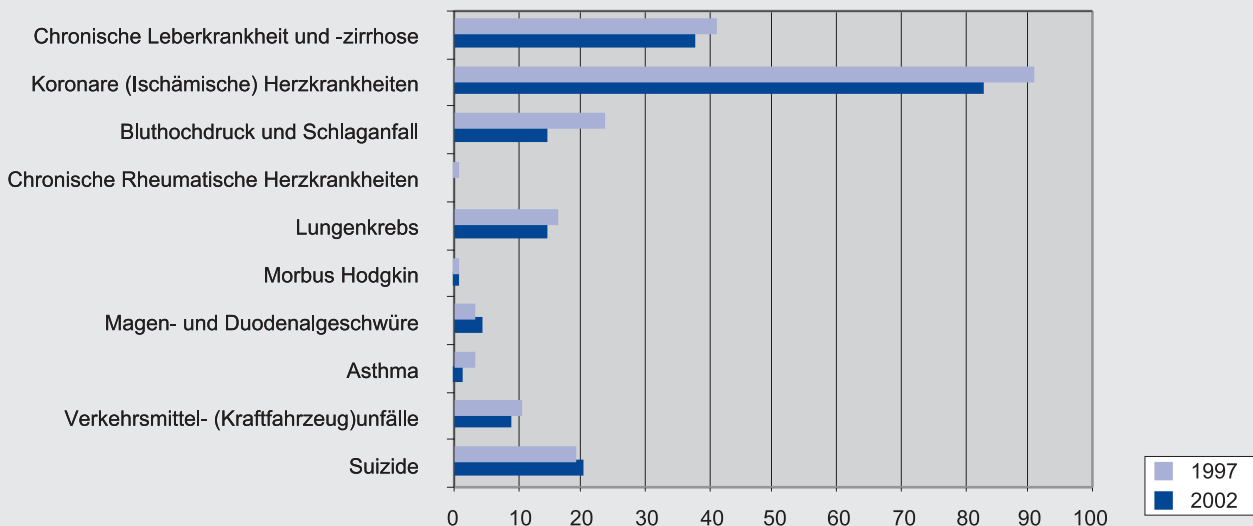
tigen Sterbefälle die Gruppe der koronaren Herzkrankheiten an (30 Prozent), gefolgt von den (alkoholbedingten) Lebererkrankungen (24 Prozent), den Selbststötungen



Anteil einer Todesursache an allen vermeidbaren Todesursachen bei Frauen in Prozent



Sterblichkeit nach vermeidbaren Todesursachen je 100.000 männlichen Einwohnern, altersstandardisiert *



Bei den Frauen konnte die vorzeitige Sterblichkeit mit den Diagnosen Herztod um die Hälfte, Bluthochdruck und Schlaganfall um 40 Prozent sowie Brustkrebs um ein Drittel gesenkt werden.

(16 Prozent) und dem Lungenkrebs (zweifeln Prozent). Verkehrsmittelunfälle (sieben Prozent) sowie Bluthochdruck und Schlaganfall (sechs Prozent) haben eine mittlere Bedeutung. Im zeitlichen Verlauf zeigen sich kaum Veränderungen.

Im Gegensatz dazu sank die vorzeitige Sterblichkeit bei den Frauen bei einigen Diagnosen. Insbesondere verringerte sich der Anteil an vorzeitigen Todesfällen in Folge von Brustkrebs von 1997 zu 2002

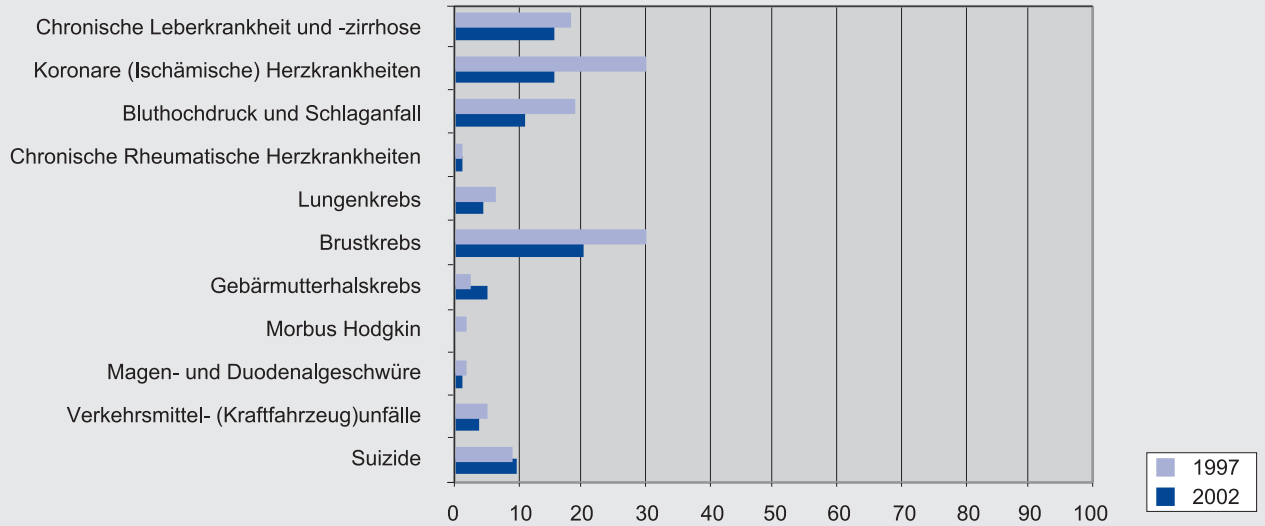
von 24 auf 15 Prozent und in Folge von Herzkrankheiten von 17 Prozent auf elf Prozent. Durch Bluthochdruck bedingte Krankheiten und Schlaganfall verstarben 2002 zwei Prozent Frauen weniger als 1997. Allerdings gab es einen Anstieg der vorzeitigen Sterblichkeit durch (alkoholbedingte) Lebererkrankungen von 17 auf 19 Prozent und durch Suizide von 13 auf 19 Prozent. Auch die Sterblichkeit in Folge von Gebärmutterhalskrebs stieg von zwei Prozent auf vier Prozent. Verkehrsmittelunfälle mit ca. acht Prozent und Lungenkrebs mit ca. sieben Prozent blieben im Zeitraum relativ konstant.*

Für die vorzeitige Sterblichkeit bezogen auf 100.000 Einwohner wurden die Daten altersstandardisiert**, d. h. Verzerrungen

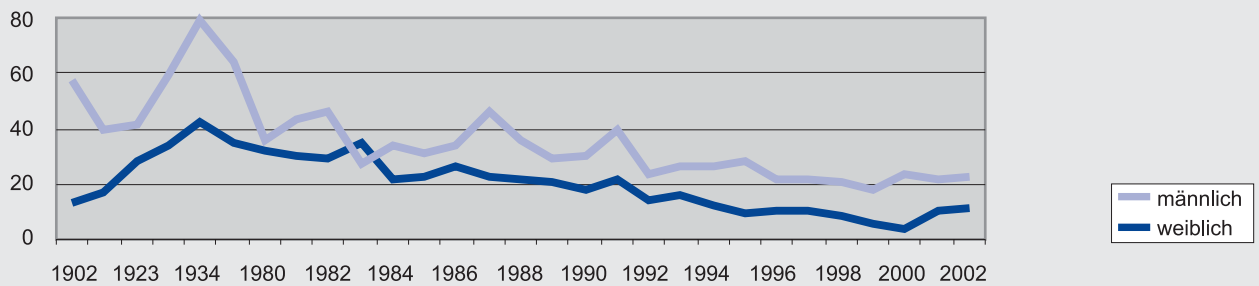
durch Ungleichgewichte in der Altersverteilung wurden ausgeglichen. Im Ergebnis zeigt sich im Jahr 2002 bei den Männern in fast allen Todesursachen ein Rückgang gegenüber 1997. Der geringe Anstieg bei den Suiziden und Magen-Darmgeschwüren ist zwar meßbar, aber nicht bedeutsam.

Bei den Frauen sank die vorzeitige Sterblichkeit bezogen auf 100.000 Einwohner im gleichen Zeitraum stärker als bei den Männern. Der vorzeitige Herztod konnte um die Hälfte gesenkt werden, Todesfälle in Folge von Bluthochdruck und Schlaganfall um 40 Prozent sowie in Folge von Brustkrebs um ein Drittel. Bei allen anderen Ursachen der vorzeitigen Sterblichkeit außer dem Gebärmutterhalskrebs hat ebenfalls eine Senkung stattgefunden. Die vor-

Sterblichkeit nach vermeidbaren Todesursachen je 100.000 Einwohnerinnen, altersstandardisiert *



Suizide je 100.000 Einwohner in den letzten 100 Jahren in Dresden



Die überwiegend durch präventive Maßnahmen vermeidbaren Todesursachen wie Lungenkrebs, Leberzirrhose und Kraftfahrzeugunfälle hatten 2002 einen Anteil von 43,3 Prozent an allen vorzeitigen Todesursachen bei Männern und 34 Prozent bei Frauen.

zeitige Sterblichkeit in Folge von Gebärmutterhalskrebs stieg um das Doppelte.

Im Vergleich Männer gegenüber Frauen fällt auf, dass Männer vor dem 65. Lebensjahr mehr als viermal so oft vom Herztod betroffen sind wie Frauen, dreimal so oft vom Lungenkrebs und mindestens doppelt so oft bei allen anderen Gründen der vorzeitigen Sterblichkeit. Die überwiegend

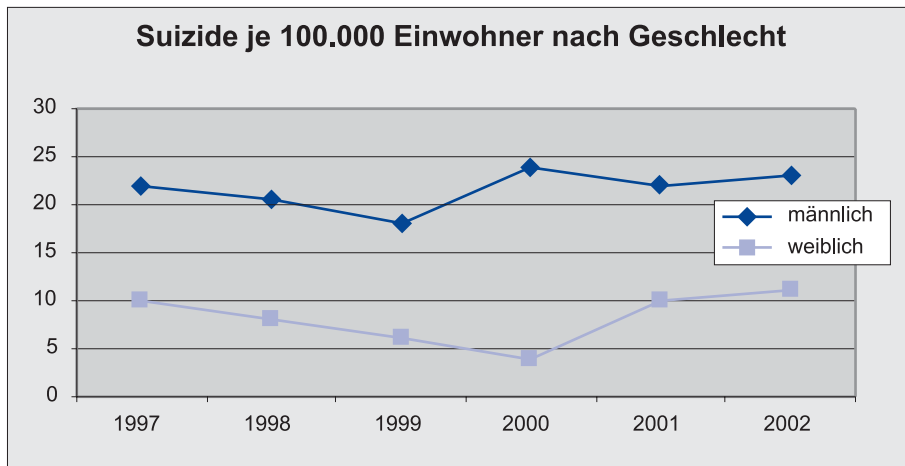
durch präventive Maßnahmen vermeidbaren Todesursachen wie Lungenkrebs, Leberzirrhose und Kraftfahrzeugunfälle hatten 2002 einen Anteil von 43,3 Prozent an allen vorzeitigen Todesursachen bei Männern und 34 Prozent bei Frauen.

Suizide

Seit Beginn der 90er Jahre hat sich der Anteil der Suizide an allen Todesursachen bei Männern und Frauen deutlich verringert. Die Zahl der Suizide wird unter anderem von sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Dabei lag die Suizidrate der Männer stets über der der Frauen. Im Jahr 2002 war sie in Dresden mit 2,54 Prozent gut 2,5 mal so hoch wie die der Frauen mit 0,95 Prozent.

Die Suizidrate der Männer lag 2002 mit 2,54 Prozent gut 2,5-mal höher als die der Frauen mit 0,95 Prozent, bezogen auf alle Gestorbene.

Auch bezogen auf 100.000 Einwohner gingen die Suizide für beide Geschlechter seit den 80er Jahren zurück, bei Männern um die Hälfte von ca. 40 auf 20 Suizide je 100.000 Einwohner und bei Frauen um etwa zwei Drittel von ca. 30 auf 10 Suizide je 100.000 Einwohner. Trotzdem lag die Rate der Männer auch im Jahr 2002 mit 23 je 100.000 Einwohner etwa doppelt so hoch wie die der Frauen mit 11 je 100.000 Einwohner. Seit dem Jahr 1999 bzw. 2000 steigen die Suizidraten wieder leicht an.



Säuglingssterblichkeit

Die Säuglingssterblichkeit hat sich zwischen 1995 und 2002 etwa halbiert. Im Jahr 2002 starben im ersten Lebensjahr 13 Kinder, das sind drei von 1.000 Lebendgeborenen.

Die Säuglingssterblichkeit hat sich zwischen 1995 und 2002 etwa halbiert.

Der vorübergehende Anstieg der Säuglingssterblichkeit in den Jahren 1998 und 1999 macht einerseits die Schwankungsmöglichkeit bei solch seltenen Ereignissen deutlich (ca. 15 Fälle pro Jahr), andererseits ist ein Anstieg der Sterblichkeit paradoxerweise durch den Fortschritt der Medizin begründbar. Frühgeborene und stark untergewichtige Kinder können heute nach der Geburt zunächst am Leben erhalten werden. Allerdings ist die Komplikationsrate bei diesen Kindern im ersten Lebensjahr auf Grund ihrer relativen Unreife hoch. So waren 70 Prozent der Gestorbenen im 1. Lebensjahr Kinder mit einem Geburtsgewicht unter 2.500 Gramm.

Bedeutung:

Die vorzeitige Sterblichkeit (vor dem 65 Lebensjahr) macht auf auffällige Entwick-

lungen der Sterblichkeit und ihrer Ursachen aufmerksam. Sie macht deutlich, welche vorzeitigen Sterbefälle potentiell vermeidbar wären und wo weitere Verbesserungen der medizinischen Versorgung und Prävention notwendig sind.

Weitere wünschenswerte Informationen:

Eine Aufgliederung der Suizide in Altersgruppen gäbe die Möglichkeit, gefährdeten Altersgruppen besondere Aufmerksamkeit schenken zu können.

70 Prozent der Gestorbenen im 1. Lebensjahr waren Kinder mit einem Geburtsgewicht unter 2.500 Gramm.

* Diese Änderungen der Häufigkeiten sind nicht auf den Wechsel der ICD-Klassifikation (Internationale Klassifikation der Krankheiten) zur Revision 10 im Jahr 2001 zu erklären, da sich bei den Männern keine solche Unterschiede darstellen.
 ** Alterstandardisierung erfolgte mit der WHO-Europabevölkerung von 1991
 Quellen: Elf vermeidbare Todesursachen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Säuglingssterblichkeit und Suizide: Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden nach Angaben des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

14 Meldepflichtige Erkrankungen

Definition:

Meldepflichtige Erkrankungen werden durch das Infektionsschutzgesetz (IfSG) festgelegt. Hier wird eine Auswahl der wichtigsten dieser Erkrankungen dargestellt. Die Zahlen geben an, wieviele Fälle pro 100.000 Einwohner in den Jahren 1997 bis 2002 aufgetreten sind. Da 2001 ein neues Infektionsschutzgesetz eingeführt wurde, ist ein Vergleich der Daten mit davor liegenden Zeiträumen allerdings nicht mehr uneingeschränkt möglich. Bezugsgröße ist die mittlere Jahresbevölkerung, d. h. die durchschnittliche Bevölkerung eines Jahres. Bei der Betrachtung der Zahlen muß berücksichtigt werden, dass nicht alle Erkrankungsfälle zur Meldung gelangen, da die Erkrankten entweder keinen Arzt aufsuchen oder die Krankheit vom Arzt entweder nicht diagnostiziert oder nicht gemeldet wird (Dunkelzifferproblematik).

Ergebnisse:

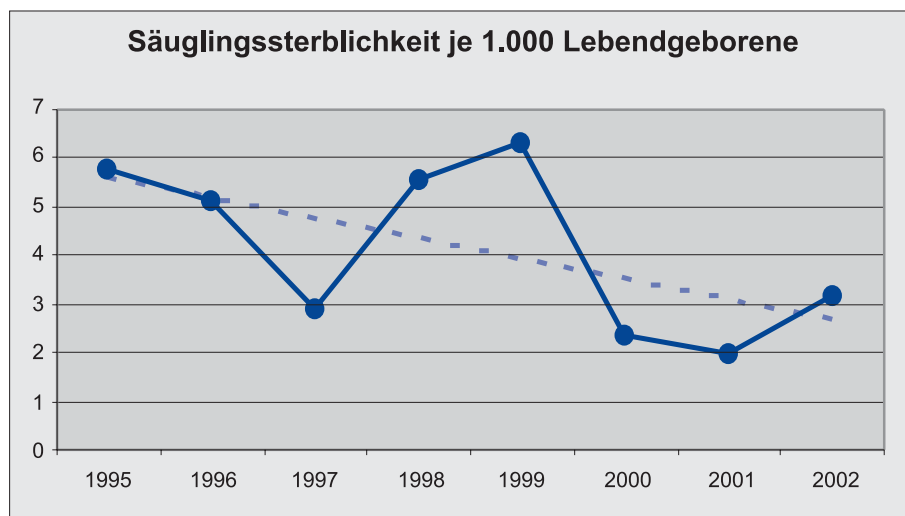
Insgesamt ist die Anzahl meldepflichtiger Erkrankungen im Zeitraum 1997 bis 2002 um fast ein Drittel zurückgegangen. Vor allem die Erkrankungen an Hepatitis A (um ca. 70 Prozent), Tuberkulose der Lunge (um ca. 60 Prozent) und sonstiger Tuberkulose (um ca. 40 Prozent) sind deutlich gesunken. Masern sind kaum noch zu verzeichnen. Einen Anstieg gab es dagegen beim Keuchhusten auf ca. das Doppelte.

Auch gemeldete Erkrankungen an Enteritis infectiosa (Durchfallerkrankungen) sind im Zeitraum auf fast das Doppelte angestiegen. Dafür sind vor allem Fälle von sonstigen Formen der Enteritis infectiosa verantwortlich, während das Niveau bei Salmonellose konstant blieb.

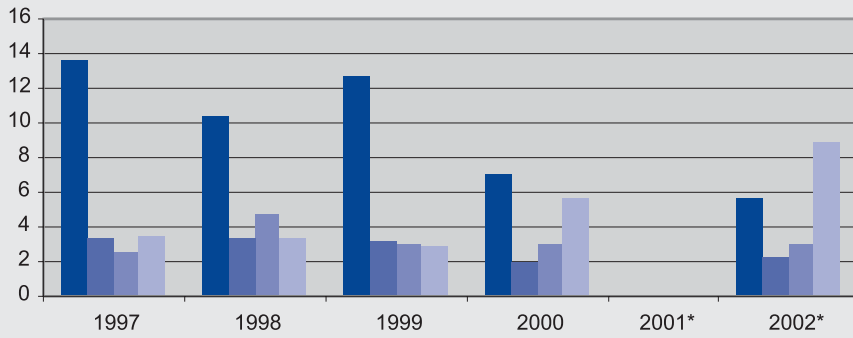
Insgesamt ist die Anzahl meldepflichtiger Erkrankungen im Zeitraum 1997 bis 2002 um fast ein Drittel zurückgegangen.

Bei den sonstigen meldepflichtigen Erkrankungen gibt es insgesamt einen rückläufigen Trend. Insbesondere bei der Influenza A (um mindestens die Hälfte) sowie bei der Shigellenruhr (um mehr als die Hälfte). Ein Anstieg hingegen ist bei der Borreliose (um ca. das Dreifache) zu beobachten. Bis 1999 war auch ein Anstieg der Fälle von Gonorrhoe (um ca. das Zweifache) sowie von Syphilis (um mindesten das Zweifache) zu verzeichnen.

Masern sind kaum noch zu verzeichnen. Dafür gab es einen Anstieg der Erkrankungen an Keuchhusten auf ca. das Doppelte und an Borreliose um das Dreifache.



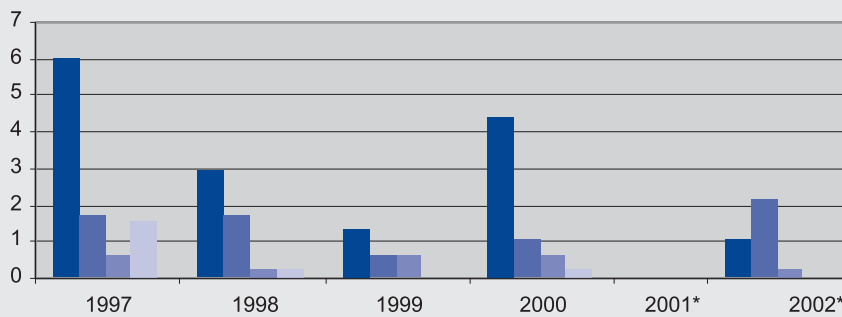
Meldepflichtige Erkrankungen je 100.000 Einwohner



- Tuberkulose Lunge
- Tuberkulose sonstige
- Meningitis
- Keuchhusten

* ab 2001 neues Infektionsschutzgesetz

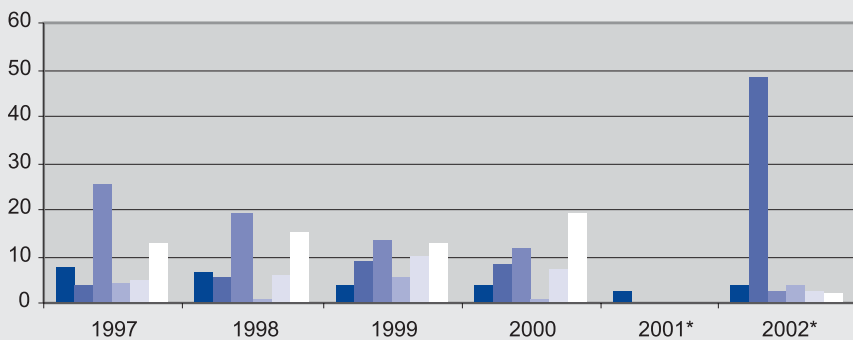
Meldepflichtige Erkrankungen je 100.000 Einwohner



- Hepatitis A
- Hepatitis B
- Hepatitis C
- Masern

* ab 2001 neues Infektionsschutzgesetz

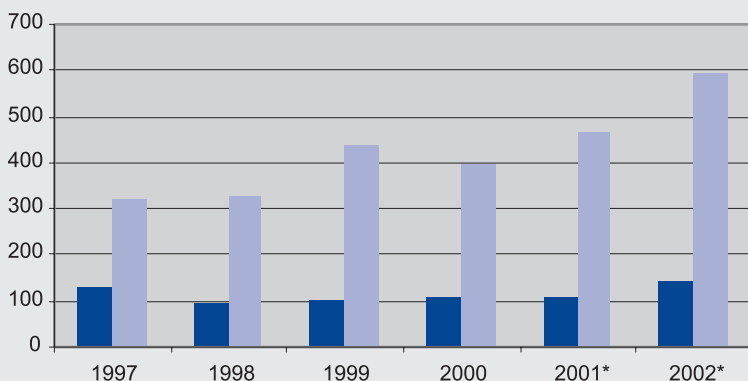
Sonstige meldepflichtige Erkrankungen je 100.000 Einwohner



- Shigellenruhr
- Borreliose
- Influenza A
- Influenza B
- Syphilis
- Gonorrhoe

* ab 2001 neues Infektionsschutzgesetz

Gemeldete Erkrankungen an Enteritis infectiosa je 100.000 Einwohner



- darunter Salmonellose
- darunter übrige Formen

* ab 2001 neues Infektionsschutzgesetz

Bedeutung:

Meldepflichtige übertragbare Infektionskrankheiten stellen Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung der Kommune dar. Das Infektionsgeschehen wird in besonderem Maße durch den Tourismus, die Reisetätigkeit, die Sexualkontakte und Schutzimpfungen (insbesondere bei Grippe, Hepatitis A und B, Keuchhusten und Masern) beeinflusst, aber auch durch Zuwanderungen aus dem Ausland.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

■ 15 Transportmittelunfälle**Definition:**

Die Zahlen der Straßenverkehrsunfälle in der Kommune mit Todesfolge sowie mit verletzten Personen werden in absoluten Zahlen und für Vergleichszwecke in Tabellen pro 10.000 Einwohner angegeben und nach der Art der Teilnahme am Straßenverkehr differenziert. Bezugsgröße ist die durchschnittliche Bevölkerungszahl eines Jahres. Da ab 1997 und 1999 Eingemeindungen stattfanden, ist der Vergleich zu den nachfolgenden Jahren eingeschränkt. Auch der kurzfristige Anstieg der Fallzahlen im Jahr 1999 wurde dadurch verursacht. Deshalb wird im Folgenden gehäuft auf das Jahr 1999 statt auf 1997 Bezug genommen.

Ergebnisse:

Die Angaben zu den Transportmittelunfällen in der Stadt Dresden zwischen 1997 und 2002 sind nach verschiedenen Merkmalen differenziert ausgewiesen. Deshalb seien hier nur einige wichtige Ergebnisse genannt:

Insgesamt ist seit 1999 ein deutlicher Rückgang der Transportmittelunfälle sowie der im Straßenverkehr verletzten Personen zu verzeichnen, sowohl in absoluten Zahlen als auch je 10.000 Einwohner.

Die Zahl der Unfälle sank von 1999 bis 2002 um 15 Prozent von 19.816 auf 17.185. Damit ereigneten sich im Jahr 2002 täglich 47 Transportmittelunfälle. 1999 waren es noch 54 gewesen.

12,5 Prozent bzw. 2.172 der Unfälle waren 2002 mit einem Personenschaden verbunden. Von allen Verunglückten wurden 83 Prozent leichtverletzt, gut 16 Prozent schwerverletzt und weniger als ein Prozent der Verletzten wurden bei einem Transportmittelunfall getötet. Dieses Verhältnis hat sich seit 1999 nur unwesentlich verändert. In absoluten Zahlen sank jedoch zwischen 1999 und 2002 die Zahl der Leichtverletzten von 2.428 auf 2.241 und die der Schwerverletzten von 541 auf 447. Die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten erreichte jedoch mit 25 Personen den Höchststand seit 1997. Die geringste Zahl an Getöteten wurde 2000 mit 15 Personen verzeichnet.

Die Zahl der Unfälle sank insgesamt von 1999 bis 2002 um 15 Prozent von 19.816 auf 17.185.

Der Trend des Rückgangs der Verletzungszahlen zeigt sich besonders in den beiden jüngsten Altersgruppen der unter 15 und 15- bis unter 18-Jährigen. Bei den unter 15-Jährigen sank die Zahl der Leichtverletzten von 1997 bis 2002 um 35 Pro-

zent von 235 auf 152 und bei den Schwerverletzten um 45 Prozent von 72 auf 40 Verletzte. Auch bei den 15- bis unter 18-Jährigen gingen diese Zahlen deutlich zurück. Die Zahl der Leichtverletzten sank um 19 Prozent von 151 auf 121 Personen, die Zahl der Schwerverletzten um 33 Prozent von 45 auf 30 Personen. Alle anderen Altersgruppen konnten zumindest seit 2000 einen höheren oder niedrigeren Rückgang der Leichtverletzten verzeichnen. Die Zahlen der Schwerverletzten sind dagegen seit 1997 in den Altersgruppen über 18 Jahre nur minimal gesunken und stagnieren 2000 oder steigen leicht an. Bei den im Straßenverkehr getöteten Personen fällt auf, dass sich zwischen 1997 und 2002 die Zahl der 18- bis unter 26-Jährigen von zwei auf acht vervierfacht, die Zahl der über 66-Jährigen dagegen von acht auf vier halbiert hat. Allerdings unterliegen diese kleinen Zahlen in größerem Maße dem Zufall und bilden nicht notwendigerweise einen Trend ab.

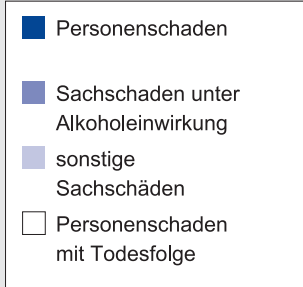
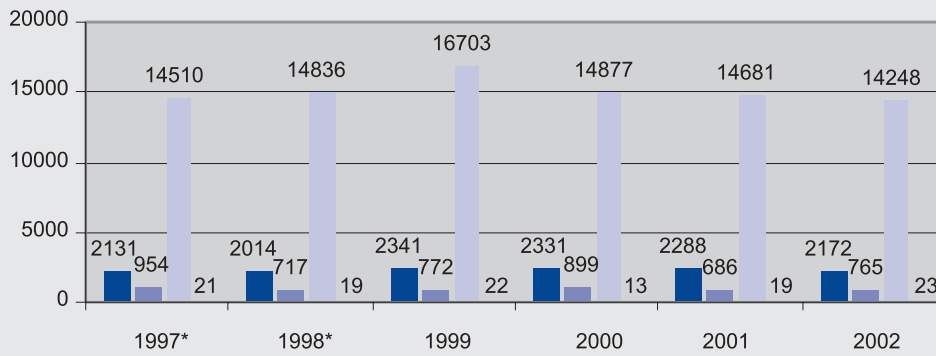
Bei den unter 15-Jährigen sank die Zahl der Leichtverletzten um 35 Prozent und bei den Schwerverletzten um 45 Prozent.

Von leichten Verletzungen sind am häufigsten PKW-Benutzer (1.191 Personen) betroffen. Ihnen folgen die Radfahrer (501 Personen), die Fußgänger (243 Personen) und die Kraftradfahrer (187 Personen). Am wenigsten werden Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel (85 Personen) und LKW-Fahrer (34 Personen) bei Transportmittelunfällen leicht verletzt. Die Rangliste bei den Schwerverletzten wird ebenfalls von den PKW-Nutzern angeführt (144 Personen). Aber hier belegen die Fußgänger (127 Personen) den zweiten und die Radfahrer (120 Personen) den dritten Platz. Kraftradfahrer (48 Personen), LKW-Fahrer (fünf Personen) und Nutzer der öffentlichen Verkehrsmittel (drei Personen) wurden dagegen nur selten schwer verletzt. Damit sind die Fußgänger trotz ihrer geringeren Fortbewegungsgeschwindigkeit fast genauso oft (88 Prozent) unter den Schwerverletzten zu finden wie PKW-Nutzer.

Fast ein Viertel aller Leichtverletzten und aller Schwerverletzten sind Radfahrer.

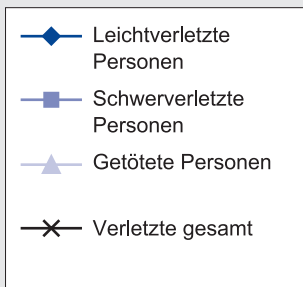
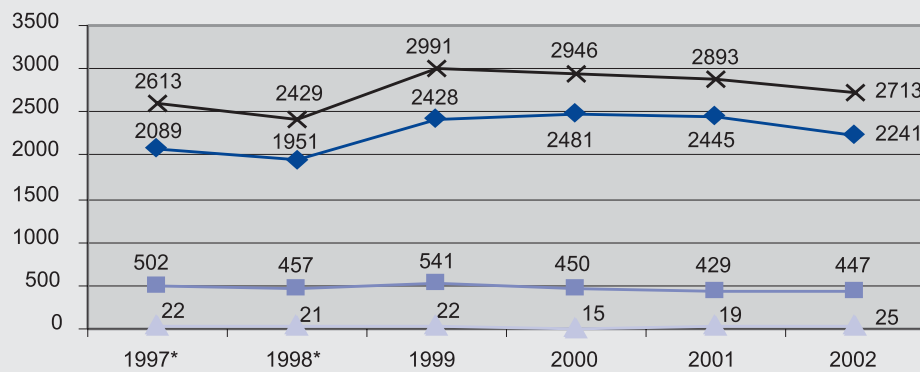
Bei den Leichtverletzten konnten im Jahr 2002 alle Verkehrsteilnehmergruppen im Vergleich zu 1997 niedrigere Zahlen aufweisen, bis auf die Radfahrer. Bei ihnen stiegen von 1997 bis 2002 die Zahlen der Leichtverletzten von 366 auf 501. Fast ein Viertel aller Leichtverletzten und Schwerverletzten sind Radfahrer.

Anzahl der Transportmittelunfälle nach Art des Schadens



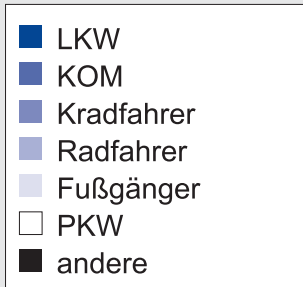
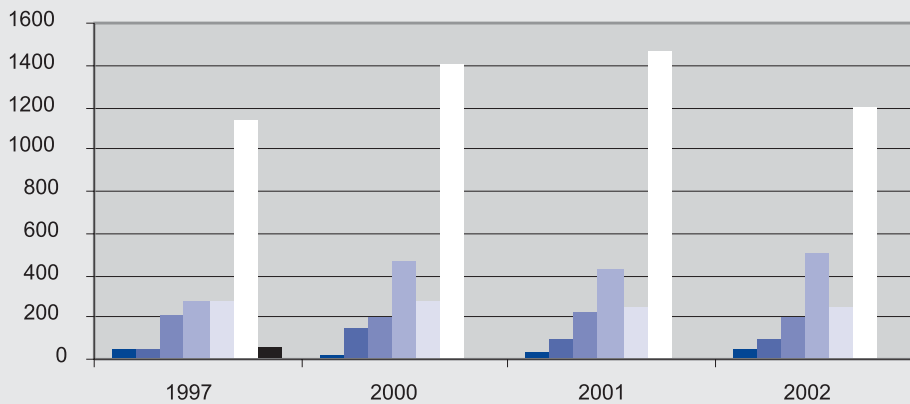
* ohne Eingemeindungen

Anzahl der verunglückten Personen nach Schweregrad

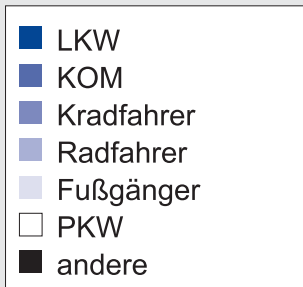
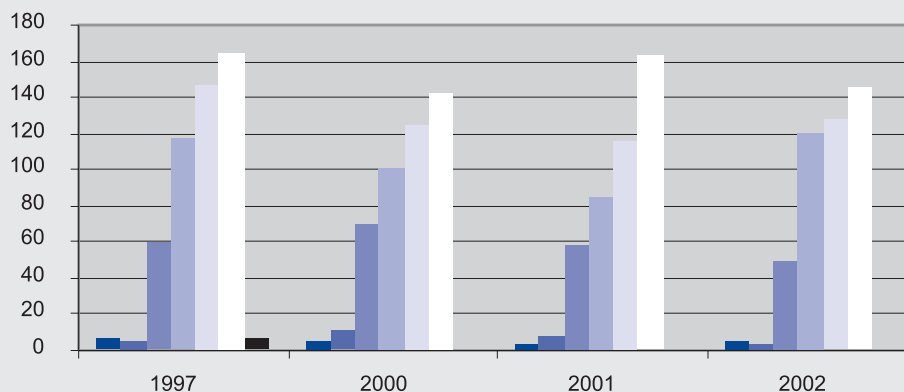


* ohne Eingemeindungen

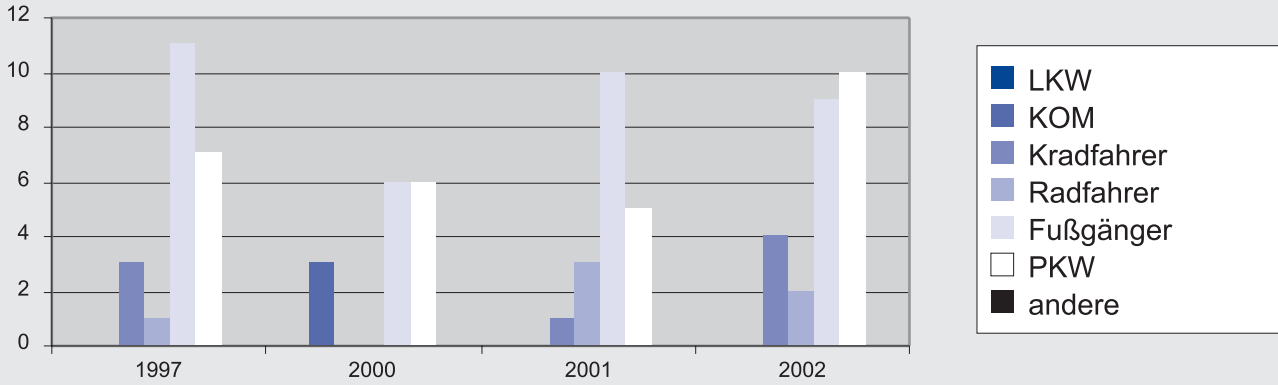
Anzahl der Leichtverletzten nach Art ihrer Teilnahme am Straßenverkehr



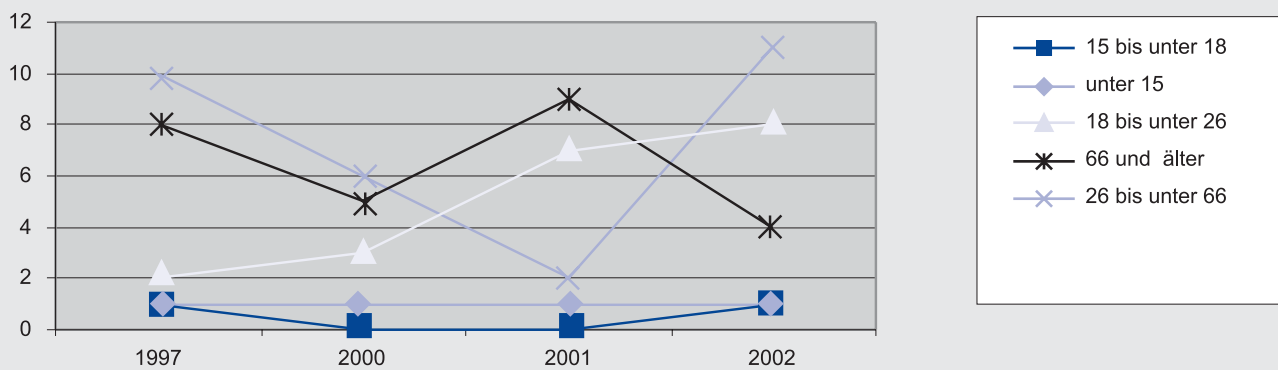
Anzahl der Schwerverletzten nach Art ihrer Teilnahme am Straßenverkehr



Anzahl der im Straßenverkehr Getöteten nach Art ihrer Teilnahme am Straßenverkehr



Getötete Personen nach Altersklassen



Unter den Kraftradfahrern sind dagegen im selben Zeitraum die Zahlen der Leichtverletzten zurückgegangen, von 208 auf 187. Bei den Schwerverletzten sanken die Zahlen für Kraftradfahrer jedoch nur für die unter 15- bis unter 18-Jährigen von 18 Verletzten auf sieben. Bei den 18- bis unter 26-Jährigen und den 26- bis unter 66-Jährigen stagnierten sie bei 22 bzw. 19 Personen.

Die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten erreichte im Jahr 2002 mit 25 Personen den Höchststand seit 1997.

alte Menschen) sowie verschiedene Gruppen von Verkehrsteilnehmern (Fahrradfahrer, Fußgänger) aufgezeigt. Aus den vorliegenden Zahlen wird ersichtlich, dass insbesondere die Gruppen der Fahrradfahr-

16 Zahngesundheit von Kindern

Definition:

Der Gebisszustand der Kinder wird nach dem DMFT-Index* bewertet. Dieser gibt an, wieviele Zähne kariös und/oder gefüllt sind sowie wieviele Zähne im Gebiss fehlen. Für die Entwicklung der Zahngesundheit werden hier Daten der sechs- und zwölfjährigen Kinder der Schuljahre 1997/98 und 2002/2003 aus den Einschulungs- und jährlichen Schuluntersuchungen verwendet.

Ergebnisse:

Der DMFT-Index der Zwölfjährigen verbesserte sich im Zeitraum von 1997/98 zu 2002/03 um 36 Prozent. Statt 1,68 kariösen, gefüllten oder fehlenden Zähnen haben die Zwölfjährigen durchschnittlich nur noch 1,07 nicht naturgesunde bzw. fehlende Zähne. Bei den Sechsjährigen blieb der Index unverändert niedrig bei 0,05.

Der DMFT-Index der Zwölfjährigen verbesserte sich um 36 Prozent.

Bedeutung:

Der Zustand des Gebisses von Kindern ist sowohl ein Indikator für den allgemeinen

Jahr	Verletzte insgesamt pro 10.000	Leichtverletzte pro 10.000	Schwerverletzte pro 10.000	Getötete pro 10.000
1997	53,70	42,93	10,32	0,45
1998	50,51	40,57	9,50	0,44
1999	62,64	50,85	11,33	0,46
2000	61,73	51,99	9,43	0,31
2001	60,50	51,13	8,97	0,40
2002	56,59	46,74	9,32	0,52

Bedeutung:

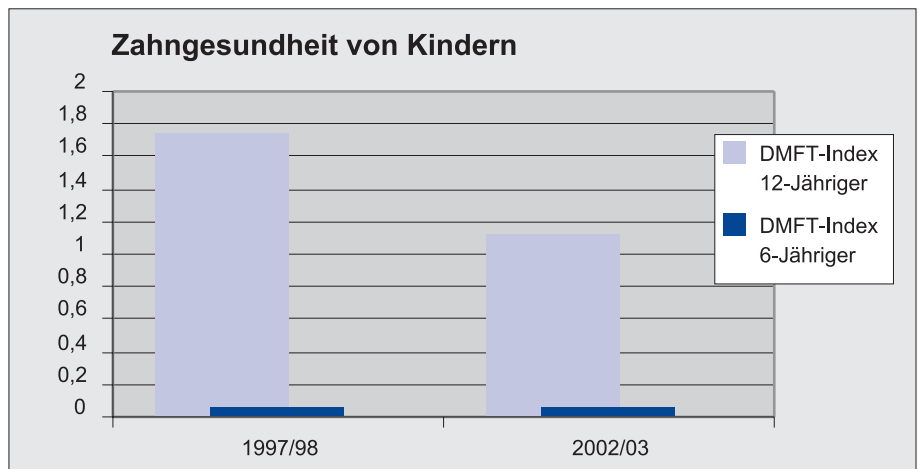
Die Zahlen für tödlich Verunglückte und Verletzte verweisen auf die gesundheits- und lebensgefährdenden Auswirkungen des Straßenverkehrs auf die Bevölkerung. Der Tod im Straßenverkehr gilt als vermeidbare Todesursache. Damit wird verkehrspolitischer und stadtentwicklungsorientierter Planungs- und Handlungsbedarf für unterschiedliche Altersgruppen (Kinder,

er und der Fußgänger besonderer verkehrspolitischer Aufmerksamkeit und präventiver Maßnahmen bedürfen.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden, Polizeidirektion Sachsen

Gesundheitszustand als auch ein Indikator für soziale Benachteiligung. Fehl- und Mangelernährung, mangelnde Für- und Vorsorge, unzureichendes Wissen über die Zahnpflege etc. sind mit sozialen Ungleichheiten verbunden. Die vorliegenden Daten über den guten Gebisszustand der Einschüler und den verbesserten Zahnstatus bei den Zwölfjährigen sprechen für eine langfristig gelungene Zusammenarbeit der kommunalen Akteure und Zahnärzte hinsichtlich der Gruppen- und Individualprophylaxe bei der Aufklärung über Ernährung, Zahnpflege und Zahn-Prophylaxe. Die Gesundheitsaufklärung und Gesundheitsbildung der Kinder im Vorschulalter und ihrer Eltern ebenso wie die Betreuung der Schüler durch die Kinder- und Jugendzahnkliniken der Stadt haben sich damit bewährt.

Quelle: Gesundheitsamt Dresden
 * DMFT bedeutet decayed (kariöse), missing (fehlende), filled (gefüllte) teeth (Zähne)



17 Anzahl der ambulant tätigen Ärzte und Zahnärzte

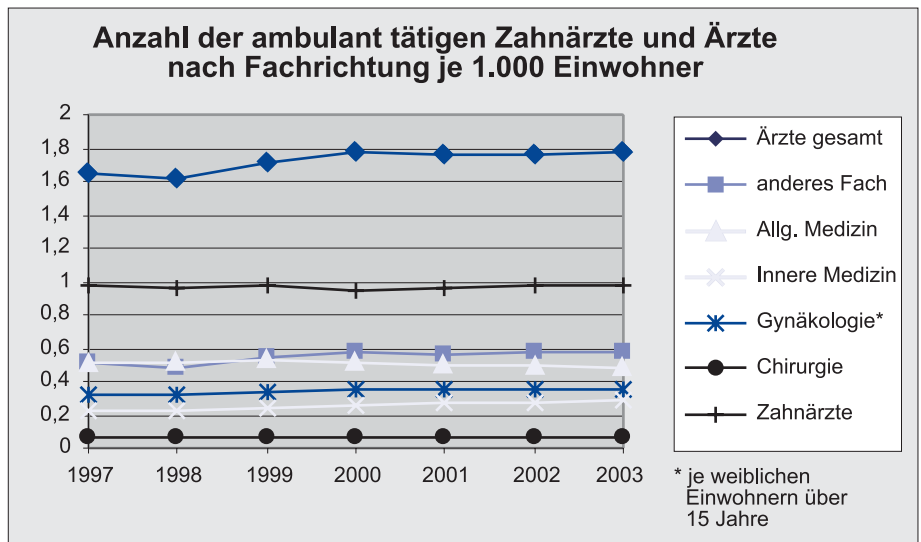
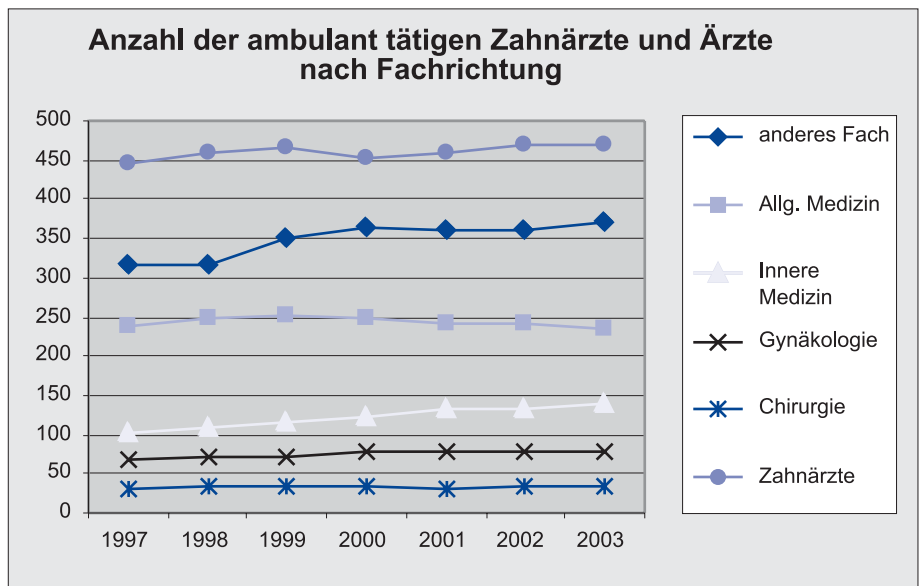
Definition:

Die Anzahl der ambulant tätigen Ärzte und Zahnärzte umfasst alle in freier Praxis ambulant tätigen Ärzte nach Fachrichtungen sowie Zahnärzte der Jahre 1997 bis 2003. Der Indikator wird in absoluten Zahlen angegeben. Der Grad der Versorgung wird mittels der Versorgungsziffer beschrieben. Sie gibt an, wieviele ambulant tätige Ärzte und Zahnärzte auf je 1.000 Personen kommen. Grundlage der Berechnungen ist die durchschnittliche Jahresbevölkerung.

Die Anzahl der ambulant tätigen Ärzte und Zahnärzte nahm im Zeitraum von 1997 bis 2003 um 10 bis 15 Prozent zu.

Ergebnisse:

Die Anzahl der ambulant tätigen Ärzte (2003: 855) und der ambulant tätigen Zahnärzte (2003: 468) nahm im Zeitraum von 1997 bis 2003 um 10 bis 15 Prozent zu. Damit kommen auf einen ambulant tätigen Arzt 565 Bürger. Ein Hausarzt versorgt durchschnittlich 2083 Personen, ein Zahnarzt 1.031 Personen. Die Zahlen der ambulant tätigen Zahnärzte und Chirurgen blieben über den Zeitraum relativ konstant. Auf 1.000 Einwohner kommen 0,97 Zahnärzte und 0,07 Chirurgen. Bis 2000 ist eine Zunahme der Versorgungsziffern um durchschnittlich zehn Prozent bei den ambulant tätigen Ärzten insgesamt, bei den sonstigen Fachärzten und bei den Gynäkologen zu verzeichnen. Allein bei den



Fachärzten für Innere Medizin stiegen die Versorgungsziffern seit 1997 kontinuierlich auch über das Jahr 2000 um 14 Prozent an. Ein Rückgang ist nur bei den Allgemeinmedizinern/Praktischen Ärzten seit 1997 um knapp acht Prozent von 0,52 auf 0,48 Ärzte je 1.000 Einwohner zu verzeichnen. Dieser Trend scheint sich fortzusetzen. Mit Stand vom 10. Mai 2005 sind in Dresden-Stadt 38 Arztpraxen, darunter 13 von Allgemeinmedizinern, zumeist aus Altersgründen in der näheren Zukunft abzugeben.

Bedeutung:

Der Indikator gibt einen Hinweis auf den Grad der medizinischen und zahnmedizinischen Versorgung in der Kommune, auf dessen Entwicklung und auf mögliche Versorgungslücken. Insgesamt kann die Versorgung der Dresdner Bevölkerung mit ambulant tätigen Ärzten, Zahnärzten und öffentlichen Apotheken als stabil bezeichnet werden.

Ein Anstieg der Ärztezahlen verschie-

dener Fachrichtungen entspricht einem höheren Bedarf in der Bevölkerung, was u. a. durch den gestiegenen Anteil an älteren Menschen und deren Multimorbidität zu begründen ist. Die Berechnungsmaßstäbe und Kennziffern für die ambulante Versorgung mit Ärzten und Fachärzten pro Einwohner legen die Kassenärztlichen Vereinigungen fest.

Quellen: Statistisches Landesamt Sachsen; Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden; Kassenärztliche Vereinigung Sachsen

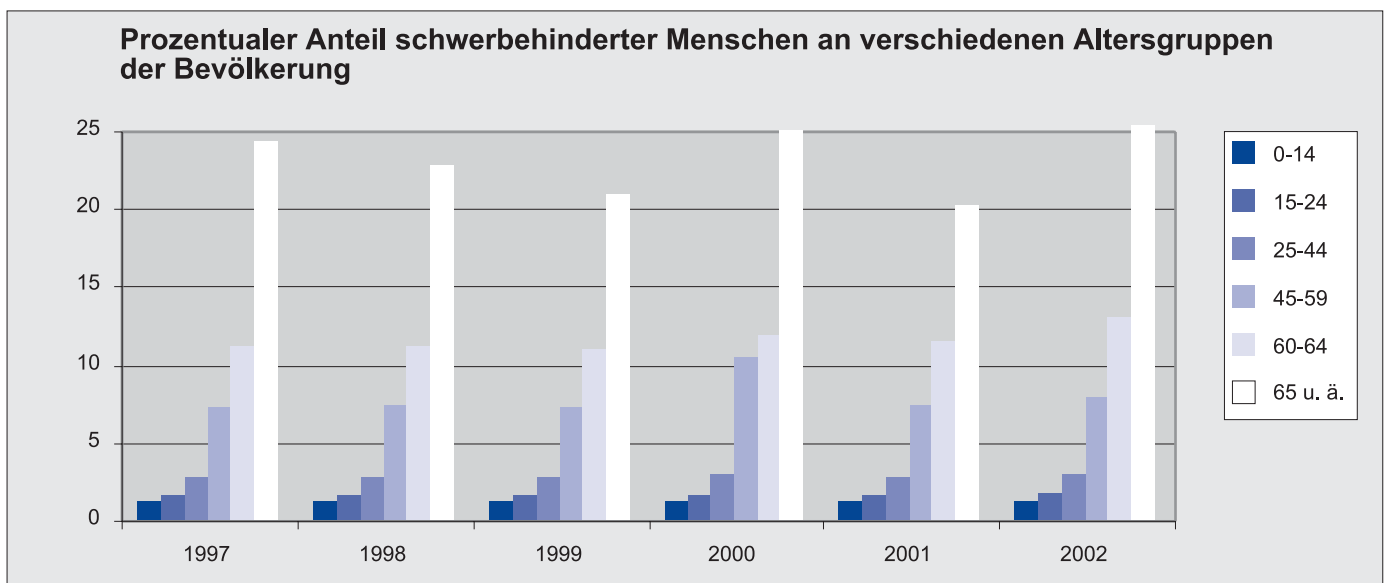
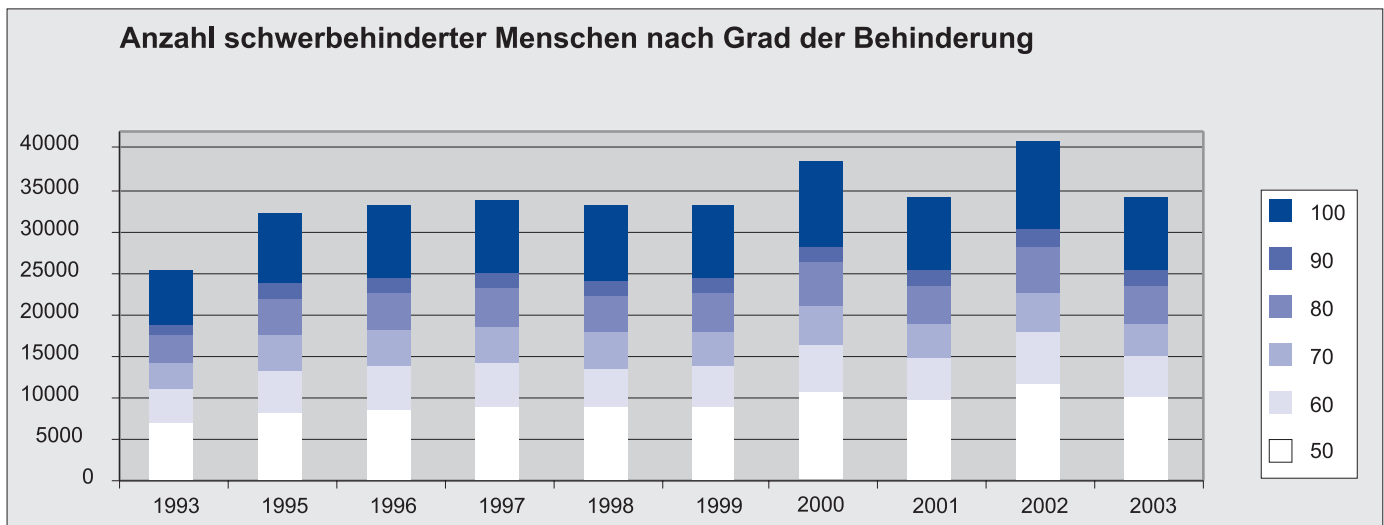
18 Schwerbehinderte Menschen

Definition:

Als schwerbehinderte Menschen werden Personen eingestuft, die einen gültigen Schwerbehindertenausweis besitzen (ab 50 Prozent Behinderung). Sie werden hier in absoluten Zahlen und je 1.000 Einwohner angegeben, differenziert nach Alter, Geschlecht und Art der Behinderung. Bezugspunkt ist die Gesamtbevölkerungszahl des jeweiligen Jahres zum 31. Dezember.

Ergebnisse:

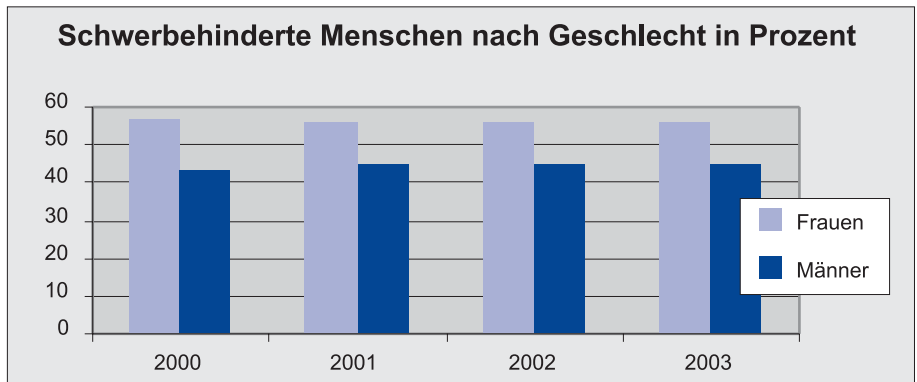
Die Anzahl schwerbehinderter Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 und mit gültigem Ausweis ist seit 1997 relativ konstant und beträgt 2003 ca. 35.000 Menschen. Die beiden größten Gruppen sind mit je 10.000 Personen Schwerbehinderte mit einem Grad von 50 und 100 Prozent. Dabei ist ein leichter Anstieg bei Personen mit einem Grad der Behinderung



von 50 festzustellen. Nach Altersgruppen betrachtet stellen die über 60-Jährigen fast 70 Prozent aller schwerbehinderten Menschen. In den Altersklassen jünger als 44 Jahre ist ein leichter Trend der Zunahme dieser Anteile seit 1997 festzustellen.

2002 waren 8,6 Prozent der Dresdner Bevölkerung schwerbehindert.

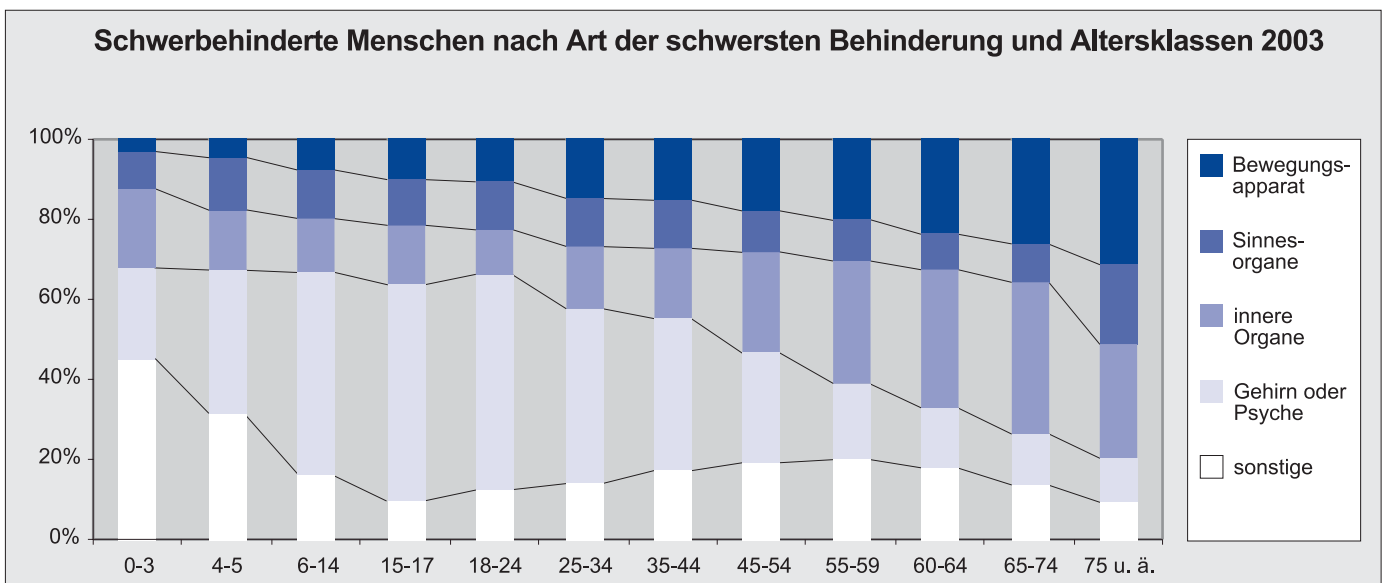
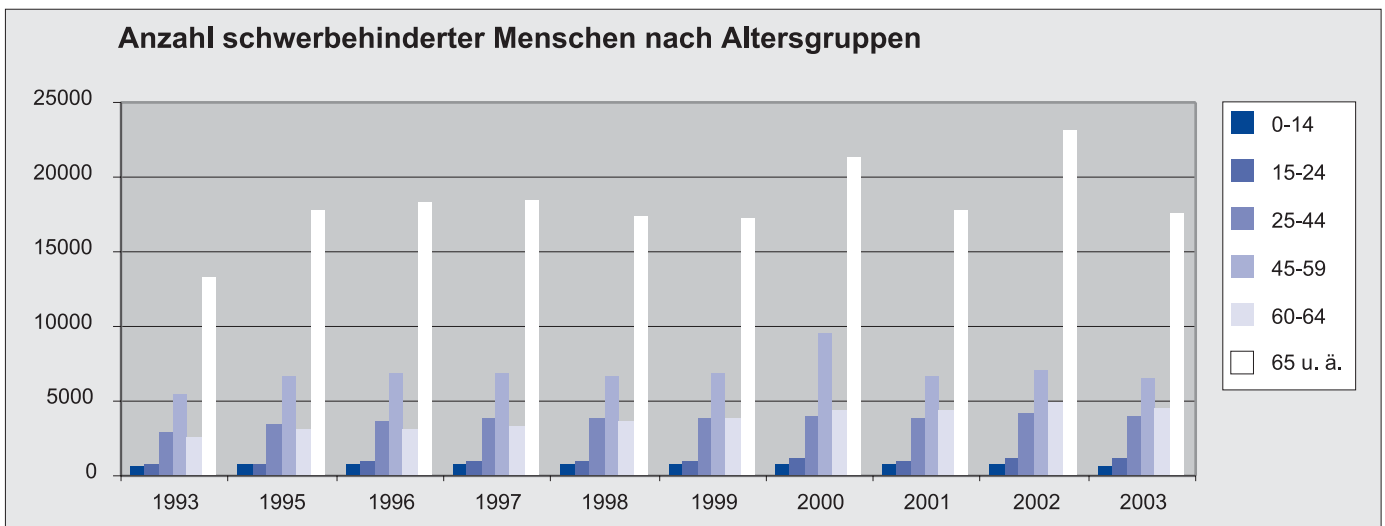
Interessanter ist jedoch der Anteil behinderter Menschen in den einzelnen Altersklassen. So waren 2002 8,6 Prozent der Dresdner Bevölkerung mit einer schweren Behinderung von mindestens 50 Prozent und gültigem Behindertenausweis. Ca. jeder vierte Dresdner Bürger über 65 Jahre hat einen Grad der Behinderung von 50 oder mehr. Bei den 60- bis unter 65-Jährigen ist es jeder achte Bürger. Bei den 49- bis unter 60-Jährigen lebt fast jeder zwölfte Bürger mit einer Behinderung. Im Zeitraum von 1997 bis 2002 haben sich die Anteile von Menschen mit Behinderungen in allen Altersklassen gering aber stetig erhöht.



Bei Betrachtung der Behinderungsart nach den Altersklassen zeigt sich ein Anstieg der Behinderung auf Grund des Bewegungsapparates (auf fast 25 Prozent), auf Grund der Sinnesorgane (auf 30 Prozent) und auf Grund von Inneren Organen (auf 20 Prozent) mit zunehmendem Alter. In den Altersgruppen von sechs bis 35 Jahren nehmen mit ca. 50 Prozent Behinderungen wegen des Gehirns oder der Psyche den ersten Platz ein.

Im Zeitraum von 2000 bis 2003 waren deutlich mehr Frauen als Männer schwerbehindert.

Durchgängig waren im Zeitraum von 2000 bis 2003 deutlich mehr Frauen als Männer schwerbehindert. Allerdings stieg der Anteil der Männer an allen Schwerbehinderten von 2000 bis 2003 von 43,2 auf 44,5 Prozent.



Ca. jeder vierte Dresdner Bürger über 65 Jahre hat einen Grad der Behinderung von 50 Prozent oder mehr.

Bedeutung:

Die Anzahl von Schwerbehinderten gibt den kommunalpolitischen Akteuren eine Grundlage, diese Personengruppe in ihren Entscheidungen entsprechend zu berücksichtigen. Je nach Art der Behinderung werden bestimmte Anforderungen gestellt an: Gesundheits- und Sozialpolitik, Versorgungsstrukturen, Wohnungsbau, Verkehrspolitik, Grün- und Erholungsflächen, integrative Konzepte, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, Kultur- und Freizeitgestaltung.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden

■ 19 Impfungen bei Kindern

Definition:

Der Impfstatus bezieht sich auf die Kinder bis zum Alter von sechs Jahren zum Zeitpunkt der Schuleingangsuntersuchung. Berechnet wird der prozentuale Anteil grundimmunisierter Kinder an allen untersuchten Kindern mit Impfpass. Der Status der Immunisierung wird unterschieden nach »vollständig geimpft« und »unvollständig geimpft«. Ab 2002/03 erfolgte hier eine Änderung*, so dass Vergleiche mit davor liegenden Zeiträumen z. T. nicht möglich sind. Erfasst werden die von der Ständigen Impfkommission des Robert-Koch-Institutes empfohlenen Krankheitsgruppen Masern, Mumps, Röteln sowie Polio (Kinderlähmung), Tetanus, Diphtherie, sowie die Infektionskrankheiten Hepatitis B, Hib (Hämophilus influenzae Typ b) und Keuchhusten.

Ergebnisse:

Generell ist festzustellen, dass der Anteil Kinder zur Schuleingangsuntersuchung mit einer vollständigen Immunisierung gegen die wichtigsten o. g. Krankheiten tendenziell abnahm. Das bedeutet, dass die Impfrate für die meisten aufgeführten Krankheiten sank. Ausnahmen sind die Impfungen gegen Polio (Kinderlähmung) und Hepatitis B. Bei Polio war die Impfrate bezogen auf alle untersuchten Kindern mit durchschnittlich 96,6 Prozent sehr hoch und konstant. Die Impfung gegen Hepatitis B wird erst seit 1996 empfohlen. Seit dem stieg hier die Impfrate kontinuierlich an und betrug im Jahr 2003/04 bereits 86,2 Prozent bei den Schulanfängern. Bei Masern, Mumps, Röteln und Tetanus, Diphtherie sowie Keuchhusten sank der Impfschutz der Einschüler seit 1996/97 kontinuierlich und fiel 2001/02 unter die 90-Prozent-Marke. Der im Folgejahr 2002/03 zu verzeichnende starke Rückgang der Impfrate dieser Erkrankungen entstand u.a. durch die Einführung der neuen Definition für »vollständig geimpft«. Da die Schuleingangsuntersuchung ab dem fünften Lebensjahr stattfindet, die für einen vollständigen Impfschutz verlangten Impfungen aber bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres verabreicht werden, ist anzunehmen, dass ein Teil der Kinder die vollständige Immunisierung erst nach der Einschulungsuntersuchung erreicht. Seit 2002/03 steigt der Anteil der Kinder mit vollständiger Immunisierung gegen diese Krankheiten wieder an.

Bei Masern, Mumps, Röteln und Tetanus, Diphtherie sowie Keuchhusten sank die Impfrate 2001/2002 deutlich unter die 90-Prozent-Marke.

Bedeutung:

Mit dem Indikator wird der Impfstatus der Kinder zum Zeitpunkt der Schuleingangsuntersuchung beschrieben. Dabei gehört die Immunisierung gegen die o. g. übertragbaren Infektionskrankheiten zu den wichtigsten medizinischen Präventionsmaßnahmen im Bereich Kindergesundheit.

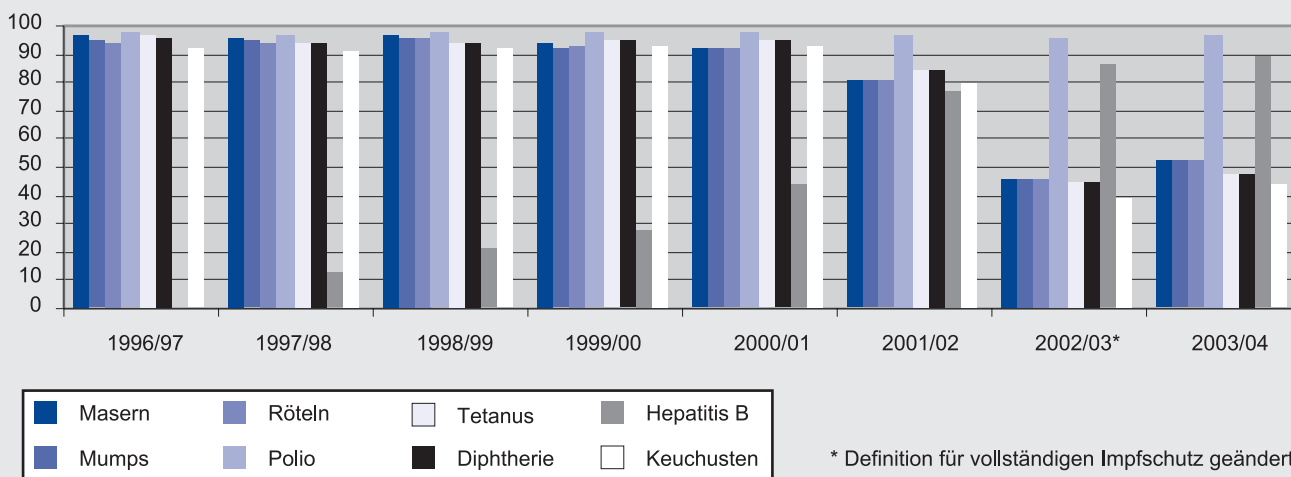
Die Impfungen dienen dabei nicht nur dem individuellen Schutz, sondern verhindern bei einem ausreichend hohen Anteil geimpfter Kinder (mindestens 90 bis 95 Prozent), die Ausbreitung dieser schwerwiegenden Infektionskrankheiten. Schutzimpfungen bei Kindern bieten einen Gesundheitsschutz für die gesamte Bevölkerung. Um einen hohen Impfschutz zu erreichen, sind Aufklärung und Motivation von Eltern und Kindern ebenso wie die Durchführung der Impfungen wichtig. Beides sind genuine Aufgaben des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes der Kommune.

Weitere wünschenswerte Informationen:

Eine Unterscheidung der Kinder, die nach alter oder neuer Definition geimpft wurden, wäre wünschenswert, damit die Beurteilung als vollständig oder unvollständig geimpft dem tatsächlichen Impfstatus entspricht. Damit würden die Impfrate und eventuelle Defizite wirklichkeitsgetreuer abgebildet.

* Ab 2002/03 geänderte Definition: Für Masern, Mumps, Röteln gelten zwei Impfungen als »vollständig geimpft« (bis 2001/02 eine Impfung). Für Tetanus, Diphtherie und Keuchhusten in Kombination gelten fünf Impfungen als »vollständig geimpft«, (bis 2001/02 vier Impfungen). Wird nur gegen Diphtherie und Tetanus in Kombination geimpft, gelten ab 2002/03 vier Impfungen als »vollständig geimpft« (bis 2001/02 drei Impfungen). Bei Polio, Hepatitis B und Hib blieben die alten Definitionen erhalten.
Quellen: Gesundheitsamt Dresden, Kinder- und Jugendärztlicher Dienst

Anteil Kinder zur Schuleingangsuntersuchung mit vollständiger Immunisierung in Prozent



* Definition für vollständigen Impfschutz geändert

Soziales

■ 20 Haushaltsgröße

Definition:

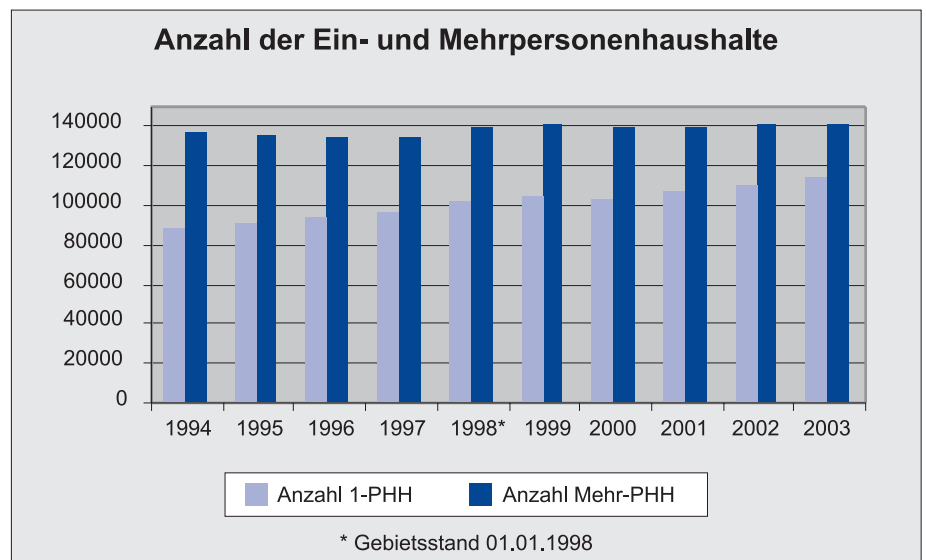
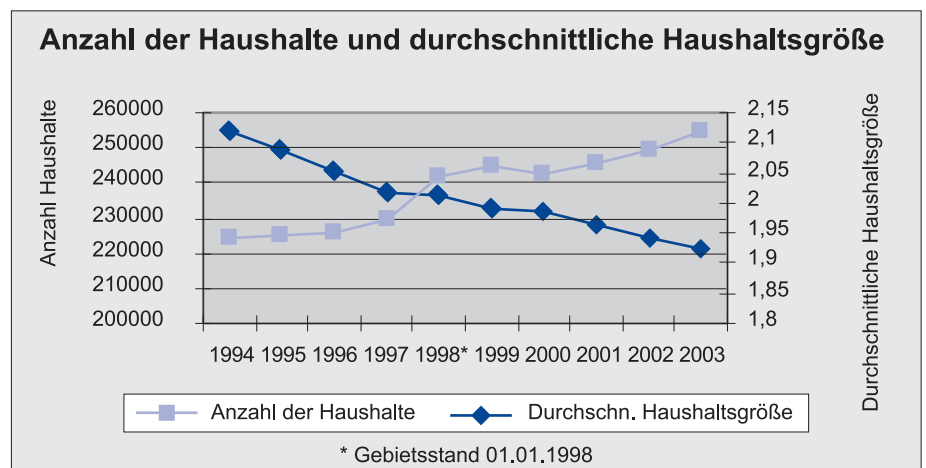
Die Haushaltsgröße gibt Auskunft über die Anzahl gemeldeter Personen pro Haushalt mit Hauptwohnsitz in der Kommune am 31. Dezember des jeweiligen Jahres. Es wird die Anzahl verschiedener Haushaltsgrößen (Einpersonenhaushalte, Mehrpersonenhaushalte) ausgewiesen sowie ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Haushalte in Prozent.

Ergebnisse:

Trotz insgesamt sinkender Einwohnerzahlen stieg die Anzahl der Haushalte von 1994 bis 2003 kontinuierlich um 13 Prozent von 224.000 auf 252.000. Eine wesentliche Ursache dafür ist die Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße. Diese sank im gleichen Zeitraum von 2,12 auf durchschnittlich 1,93 Personen pro Haushalt. Weitere Ursachen sind in der Zunahme von jungen wie alten Singlehaushalten zu suchen. Dies bestätigt auch die Betrachtung der Anzahl an Ein- und Mehr-Personenhaushalten. Während die Anzahl an Mehrpersonenhaushalten im Zeitraum mit ca. 140.000 relativ konstant blieb, nahm die Anzahl an Ein-Personenhaushalten um fast ein Drittel von ca. 87.000 auf ca. 115.000 zu.

Die Anzahl an Ein-Personenhaushalten nahm zwischen 1994 und 2003 um fast ein Drittel von ca. 87.000 auf ca. 115.000 zu.

Eine Aufschlüsselung der Haushalte nach ein, zwei und mehr Personenhaushalten zeigt einen Trend der Zunahme an Ein-Personenhaushalten von 38,9 auf 44,3 Prozent sowie an Zwei-Personenhaushalte von 29,1 auf 31,2 Prozent. Die Anteile der Drei-Personenhaushalte sanken dagegen von 16,9 auf 14,3 Prozent. Der Anteil der Haushalte mit vier oder mehr Personen verringerte sich um ca. ein Drittel, von 15,1



auf 10,1 Prozent. Damit waren 2003 75 Prozent der Haushalte Ein- und Zwei-Personenhaushalte und nur in 25 Prozent der Haushalte lebten drei und mehr Personen.

2003 waren 75 Prozent der Haushalte Ein- und Zwei-Personenhaushalte und nur in 25 Prozent der Haushalte lebten drei und mehr Personen.

Bedeutung:

Die Haushaltsgröße beschreibt den Trend der Entwicklung in der Zusammensetzung der Haushalte in der Kommune. Ein sin-

kendes Verhältnis von Mehrpersonen- zu Einpersonenhaushalten zeigt einerseits den Familienstrukturwandel an. Andererseits ist es auch ein Hinweis auf ein mög-

liches Abwandern von Familien aus der Stadt. Der Indikator kann die Steuereinnahmesituation wesentlich beeinflussen und hat besonderen Einfluss auf den kommunalen Wohnungsmarkt. Die Haushaltsgröße wirkt nachhaltig auf die soziale und kommunale Infrastruktur der Stadt, wie z. B. auf die Bildungssituation, aber auch auf die Nachfrage von häuslichen Pflegeleistungen.

Weitere wünschenswerte Informationen:

Der Entwicklung der Anzahl von Haushalten mit Kindern sowie von alten und jungen Singlehaushalten sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Quellen: Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden

■ 21 Wohnraum (Quadratmeter pro Person)

Definition:

Der durchschnittlich verfügbare Wohnraum wird in Quadratmetern pro Person ausgewiesen und auf die Gesamtbevölkerungszahl am 31. Dezember des Jahres bezogen. Die Zahl gibt damit an, wie viele Quadratmeter einem Einwohner im Durchschnitt als Wohnraum zur Verfügung stehen. Da in die Berechnung der Wohnraumleerstand mit einfließt, entspricht die Zahl nicht dem durchschnittlich genutzten Wohnraum.

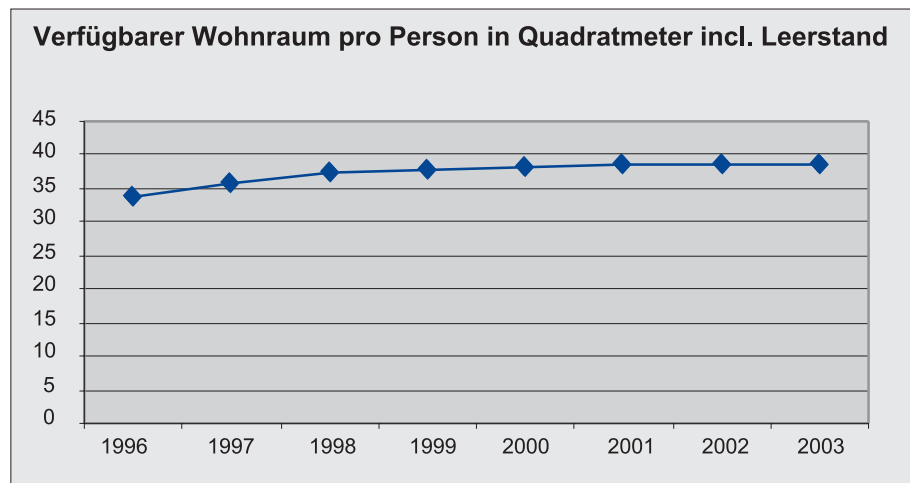
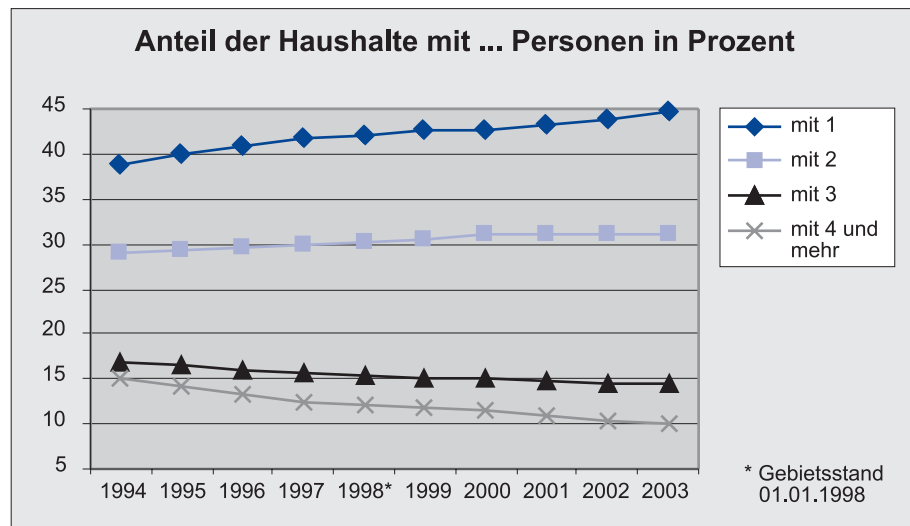
Ergebnisse:

Der einer Person im Durchschnitt zur Verfügung stehende Wohnraum, einschließlich leer stehender Wohnungen, aber ohne Wohnheime, ist seit 1997 stetig gewachsen, von ca. 35,9 auf ca. 38,5 Quadratmeter pro Person im Jahr 2003. Damit hat jede Person ca. 7,2 Prozent mehr Wohnraum zur Verfügung als noch 1997.

Der pro Person im Durchschnitt vorhandene Wohnraum ist von ca. 35,9 qm 1997 auf 38,5 qm im Jahr 2003 gestiegen.

Bedeutung:

Die Entwicklung des Indikators im zeitlichen Verlauf gibt darüber Auskunft, wie sich die Versorgung mit und die Verfügbarkeit von Wohnraum für die Bevölkerung der Kommune darstellt. Beachtet werden muss dabei die Zu- und Abwanderung innerhalb der Kommune, der Wohnungsleerstand sowie der Neubau, der Umbau, die Sanierung und der Abriss von Wohnraum, insbesondere auch im Rahmen des Stadtumbauprogramms Ost und anderer För-



derprogramme. Dabei ergeben sich für diese Einflussfaktoren auch innerhalb der Stadt (Stadtteile) starke und zum Teil entgegengesetzte Entwicklungstendenzen, welche mit den Durchschnittswerten nicht abgebildet werden.

Weitere wünschenswerte Informationen:

Die Größe des durchschnittlich verfügbaren Wohnraumes macht keine Aussagen zu der verfügbaren oder benötigten Anzahl an Wohnräumen. Diese hängt wiederum von der Anzahl Personen pro Haushalt, dem Alter und dem Familienstand ab. Da sich die Haushaltsstruktur auch in den nächsten Jahren tendenziell hin zu jungen und alten Singlehaushalten sowie zu Familien mit durchschnittlich einem Kind entwickeln wird, sind diese Aspekte nicht nur für den Neubau, Umbau oder die Sanierung von Wohnraum zu berücksichtigen sondern auch für den Indikator Wohnraum.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

■ 22 Arbeitslosenquote

Definition:

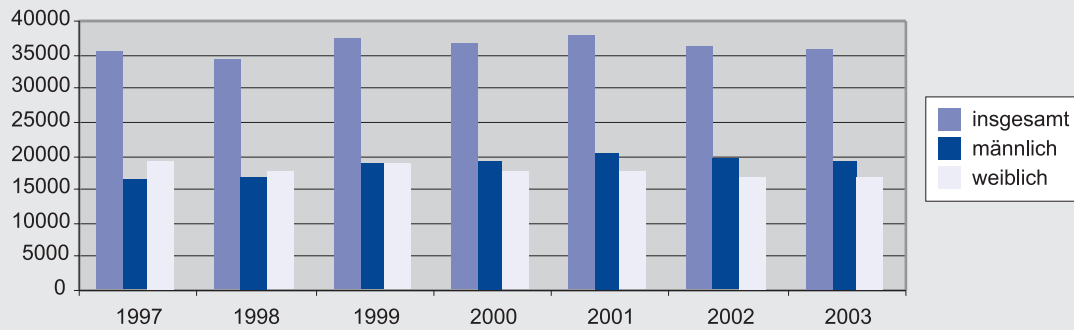
Die Arbeitslosenquote wird berechnet als das Verhältnis der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen zu der Zahl aller abhängig Beschäftigten inclusive aller gemeldeten Arbeitslosen zum Stichtag 30. September des Jahres. Sie wird nach Geschlecht getrennt ausgewiesen. Die Langzeitarbeitslosenquote bezieht sich auf Arbeitslose, die länger als ein Jahr arbeitslos sind. Sie gibt an, wie viele Langzeitarbeitslose auf 100 Arbeitslose kommen. Es gibt eine gewisse Dunkelziffer zu diesem Indikator. So zählt nicht als arbeitslos, wer sich z. B. in einer Fortbildung/Umschulung befindet oder krank ist. Wie viele Personen als arbeitslos gezählt werden unterliegt somit Definitions- und Gesetzesänderungen.

Die Arbeitslosenquote sank im Gegensatz zum steigenden Trend in Sachsen von 16,5 Prozent im Jahr 1997 auf 15,3 Prozent 2003.

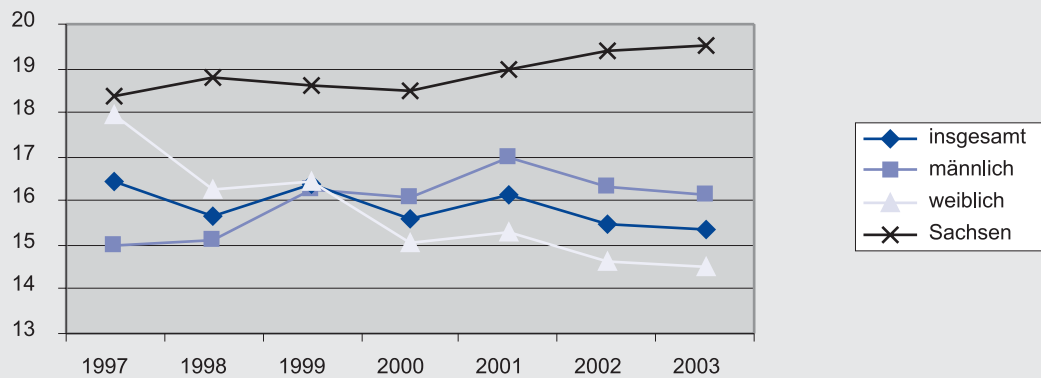
Ergebnisse:

Die Zahl arbeitslos gemeldeter Personen stieg seit dem Jahr 1997 zunächst von ca.

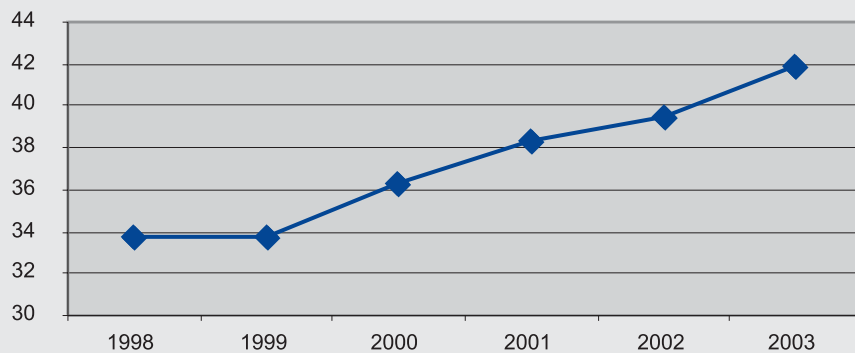
Anzahl Arbeitslose am 30. September des Jahres



Arbeitslosenquote am 30. September des Jahres in Prozent



Langzeitarbeitslosenquote am 30. September des Jahres in Prozent



35.400 Menschen auf ca. 37.700 im Jahr 2001 an und fiel dann wieder auf gut 35.500 im Jahr 2003. Bei den Männern ist eine Zunahme der Arbeitslosen um ca. 20 Prozent, von ca. 16.300 im Jahr 1997 auf ca. 18.900 im Jahr 2003, festzustellen. Im Gegensatz dazu sank die Zahl arbeitsloser Frauen um ca. 13 Prozent, von ca. 18.900 im Jahr 1997 auf ca. 16.600 im Jahr 2003. Damit meldeten sich im Jahr 2000 mehr Männer als Frauen arbeitslos. Insgesamt fiel seit dem Jahr 2001 die Anzahl arbeitslos gemeldeter Personen sowohl für Frauen als auch für Männer.

Die Arbeitslosenquote in Dresden sank von 16,5 Prozent im Jahr 1997 auf 15,3 Prozent im Jahr 2003. Sie lag damit stets und mit zunehmendem Abstand unter der Quote für Sachsen. 1997 waren es 1,9 Prozent weniger Arbeitslose als im Freistaat. 2003 lag die Quote bereits 4,2 Prozent unter der Sachsens. Während bei den Männern die Arbeitslosenquote im Zeitraum von ca. 15 Prozent im Jahr 1997 auf ca. 16 Prozent im Jahr 2003 stieg (Höchststand 2001 mit ca. 17 Prozent), ist bei den Frauen eine drastische Senkung der Arbeitslosenquote festzustellen. Sie fiel im Zeitraum um ein Fünftel, von ca. 18 Pro-

zent im Jahr 1997 auf ca. 14,5 Prozent im Jahr 2003. Seit 2001 sank die Arbeitslosenquote insgesamt, sowohl für Frauen als auch für Männer.

Bemerkenswert ist bei den Frauen eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit von ca. 18 Prozent 1997 auf 14,5 Prozent 2003.

Der Anteil Langzeitarbeitsloser an allen arbeitslos gemeldeten Personen stieg von 33,7 Prozent auf 41,9 Prozent im Jahr 2003. Das entspricht einer Zunahme um fast ein Viertel. Damit war im Jahr 2003

jeder vierte Arbeitslose langzeitarbeitslos.

Bedeutung:

Mit der Arbeitslosenquote werden die Probleme auf dem kommunalen Arbeitsmarkt im Hinblick auf fehlende Arbeitsplätze angesprochen. Einflussgrößen sind einerseits strukturbedingte regionale Besonderheiten der Kommune, andererseits die Situation am Arbeitsmarkt insgesamt. Arbeitslosigkeit hat für die Bürger und die

Im Jahr 2003 war jeder vierte Arbeitslose langzeitarbeitslos.

Kommune weitreichende Folgen, so z. B. einen Rückgang der Kaufkraft und die damit verbundene Gefährdung der kommunalen Gewerbe, einen Rückgang der Bevölkerung und Wohnungsleerstand in Folge vermehrter Abwanderung, besonders junger Menschen. Es kann aber auch einen Rückgang an Steuereinnahmen bedeuten. Andererseits kommt es zu einer Zunahme der institutionellen und kommunalen Aufgaben (z. B. steigende Sozialhilfeausgaben) in Folge der wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Probleme der Bürger.

Quellen: absolute Zahlen Arbeitslose insgesamt – Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Gebietsstand 1.1.2004; Arbeitslosenquote: Stichtag 30.09., Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit; Langzeitarbeitslosenquote: 31.12., Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden

■ 23 Sozialhilfequote und Sozialhilfedichte

Definition:

Die Sozialhilfequote ist der Anteil von Menschen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, außerhalb von Einrichtungen (außerhalb von Heimen) und mit Wohnsitz in Dresden an der Gesamtbevölkerung am 31. Dezember des Jahres in Prozent. Die Sozialhilfedichte bezeichnet die Anzahl Sozialhilfeempfänger pro 1.000 Einwohner am 31. Dezember des Jahres. Der Unterschied der Indikatoren liegt somit lediglich

Die Sozialhilfequote hat sich im Zeitraum von 1997 bis 2003 verdoppelt.

im Bezug auf jeweils 100 bzw. 1.000 Einwohner. Im Folgenden wird deshalb nur die Sozialhilfequote angegeben. Die Sozialhilfedichte ergibt sich aus der Sozialhilfequote multipliziert mit zehn. Die Sozialhilfequote wird nach Geschlecht und den Al-

tersgruppen 0 bis < 15 Jahre, 15 bis < 25 Jahre, 25 bis < 50 Jahre, 50 bis < 65 Jahre sowie 65 Jahre und älter gegliedert. Auch bei diesem Indikator ist auf Grund der Beantragungsmodalitäten und den damit verbundenen Umständen und Auswirkungen auf die Personen mit einer Dunkelziffer zu rechnen. Seit dem 1. Januar 2003 können Menschen im Rentenalter eine Grundsicherung beziehen. Das ist beim Vergleich mit den Daten der Vorjahre zu beachten.

Ergebnisse:

Die Anzahl an Sozialhilfeempfängern stieg im Zeitraum um mehr als das Doppelte, von ca. 7.000 im Jahr 1997 auf ca. 16.000 im Jahr 2003. Bei den Männern stieg die Anzahl Sozialhilfebedürftiger um das 2,5-fache auf ca. 7.000 im Jahr 2003. Bei den Frauen betrug der Anstieg das 2,1-fache. Im Jahr 2003 waren hier ca. 8.600 Frauen Sozialhilfeempfängerinnen.

Die Sozialhilfequote verdoppelte sich im Zeitraum und stieg von 1,43 Prozent im Jahr 1997 auf 3,27 Prozent im Jahr 2003. Seit 1999 lag die Sozialhilfequote über dem Durchschnitt Sachsens. Frauen waren insgesamt etwas häufiger von Sozialhilfe betroffen als Männer.

Vom Anstieg der Sozialhilfequote waren einige Altersgruppen besonders betroffen. Insgesamt nahm der Anteil von Sozialhilfeempfängern mit dem Alter ab. Die höchste Quote lag bei der Altersgruppe der unter 15-Jährigen vor. Ihr Anteil verdreifachte sich im Zeitraum von ca. drei Prozent im Jahr 1997 auf ca. neun Prozent derselben Altersgruppe im Jahr 2003. Somit waren im Jahr 2003 ca. 9,3 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen. Für die Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen stieg die Sozialhilfequote von ca. zwei Prozent auf ca. 4,5 Prozent. In der Altersgruppe der 25- bis 50-Jährigen wuchs die Sozialhilfequote von ca. 1,5 Prozent 1997 auf ca. 3,5 Prozent im Jahr 2003. Bei den 50- bis 65-Jährigen stieg die Sozialhilfequote im Zeitraum auf 1,5 Prozent und bei den über 65-Jährigen auf ca. 0,5 Prozent.

Bei Betrachtung der Sozialhilfequote nach Geschlecht und Alter gibt es bei den unter 15-Jährigen nur geringe Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen. Die Quote lag für beide Geschlechter bei ca. neun Prozent im Jahr 2003. Bei den 15- bis 25-Jährigen hingegen sind weibliche Jugendliche 2003 fast doppelt so oft betroffen (ca. sechs Prozent) wie männliche Jugendliche (ca. 3,5 Prozent). Auch in der Altersklasse 25 bis 50 Jahre liegt die Sozialhilfequote im Jahr 2003 für Frauen mit ca. 4,1 Prozent ein Drittel höher als für Männer mit ca. 2,85 Prozent. In den höheren Altersklassen sind im Jahr 2003 die

Sozialhilfequote bezüglich der Geschlechter nicht nennenswert unterschiedlich. Deutlich aber zeichnet sich ab, daß im Zeitverlauf von 1997 bis 2003 die Zahlen für männliche Sozialhilfeempfänger stärker gestiegen sind als für weibliche und zwar in allen Altersgruppen außer den unter 15-Jährigen.

Im Jahr 2003 war jedes elfte Kind auf Sozialhilfe angewiesen.

Insgesamt gesehen gibt es einen anhaltenden Trend steigender Zahlen an Sozialhilfeempfängern und steigender Sozialhilfequote über alle Altersgruppen und Geschlechter hinweg. Besonders auffällig ist hier die Entwicklung bei Kindern unter 15 Jahren. Im Jahr 2003 war jedes elfte Kind auf Sozialhilfe angewiesen.

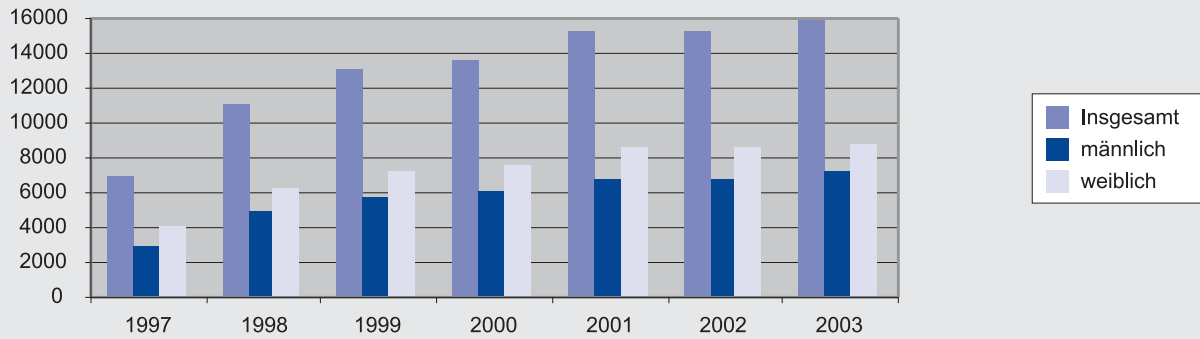
Insgesamt ist die Sozialhilfequote bei Frauen höher als bei Männern, besonders in den Altersgruppen 15 bis unter 25 und 25 bis unter 50 Jahre.

Bedeutung:

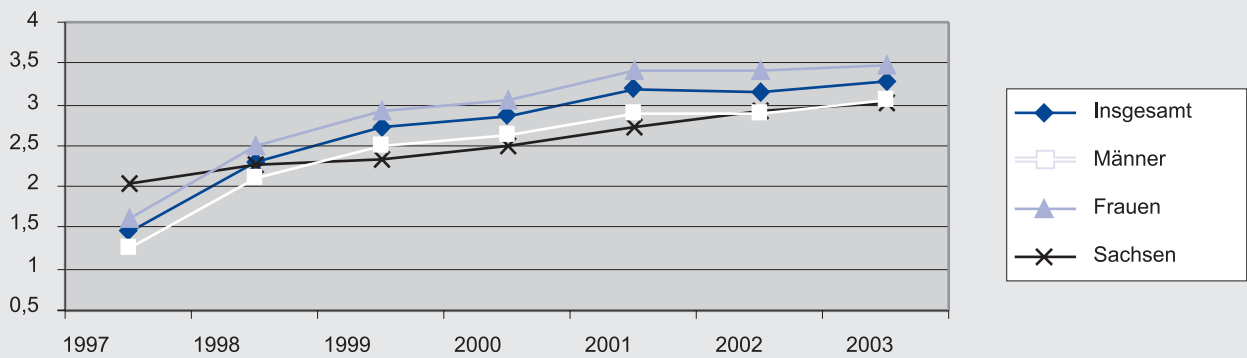
Mit den beiden Indikatoren wird die Entwicklung von Verarmungstrends in der Kommune beschrieben und auf die davon betroffenen Gruppen aufmerksam gemacht. Die Sozialhilfebedürftigkeit ist nicht nur, aber auch mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Kommune verknüpft, deren Folgen bereits in Indikator 22 beschrieben wurden. Die Sozialhilfebedürftigkeit zeigt die Entwicklung der Kinder- und der Altersarmut. Zudem belasten die gesetzlich vorgeschriebenen Sozialhilfeleistungen den kommunalen Haushalt. Steigende Zahlen an Sozialhilfeempfängern schränken damit den kommunalen Gestaltungsspielraum zusätzlich ein.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Gebietsstand 1.1.2004)

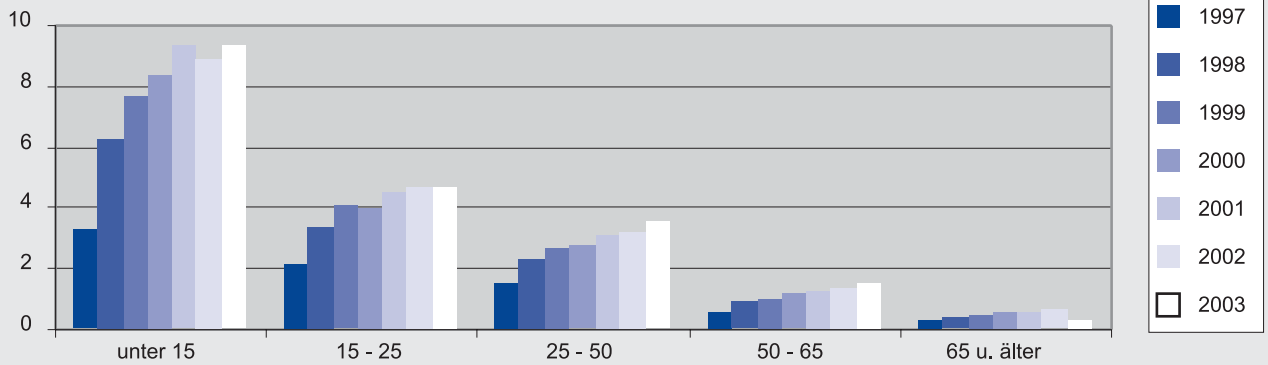
Anzahl der Sozialhilfeempfänger nach Geschlecht



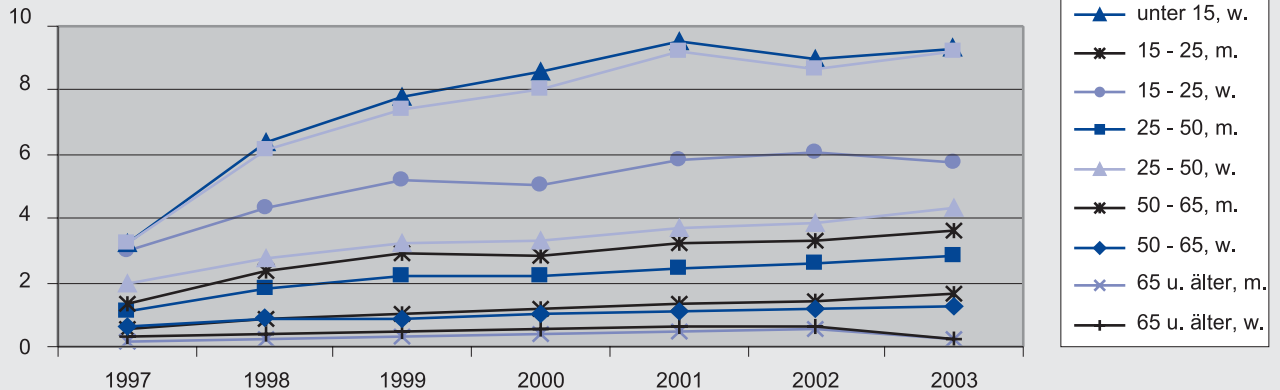
Sozialhilfequote nach Geschlecht in Prozent



Sozialhilfequote nach Altersgruppen in Prozent



Sozialhilfequote nach Altersgruppen und Geschlecht in Prozent



■ 24 Wohngeldempfänger (Haushalte)

Definition:

Wohngeld wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete oder Belastung für angemessen großen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Haushalts überfordert. Der Indikator Wohngeldempfänger zeigt den Anteil von Wohngeldempfängerhaushalten an der Gesamtzahl aller Haushalte in Prozent. Mit einer Dunkelziffer an Anspruchsberechtigten ist, auf Grund von Beantragungsmodalitäten, hier ebenfalls zu rechnen. Der Indikator wird im Rahmen des Mikrozensus erfasst.

Im Jahr 2002 empfangen etwa ein Viertel mehr Haushalte Wohngeld als 1997.

Ergebnisse:

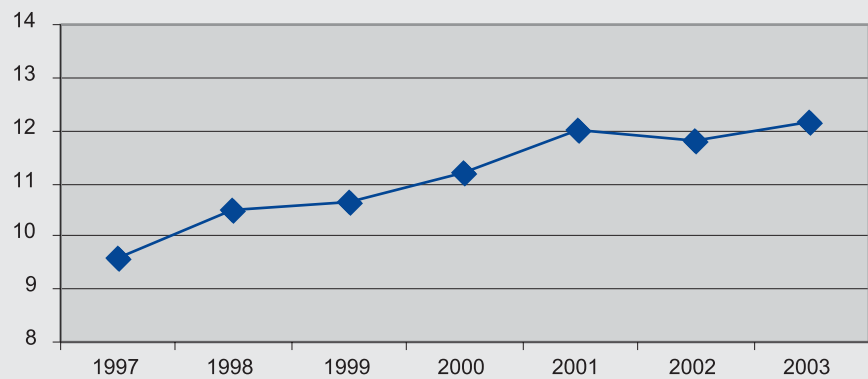
Der Anteil der Wohngeldempfängerhaushalte an allen Haushalten stieg von ca. 9,5 Prozent im Jahr 1997 auf mehr als zwölf Prozent im Jahr 2003. Damit empfangen 2002 etwa ein Viertel mehr Haushalte Wohngeld als noch im Jahr 1997.

Dieser Trend der Zunahme des Anteils von Wohngeldempfängerhaushalten zeichnet sich besonders stark zwischen 1998 und 2001 ab.

Bedeutung:

Der Indikator Wohngeldempfängerhaushalte beschreibt einen Personenkreis in benachteiligter wirtschaftlich-sozialer Lage. Einerseits ist er Ausdruck für die Belastung der Haushalte durch die Mietpreisentwicklung. Andererseits hat er einen starken Bezug zu den Indikatoren 22 – »Arbeitslosenquote« und 23 – »Sozialhilfequote«. Die Einflussfaktoren auf die Anzahl an Wohngeldempfängerhaushalten ist dabei vielschichtig. Zu nennen sind insbesondere das Einkommen der Haushalte, die Haushaltsgröße, die Wohnraumgröße und die Kinderzahl. Gesetzliche Regelungen können dabei den zum Anspruch auf Wohngeld berechtigten Personenkreis erhöhen wie verringern.

Anteil Wohngeldempfängerhaushalte an allen Haushalten in Prozent



■ 25 Durchschnittliches Einkommen

Definition:

Die Einkommenssituation in der Kommune läßt sich durch verschiedene Indikatoren beschreiben. Das durchschnittliche jährliche Einkommen in Euro pro Steuerpflichtigen ist die Summe aller Einkommen geteilt durch die Anzahl aller Steuerpflichtigen. Dieser Indikator wird nur aller drei Jahre erfasst. Er macht eine Angabe zum Einkommen des aktiv am Erwerbsleben beteiligten Anteils der Bevölkerung. Das monatliche Nettoeinkommen der Bevölkerung in Euro wird im Rahmen des Mikrozensus erhoben. Es ist der Durchschnitt der Summe aller Nettoeinkünfte, wie Arbeitseinkommen und Renten, pro Kopf der Bevölkerung und macht eine Aussage darüber, wieviel Geld ein Bürger durchschnittlich pro Monat zur Verfügung hat (Kaufkraft).

Ergebnisse:

Das jährliche Einkommen in Euro pro Steuerpflichtigen stieg von 1995 bis 2002 von durchschnittlich 26.973 Euro auf 29.448 Euro. Das entspricht einem Monatsdurchschnitt pro Steuerpflichtigen von ca. 2.247 Euro Bruttoeinkommen im Jahr 1995 bzw. 2.454 Euro Bruttoeinkommen im Jahr 2002. Damit beträgt das Wachstum im Zeitraum 9,2 Prozent bzw. entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 1,31 Prozent.

Das jährliche Nettoeinkommen der Bevölkerung stieg im Zeitraum um insgesamt 14,1 Prozent von durchschnittlich 10.668 Euro im Jahr 1996 auf 12.168 Euro im Jahr 2003. Das entspricht einem Monatsdurchschnitt pro Bürger von 889 Euro im Jahr 1996 bzw. 1.014 Euro im Jahr 2003. Damit hatte jeder Bürger jeweils 2,0 Prozent Nettoeinkommen mehr zur Verfügung als noch im Vorjahr (jährliche Steigerungsrate).

Das durchschnittliche jährliche Bruttoeinkommen in Euro pro Steuerpflichtigen wuchs von 1995 bis 2002 um insgesamt 9,2 Prozent.

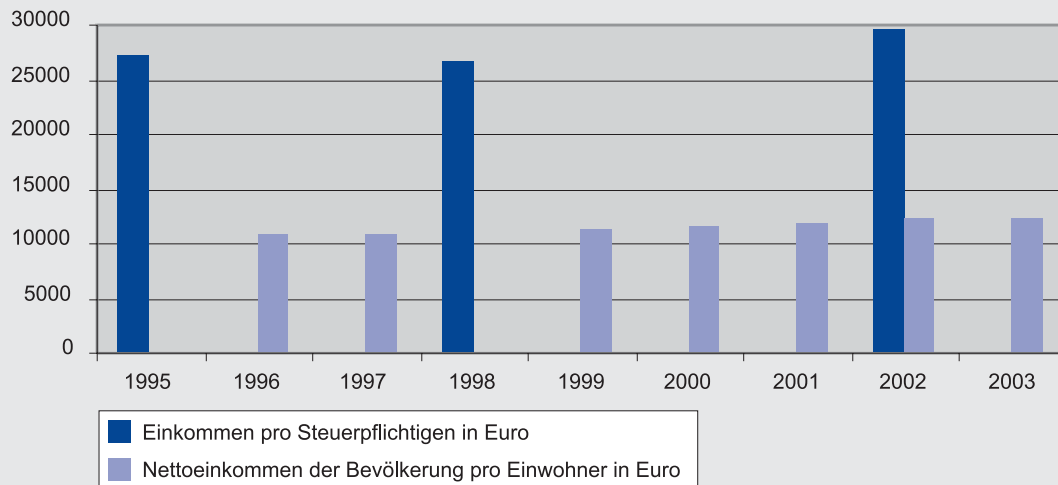
Bedeutung:

Die beiden Indikatoren beschreiben die aktuelle Situation und im zeitlichen Verlauf den Trend der Einkommensentwicklung der Bürger. Alle Durchschnittswerte der Einkommen eignen sich auch für den Vergleich von Kommunen untereinander. Sie sind damit wichtige Hinweise auf den Lebensstandard und die Kaufkraft sowie indirekt auf die Steuereinnahmen in der Kommune. Das durchschnittliche jährliche Einkommen pro Steuerpflichtigen beschreibt dabei die Einkommenssituation, Kaufkraft und den Lebensstandard allein des wirtschaftlich aktiven Teils der Bevölkerung. Das monatliche Nettoeinkommen der Bevölkerung legt den Fokus auf das Einkommen pro Bürger.

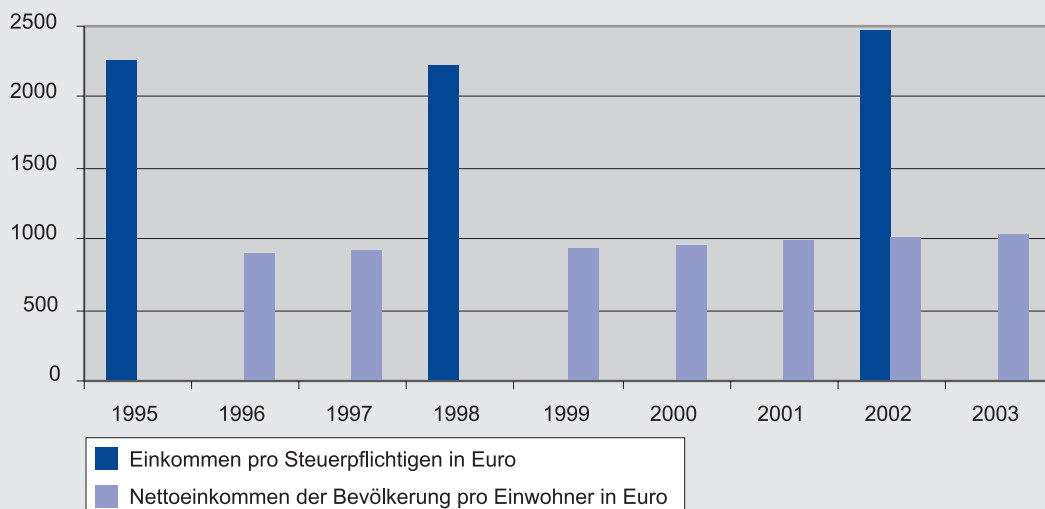
Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen der Bevölkerung stieg von 902 Euro 1997 auf 1.012 Euro im Jahr 2002.

Die Einflussfaktoren auf die Änderung der Einkommen sind sehr vielfältig. So bestimmen wesentlich die Situation am Arbeitsmarkt die Tarifverträge, die Erwerbstätigenstruktur, die allgemeine Wirtschaftskraft und die Wirtschaftsstrukturen sowie der Anteil Arbeitnehmer an der arbeitsfähigen Bevölkerung die Entwicklung der Einkommen. Die Auswirkungen sind genau so vielschichtig. Sie betreffen einerseits die finanziellen und materiellen Möglichkeiten wie Kaufkraft, Konsum und Sparen. Andererseits sind ebenfalls materielle und auch ideelle Auswirkungen, z. B. auf die Lebensqualität, das Wohlbefinden und die Gesundheit sowie auf die Integrationsmöglichkeiten in die Gesellschaft zu erwarten.

Durchschnittliches jährliches Einkommen



Durchschnittliches monatliches Einkommen



Weitere wünschenswerte Informationen:

Für eine weitere objektive Betrachtung der Einkommen wäre der Bezug zu den Ausgaben, z. B. zu den allgemeinen Lebenshaltungskosten (Lebenshaltungsindex) wünschenswert.

■ 26 Verteilung der Einkommen

Definition:

Der Indikator beschreibt die Struktur des Einkommens der Haushalte in der Kommune und wird jährlich über den Mikrozensus erhoben. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist die Summe aller Nettoeinkünfte pro Haushalt bezogen auf alle Haushalte. Nicht einbezogen werden Haushalte, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied in seiner Haupttätigkeit selbständiger Landwirt ist. Die Verteilung des Einkommens ergibt sich aus den definierten 8 Einkommensklassen: unter 500 Euro, 500 bis unter 900, 900 bis unter 1.300, 1.300 bis unter 1.500, 1.500 bis unter 2.000, 2.000 bis unter 2.600, 2.600 bis unter 3.200 sowie 3.200 Euro und mehr.

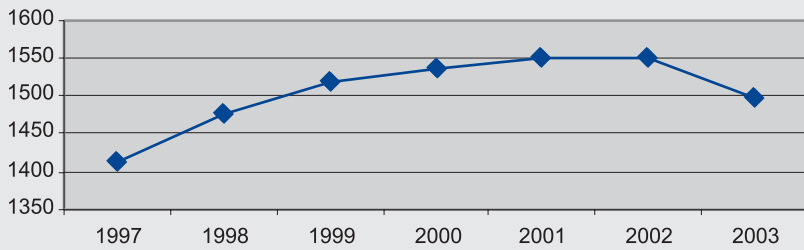
Ergebnisse:

Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen stieg von durchschnittlich 1.477 Euro im Jahr 1998 auf durchschnittlich 1.499 Euro im Jahr 2003. Damit wuchs das Einkommen privater Haushalte in der Stadt Dresden in fünf Jahren um 1,5 Prozent.

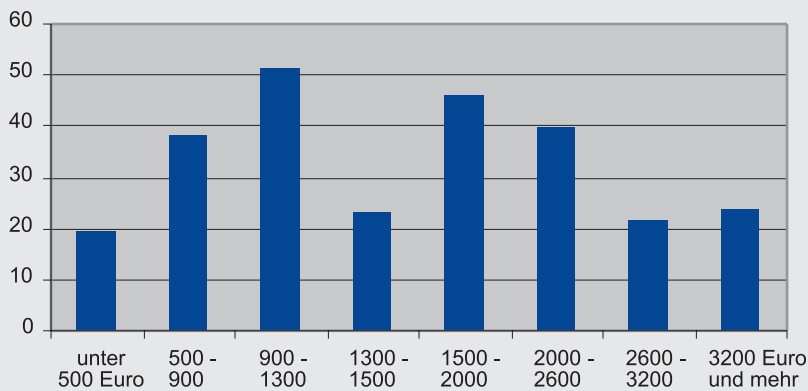
Sowohl der Anteil der untersten sowie der obersten Einkommensklasse nahm im besprochenen Zeitraum zu, während die mittleren Einkommensklassen sanken oder stagnierten.

Die Aufschlüsselung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens nach den o. g. Einkommensklassen zeigt deutlich eine Polarisation. Sowohl der Anteil der untersten sowie der obersten Einkommensklas-

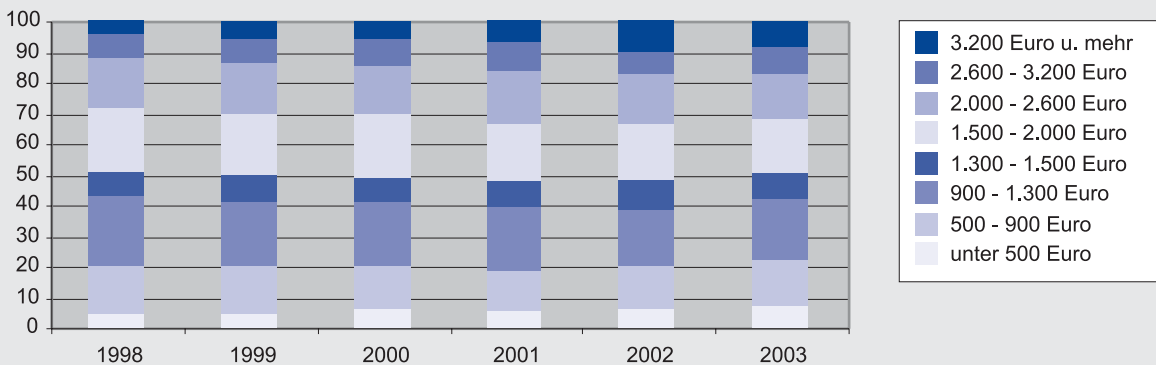
Durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen privater Haushalte in Euro



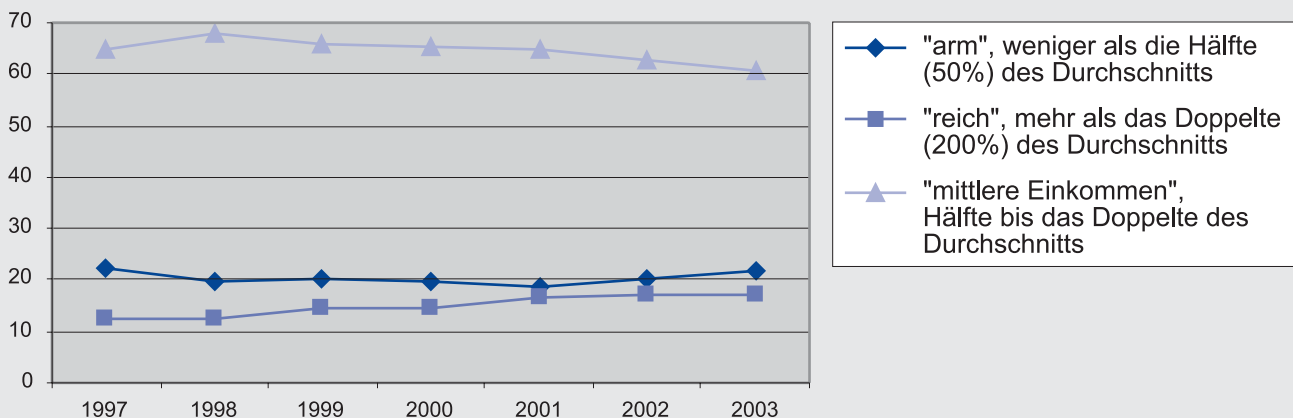
Haushalte im Mai 2003 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen pro 1000 Haushalte



Monatliches Haushaltsnettoeinkommen privater Haushalte nach Einkommensklassen in Prozent



Haushalte mit weniger als 50 % oder mehr als 200 % des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens in Prozent



se nahm im besprochenen Zeitraum zu, während die mittleren Einkommensklassen sanken oder stagnierten. So stieg der Anteil der untersten Einkommensklasse (unter 500 Euro) von 1998 bis 2003 von 4,1 auf 7,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich der Anteil der obersten Einkommensklasse mit 3.200 Euro und mehr monatlichem Nettoeinkommen von 4,8 auf 9,0 Prozent. Kein Zuwachs konnte dagegen in den mittleren Einkommensklassen zwischen 900 und 2.600 Euro beobachtet werden. Hier fiel der Anteil von Haushalten mit 900 bis 1.300 Euro pro Monat von 22,5 auf 19,4 Prozent sowie der Anteil von Haushalten mit 1.500 bis 2.000 Euro pro Monat von 20,1 auf 17,6 Prozent.

Die Bewertung der Einkommensklassen nach »armen« und »reichen« Haushalten sowie »mittleren Einkommen« macht die Polarisation der Einkommen noch deutlicher. Als »arm« gelten dabei Haushalte mit weniger als der Hälfte (50 Prozent) des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens. Als »reich«, hingegen gelten Haushalte die mehr als das Doppelte (200 Prozent) des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung haben. Haushalte die mit ihrem Haushaltsnettoeinkommen dazwischen liegen gelten als

»mittlere Einkommen« oder als Durchschnitt.

Die Entwicklung des Anteils der als »arm« definierten Haushalte fiel zunächst von 19,9 Prozent im Jahr 1998 auf 18,7 Prozent im Jahr 2001. Seitdem stieg der Anteil der »armen« Haushalte auf 21,9 Prozent an. Somit hatte etwa 2003 jeder fünfte Haushalt weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens aller Dresdner Haushalte zur Verfügung. Der Anteil der als »reich« zu bezeichnenden Haushalte der Stadt Dresden stieg von ca. 12,3 Prozent auf ca. 17,3 Prozent. Damit verfügte ein Sechstel aller Haushalte über mehr als das doppelte durchschnittliche Nettoeinkommen. Der Anteil Haushalte mit »mittlerem Einkommen« sank dagegen kontinuierlich von ca. 67,7 Prozent im Jahr 1998 auf ca. 60,9 Prozent im Jahr 2003. Von diesen knapp sieben Prozent gelangten zwei Prozent in die untere Einkommenslage und fünf Prozent stiegen in die obere Einkommenslage auf.

Im Jahr 2003 hatte jeder fünfte Haushalt weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens aller Dresdner Haushalte zur Verfügung.

Bedeutung:

Die Verteilung der Einkommen bezüglich der Haushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen ist ein Indikator sowohl für den Trend der Einkommensstruktursituation und -entwicklung in der Kommune als auch für Steuereinnahmen und Kaufkraft. Insgesamt hat dieser Indikator eine starke Bindung zur allgemeinen wirtschaftlichen und Arbeitsmarktsituation. Die Verteilung der Einkommen auf die unterschiedlichen Gruppen zeigt die Ausdifferenzierung der Einkommensstruktur der Haushalte. Eine gleichzeitige Zunahme der untersten und obersten Einkommen führt zu einer Polarisierung von armen und reichen Haushalten. Für die Kommune bedeutet dies nicht nur weniger oder mehr Steuereinnahmen und Kaufkraft sondern im ungünstigen Fall auch das Entstehen sozialer Probleme.

Weitere wünschenswerte Informationen:

Zukünftig wäre eine Aussage zu dem Anteil der Steuerpflichtigen an den einzelnen Einkommensklassen wünschenswert ebenso wie Angaben zu den Anteilen von Lohnersatzleistungen, Arbeitslosengeld II-Bezügen und Renten. Die Betrachtung von Haushaltsgröße und Kinderzahl pro Haushalt sowie die Einkommensentwicklung erscheint wesentlich.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, (Mikrozensus – ohne Haushalte selbständiger Landwirte); arm/reich berechnet über den Median

■ 27 Jugenddelinquenz

Definition:

Der Indikator beschreibt das Ausmaß des abweichenden, bzw. kriminellen Verhaltens von Jugendlichen in der Kommune. Dabei wird zwischen Tatverdächtigen und Verurteilten unterschieden. Als Tatverdächtige gelten Jugendliche/junge Heranwachsende, die nach polizeilicher Ermittlung auf Grund zureichender Anhaltspunkte verdächtig werden können, eine Straftat begangen zu haben. Dazu zählen Mittäter, Anstifter und Gehilfen. Als Verurteilter (wo Strafmündigkeit Voraussetzung ist) gilt jeder, gegen den nach geltendem Strafrecht eine Strafe verhängt oder dessen Straftat mit Jugendstrafe, Zuchtmitteln oder Erziehungsmaßnahmen geahndet wurde. Es gibt außerdem die Möglichkeit, das Verfahren gegen Jugendliche/junge Heranwachsende, die zum Zeitpunkt der Tatbegehung zwischen 14 bis unter 21 Jahre alt sind, ohne Hauptverhandlung einzustellen (Diversionen). Der Jugendliche erhält dann Weisungen und Auflagen, die er erfüllen muß (Diversionsmaßnahmen). Als Delikte werden hier alle Straftaten bezeichnet, die eine gerichtliche, bzw. staatsanwaltschaftliche Entscheidung nach sich ziehen. Die Anzahl der Delikte ist nicht gleich der Anzahl der Verurteilten, da eine Person auch mehrere Delikte pro Jahr begehen kann. Verfahren beim Dresdner Interventions- und Präventionsprojekt (ca. 1.000 Verfahren jährlich) werden nicht unter die Zahl der Delikte summiert.

Die Anzahl aller jungen Tatverdächtigen unter 21 Jahren stieg zwischen 2001 und 2003 von 4745 auf 5143 an. Die meisten Tatverdächtigen gab es in der Gruppe der 14- bis unter 18-Jährigen.

Als Jugendliche gelten dabei 14- bis unter 18-Jährige. Ihre Aburteilung erfolgt nach Jugendstrafrecht. Als Heranwachsende gelten 18- bis unter 21-Jährige. Sie können nach allgemeinem oder Jugendstrafrecht abgeurteilt werden. Bis unter 14-Jährige gelten als Kinder. Sie können, da sie noch nicht strafmündig sind, nicht verurteilt werden. Der Indikator wird in absoluten Zahlen, Prozents und je 10.000 Einwohner der gleichen Altersgruppe und des gleichen Geschlechts ausgewiesen. Berechnungsgrundlage ist die Bevölkerung am 31. Dezember des jeweiligen Jahres. Im Mittelpunkt stehen die Straftaten wegen Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit sowie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Die Anzahl tatverdächtiger Kinder bis 13 Jahre sank von 2001 bis 2003 um ca. 20 Prozent, bzw. ein Fünftel, von knapp 24 auf ca. 17 Prozent von allen jungen Tatverdächtigen.

Ergebnisse:

Nach polizeilicher Kriminalstatistik stieg die Anzahl aller jungen Tatverdächtigen unter 21 Jahren zwischen 2001 und 2003 von 4.745 auf 5.143 an. Die meisten Tatverdächtigen gab es in der Gruppe der 14- bis unter 18-Jährigen. Sie stellten im Zeitraum kontinuierlich ca. 45 Prozent aller jungen Tatverdächtigen unter 21 Jahren. Dagegen stieg der Anteil der Tatverdächtigen aus der Gruppe der 18- bis unter 21-Jährigen von ca. 31 Prozent im Jahr 2001 auf ca. 38 Prozent im Jahr 2003. Das bedeutet eine Zunahme der Delinquenz in dieser Gruppe von fast 33 Prozent. Die Anzahl tatverdächtiger Kinder bis 13 Jahre sank im Zeitraum um ca. 20 Prozent, bzw. ein Fünftel, von knapp 24 auf 17 Prozent. In der Gruppe der Kinder und Jugendlichen waren fast ein Drittel der Tatverdächtigen Mädchen. In der Gruppe der Heranwachsenden Tatverdächtigen waren nur noch ein gutes Fünftel weiblich.

Von 1997 bis 2003 wuchs die Zahl der Verurteilungen von 14- bis unter 21-Jährigen wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz um das 8,5-fache von zwei auf 17 pro 10.000 Einwohner des gleichen Alters.

Bei der Zahl der Verurteilten* pro 10.000 Einwohner der gleichen Personengruppe fällt eine deutliche Steigerung der Verurteilungen von 14- bis unter 21-Jährigen wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz auf. Hier wuchsen die Zahlen pro 10.000 Einwohner der gleichen Personengruppe um das 8,5-fache von zwei auf 17 pro 10.000 Einwohner des gleichen Alters. Die Zahl der Verurteilungen wegen Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit stieg für die 14- bis unter 21-Jährigen von 1997 bis 2003 von 35 auf 47 pro 10.000 Einwohner. Insbesondere die Zahl der 18- bis unter 21-jährigen Verurteilten nahm dabei zu, von 38 auf 61 pro 10.000 Einwohner des gleichen Alters. Im Vergleich der Geschlechter wird

Männer wurden im Jahr 2003 gut zwölfmal mehr wegen Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit und gut siebenmal häufiger wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz bestraft als Frauen.

Die Zahl der Verurteilungen* 18- bis unter 21-Jähriger wegen Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit stieg von 1997 bis 2003 um ein Drittel von 38 auf 61 pro 10.000 Einwohner des gleichen Alters.

deutlich, daß Männer gut zwölfmal mehr wegen Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit und gut siebenmal häufiger wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz bestraft wurden als Frauen.

Die Anzahl der von der Polizei ermittelten Straftaten (Delikte) bei jungen Menschen unter 21 Jahren weist seit 2000 für die Stadt Dresden eine leicht steigende Tendenz auf. Hier wurde im Jahr 2003 insgesamt wegen ca. 5.650 Straftaten ermittelt.

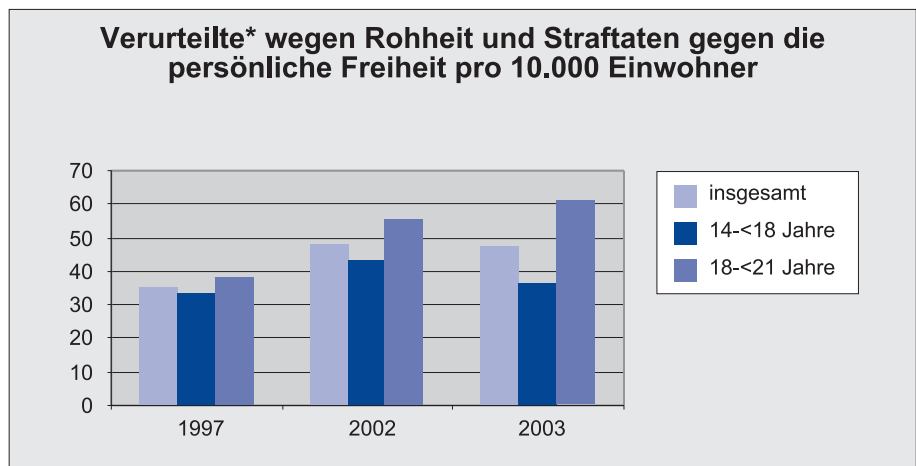
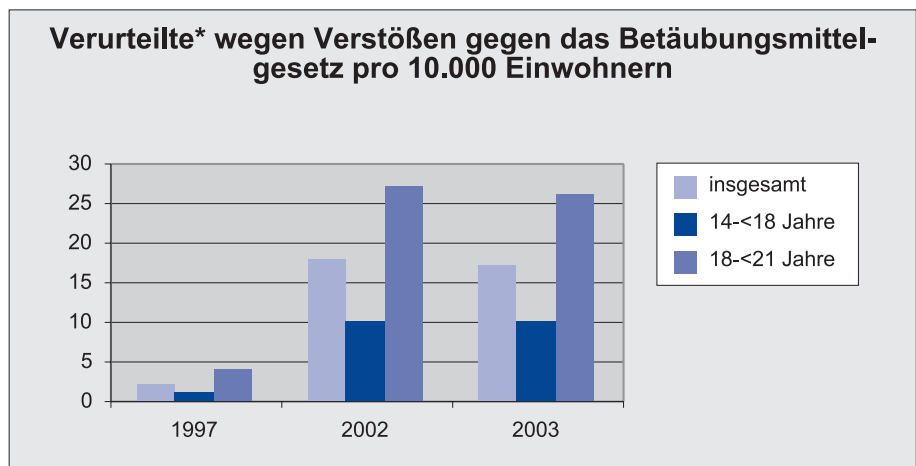
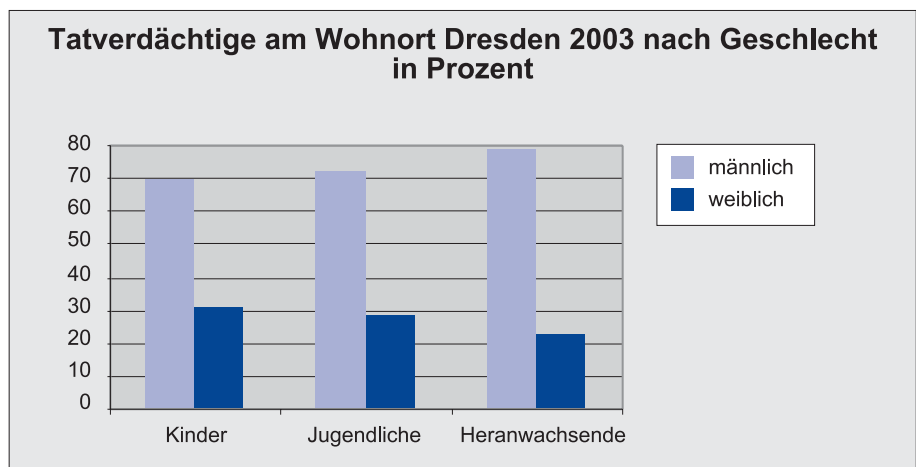
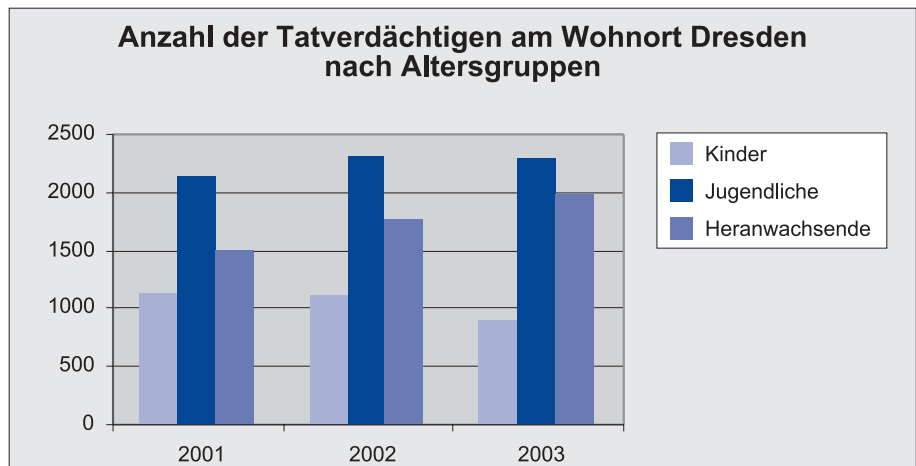
Im Jahr 2003 betrafen fast die Hälfte aller Straftaten von unter 21-Jährigen Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz. Sie nahmen gegenüber dem Jahr 2000 um fast 40 Prozent zu.

Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (Handel, Anbau, Herstellung, Abgabe, Erwerb und unerlaubter Besitz von Betäubungsmitteln) nehmen den größten Anteil an allen Straftaten ein. Mit ca. 2.570 Delikten im Jahr 2003 sind das fast die Hälfte, bzw. ca. 45,5 Prozent aller Straftaten. Auch gibt es hier gegenüber dem Jahr 2000 eine Zunahme der Delikte um fast 40 Prozent.

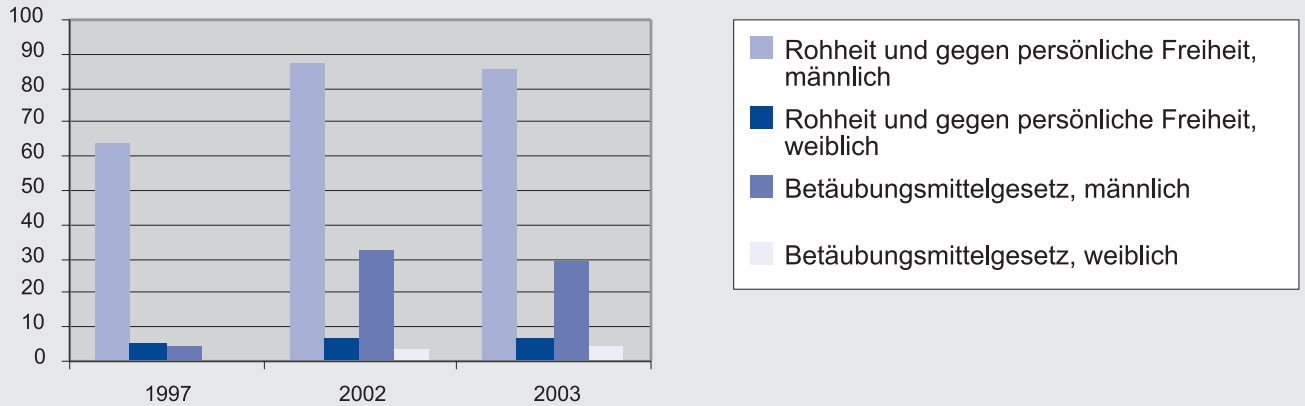
Die zweitgrößte Gruppe sind im Jahr 2003 mit fast 1.000 Delikten Straftaten wegen der so genannten Beförderungserschleichung bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Hier stieg die Zahl der Delikte gegenüber dem Jahr 2000 um mehr als das Vierfache. Veränderungen der Kriminalstatistik hinsichtlich des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz und der Beförderungserschleichung hängen u. a. auch vom Grad der Sozialkontrolle, vom Verfolgungsdruck der Ermittlungsbehörden ab.

Straftaten wegen einfachem Diebstahl nahmen den dritten Rang ein. Sie stiegen im Zeitraum um ca. 20 Prozent auf ca. 650 Delikte im Jahr 2003. Hingegen hat sich die Anzahl schwerer Diebstähle im Zeitraum um mehr als zwei Drittel, bzw. ca. 72 Prozent verringert. Sie betragen im Jahr 2003 nur noch 150 Delikte. Sonstige Eigentumsdelikte wie Betrug und Hehlerei vermehrten sich im Zeitraum um durchschnittlich ein Drittel, bzw. 33 Prozent. Im Jahr 2002 wurde hier in ca. 330 Fällen ermittelt.

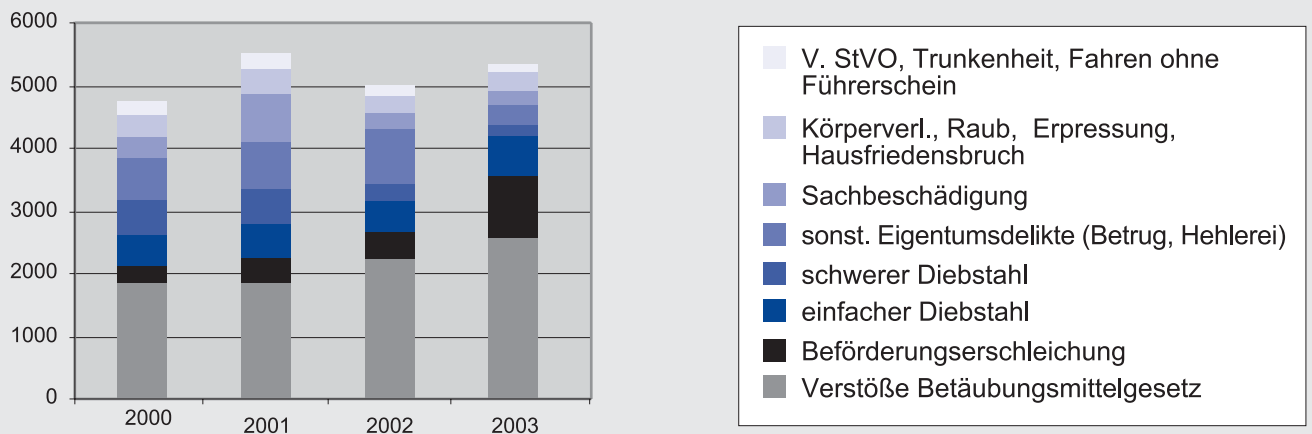
In allen anderen Arten von Straftaten



Verurteilungen Jugendlicher und Heranwachsender pro 10.000 Einwohner des selben Geschlechts und Alters nach Art der Straftat



Anzahl der Delikte am Wohnort Dresden nach Art der Straftat



sanken die Fallzahlen im Zeitraum von 2001 bis 2002. Straftaten wegen Sachbeschädigung haben sich im Zeitraum um fast die Hälfte verringert. Bei Straftaten wegen Körperverletzung, Raub, Erpressung und Hausfriedensbruch sank die Quote im Zeitraum um ca. zehn Prozent. Straftaten wegen Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung (StVO), inklusive Trunkenheit am Steuer und Fahren ohne Führerschein verringerten sich um fast ca. die Hälfte.

Bedeutung:

Der Indikator Jugenddelinquenz beschreibt das Ausmaß des abweichenden bzw. kriminellen Verhaltens von Jugendlichen in der Kommune. Armut, soziale Benachteiligung und soziale Ausgrenzung von Jugendlichen kann kriminelles Verhalten begünstigen. Daraus ergeben sich spezifische Anforderungen an die jugendpolitischen und sozialpädagogischen Aufgaben und Maßnahmen in der Kommune, z. B.

für die Bereiche Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, Freizeitgestaltung, Schulpolitik, Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik, Präventionsmaßnahmen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung. Das Dresdner Interventions- und Präventionsprojekt ist eine dieser Maßnahmen. In ihm werden jährlich ca. 1.000 Maßnahmen mit Jugendlichen und Heranwachsenden durchgeführt, z. B. in Form von Ableistung von Arbeitsstunden, der Schadenswiedergutmachung, dem Täter-Opfer-Ausgleich sowie in Form von sozialen Trainingskursen, welche hier nicht berücksichtigt sind.

* Die Zahl der Verurteilten bezieht sich auf den Landgerichtsbezirk Dresden, der mehr Gemeinden umfasst als die Stadt Dresden selbst.
 Quellen: Polizeiliche Kriminalstatistik (Tatverdächtige am Wohnort), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Verurteilte), Jugendgerichtshilfe im Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden (Anzahl und Art der Delikte am Wohnort)
 Literatur für Definitionen: Deliktaufstellung der Jugendgerichtshilfe Dresden (13.07.04), Statistisches Jahrbuch Sachsen 2003 S. 169 f.

■ 28 Schülerinnen und Schüler nach Schularten

Definition:

Der Indikator beschreibt den Anteil Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen und Förderschulen nach Schularten, insbesondere den Anteil Schülerinnen und Schüler in der 7. Klasse nach Schularten an der Gesamtzahl aller Schüler. Die Daten werden auch geschlechtsspezifisch ausgewiesen. Schularten sind die Vorbereitungsklassen nach § 5 (»Vorschule«), Grundschulen, Mittelschulen, Gymnasien, Förderschulen, Freie Waldorfschulen und Schulen des zweiten Bildungsweges. In der Klassenstufe 7 sind die Schularten: Mittelschulen, Gymnasien, Förderschulen und Freie Waldorfschulen.

Ergebnisse:

Im Zeitraum sank die Anzahl Schüler insgesamt von ca. 63.000 im Jahr 1997 auf ca. 42.000 im Jahr 2003. Das entspricht einem Rückgang um insgesamt ein Drittel, bzw. einem jährlichen Rückgang der Schülerzahlen um ca. 5,55 Prozent.

Die Zahl der Schüler sank im Zeitraum von 1997 bis 2003 um ein Drittel von ca. 63.000 auf ca. 42.000.

Differenziert nach Schularten sank der Anteil von Schülern vor allem in den Grundschulen bis zum Jahr 2002 in Folge geburtenschwacher Jahrgänge um ein Drittel. Seit dem steigt der Anteil Grundschüler wieder leicht an. In Mittelschulen und Gymnasien war dagegen auf Grund geburtenstarker Jahrgänge bis 2001 ein Anstieg der Schülerzahlen zu beobachten. Erhöht hat sich im Zeitraum ebenfalls der Anteil Schüler in Vorbereitungsklassen nach § 5, Förderschulen, Freien Waldorfschulen und in Schulen des zweiten Bildungsweges.

Der prozentuale Anteil von Mädchen sank in den Gymnasien und Freien Schulen und stieg in Mittelschulen und Förderschulen.

Der Anteil Schülerinnen und Schüler, die in der Klassenstufe 7 eine Mittelschule besuchten, sank von ca. 57 Prozent im Jahr 1998 auf ca. 53 Prozent im Jahr 2003. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der Kinder, die in der 7. Klasse auf das Gymnasien gingen, von ca. 37 Prozent auf ca. 40 Prozent. Gleichzeitig nahm auch in den Freien Waldorfschulen der Anteil von Kindern, die die 7. Klasse absolvierten, von ca. 0,5 Prozent auf ca. 0,8 Prozent zu. Ebenso stieg, insbesondere seit 2000, der Anteil von 7-Klässlern in Förderschulen von ca. fünf Prozent auf ca. 6,5 Prozent. Damit fand bei den Schülerinnen und Schülern der 7. Klasse eine Verschiebung von den Mittelschulen hin zu den Gymnasien, Freien Schulen, aber auch Förderschulen statt.

Insgesamt liegt der Anteil Schülerinnen (Mädchenquote) an allen Schülern und Schulformen bei durchschnittlich ca. 49 Prozent. Der Anteil Jungen beträgt somit durchschnittlich 51 Prozent. Beide Werte sind konstant. Den höchsten Mädchenanteil gab es an Gymnasien. Allerdings sank ihr Anteil kontinuierlich von ca. 55 Prozent im Jahr 1997 auf ca. 53 Prozent im Jahr 2003. Ebenso verringerte sich auch der Anteil Schülerinnen an Freien Schulen von 53 Prozent auf 49 Prozent. Bei diesen Schulformen ist also der Anteil Jungen größer geworden. Im Gegenzug stiegen die Anteile der Mädchen an den Mittelschulen von ca. 46,5 Prozent auf ca. 47,5 Prozent. Sie nehmen damit den dritten Rang ein. Den geringsten Mädchenanteil gab es an Förderschulen. Aber auch hier stieg ihr Anteil im Zeitraum von ca. 35 Prozent auf ca. 37 Prozent. Insgesamt zeigt sich eine Verschiebung der Mädchenanteile von den

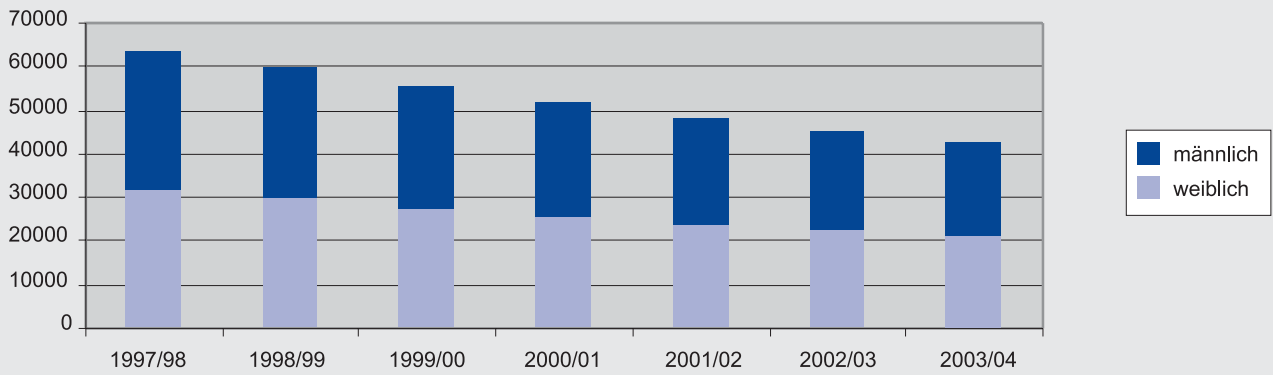
Gymnasien und Freien Schulen hin zu den Mittelschulen und Förderschulen. Für die Jungen gilt der entgegengesetzte Trend.

Bedeutung:

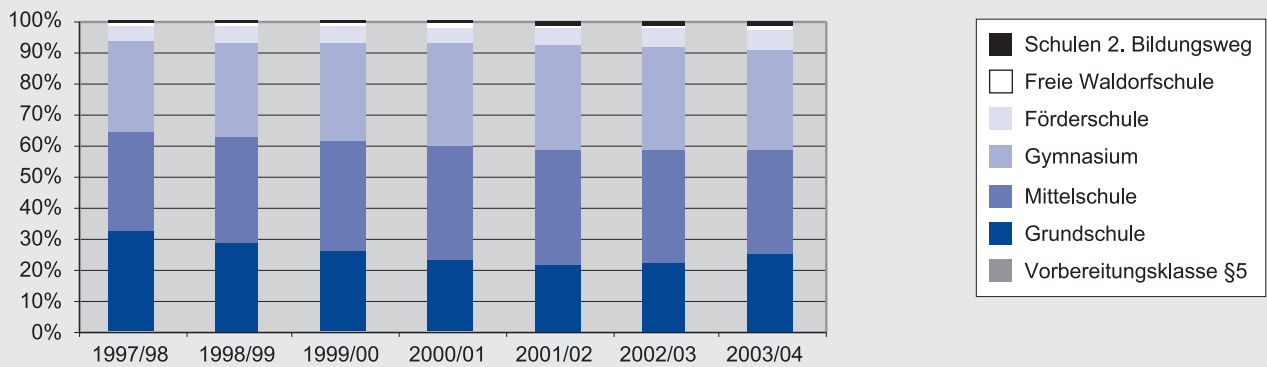
Der Indikator Schüler nach Schularten beschreibt die Bildungssituation junger Menschen in der Kommune. Im zeitlichen Trend können Aussagen über die Entwicklung von Selektionsprozessen im Schulwesen getroffen werden. Mögliche zukünftige Probleme junger Menschen mit Hinblick auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes sowie der beruflichen Ausbildung können hier schon frühzeitig abgebildet werden.

Der Anteil Kinder, die in der 7. Klasse eine Mittelschule besuchten, sank von 1998 bis 2003 von ca. 57 Prozent auf ca. 53 Prozent. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der 7-Klässler, die auf das Gymnasien gingen, von ca. 37 Prozent auf ca. 40 Prozent.

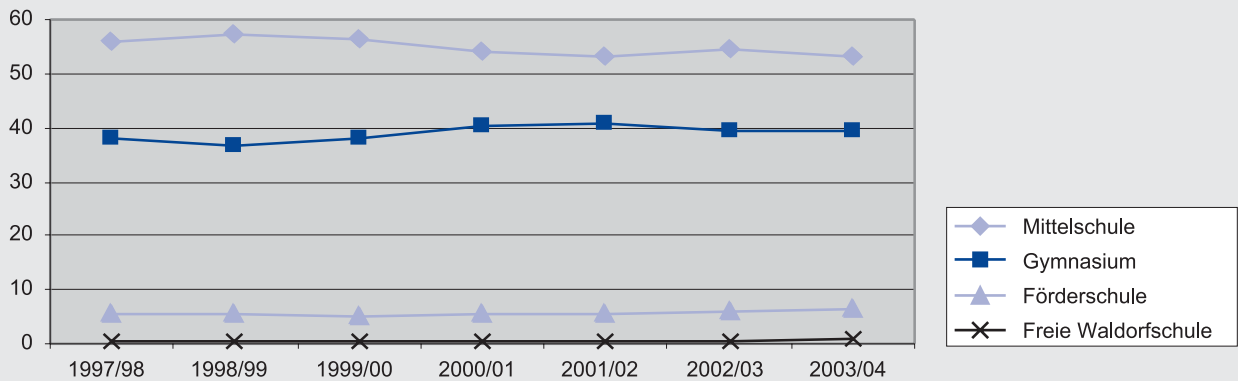
Anzahl Schülerinnen und Schüler insgesamt nach Geschlecht



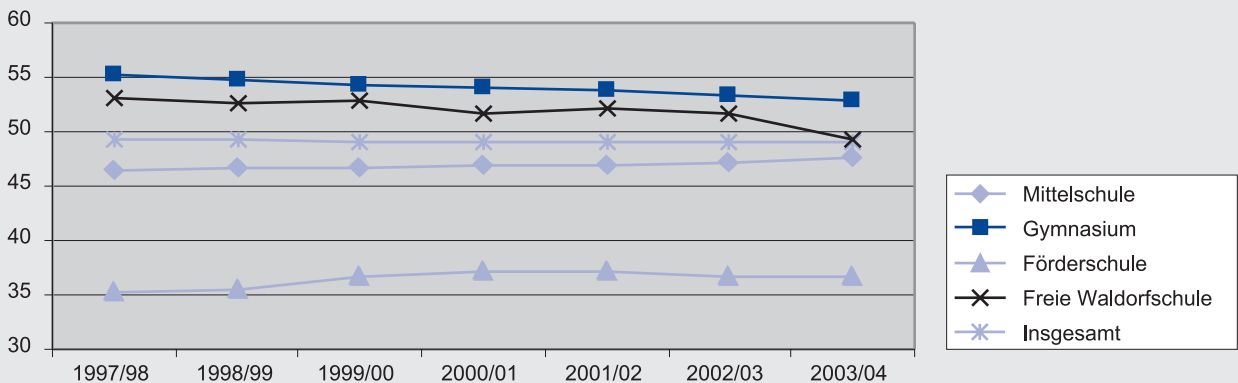
Schülerinnen und Schüler insgesamt nach Schularten in Prozent



Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse nach Schularten in Prozent



Anteil Schülerinnen (Mädchenquote) an allen Schülern nach Schularten in Prozent



■ 29 Schulabgänger nach Schulabschluss

Definition:

Der Indikator gibt Auskunft über die Anzahl der Schulabgänger an allgemein bildenden Schulen und Förderschulen nach der Art des Schulabschlusses, inklusive Schulabgängern ohne einen Schulabschluss. Die Anzahl wird in absoluten Zahlen und in prozentualen Anteilen angegeben und geschlechtsspezifisch differenziert.

Der Schulabschluss wird unterschieden nach:

- mit Hauptschulabschluss,
- mit Realschulabschluss,
- allgemeine Hochschulreife sowie
- ohne Schulabschluss.

Von 1998/99 bis 2003/04 ging der Anteil der Abiturienten um drei Prozent zurück.

Ergebnisse:

Wie die Schülerzahlen insgesamt, so ist auch die Anzahl der Absolventen und Abgänger an allgemein bildenden Schulen im Zeitraum rückläufig. Gab es im Jahr 1997/98 noch insgesamt ca. 6.600 Schulabgänger, waren es im Jahr 2003/04 nur noch ca. 5.900 Schulabgänger in der Kommune. Das entspricht einem jährlichen Rückgang um ca. 1,8 Prozent.

Die Entwicklung des Anteils Schulabgänger insgesamt nach Art des Abschlusses zeigt im Zeitraum unterschiedliche Schwerpunkte. Die größte Gruppe ist die Gruppe der Schulabgänger mit Realschulabschluss. Sie umfasst durchschnittlich 49 Prozent aller Abgänger. Im zeitlichen Verlauf nahm der Anteil an Schülern mit diesem Schulabschluss um ca. zwei Prozent zu. Die zweitgrößte Gruppe sind Absolventen mit einer allgemeinen Hochschulreife. Ihr Anteil an allen Schulabschlüssen betrug durchschnittlich 31,5 Prozent. Im Trend ging der Anteil der Abiturienten um drei Prozent zurück. Mit durchschnittlich zehn Prozent Anteil an allen Schulabschlüssen nahmen Absolventen mit einem Hauptschulabschluss den dritten Rang ein. Für diese Gruppe ergab sich eine leichte Zunahme um ca. ein Prozent. Die kleinste Gruppe der Schulabgänger waren Abgänger ohne Schulabschluss. Ihr Anteil an allen Schulabgängern betrug im Zeitraum durchschnittlich 9,3 Prozent. Im Trend zeigt sich ein schwankender Verlauf zwischen neun und zehn Prozent. Damit hat insge-

2003/04 verließ jeder achte männliche Jugendliche und ca. jede fünfzehnte weibliche Jugendliche die Schule ohne einen Schulabschluss.

samt eine Verschiebung von höheren zu niedrigeren Schulabschlüssen um ca. drei Prozent stattgefunden.

Bei Betrachtung der Anteile der Schulabgänger nach Art des Schulabschlusses und Geschlecht ergeben sich für männliche und weibliche Absolventen erkennbare Unterschiede. Der Realschulabschluss wurde von Jungen wie Mädchen mit jeweils durchschnittlich ca. 49 Prozent gleich häufig erworben. Im Trend zeigt sich für beide Geschlechter eine Zunahme des Anteils dieses Schulabschlusses um ca. zwei bis drei Prozent. Im Gegenzug sank der Anteil von Schulabgängern mit allgemeiner Hochschulreife für männliche Jugendliche um ca. zwei Prozent und für weibliche Jugendliche um ca. vier Prozent. Im Jahr 2003/04 hatten etwa ein Drittel aller Mädchen (ca. 34 Prozent) und nur ein Viertel aller Jungen (ca. 25 Prozent) die allgemeine Hochschulreife erworben. Der rückläufige Trend des Anteils dieses Schulabschlusses scheint seit 2002/03 gebrochen. Mit einem Hauptschulabschluss verließen im Jahr 2003/04 ca. zwölf Prozent der Jungen und ca. neun Prozent der Mädchen die Schule. Der Trend ergibt für Jungen einen Rückgang um ca. ein Prozent, bei den Mädchen dagegen eine Zunahme um ca. zwei Prozent. Dafür nahm der Anteil männlicher sowie weiblicher Schulabgänger ohne Schulabschluss im Zeitraum um jeweils ca. 0,5 Prozent zu. Er beträgt im Jahr 2003/04 ca. 12,5 Prozent bei männlichen Schulabgängern und ca. 6,8 Prozent bei weiblichen Schulabgängern. Somit verließ jeder achte männliche Jugendliche und ca. jede fünfzehnte weibliche Jugendliche die Schule ohne einen Schulabschluss. Der Anteil Schulabgänger ohne Schulabschluss steigt sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Jugendlichen.

Insgesamt hat von 1998/99 bis 2003/04 eine Verschiebung von höheren zu niedrigeren Schulabschlüssen um ca. drei Prozent stattgefunden.

Es zeigt sich insgesamt eine Verschiebung des Bildungsniveaus für männliche Jugendliche hin zur Erhöhung der Anteile mit Realschulabschluss auf Kosten der Verringerung des Anteils der Abschlüsse mit allgemeiner Hochschulreife. Es ist aber auch eine Verschiebung vom Hauptschulabschluss hin zum Realschulabschluss festzustellen.

Für weibliche Jugendliche zeigt sich insgesamt ebenfalls eine Verschiebung des Bildungsniveaus von höheren Bildungsabschlüssen hin zur Erhöhung der Anteile mit Realschulabschluss, insbesondere auf Kosten der Verringerung des Anteils Abschlüsse mit allgemeiner Hochschulreife.

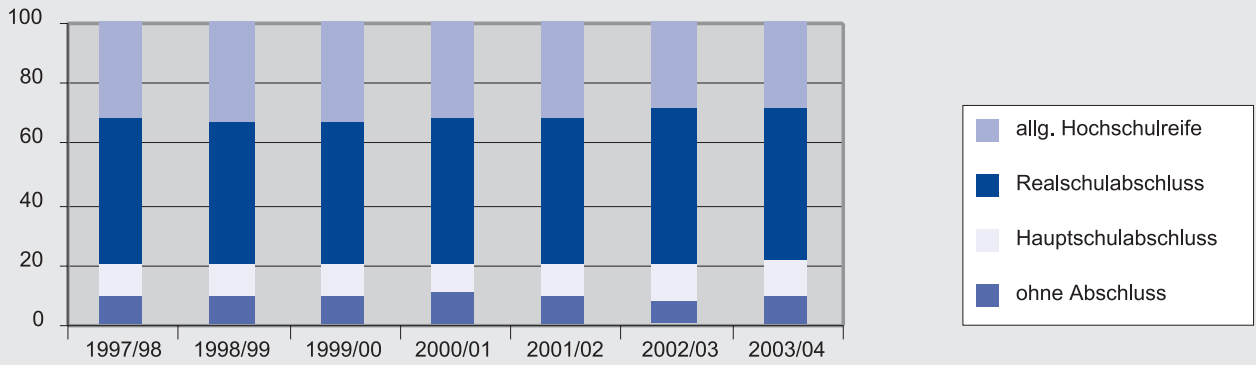
Gleichzeitig verlagerte sich ein Anteil von Schulabgängerinnen ohne Abschluss hin zum Hauptschulabschluss, insbesondere seit dem Jahr 2000/01. Gegenüber den männlichen Schulabgängern ist das Bildungsniveau der weiblichen als durchschnittlich höher einzuschätzen.

Bedeutung:

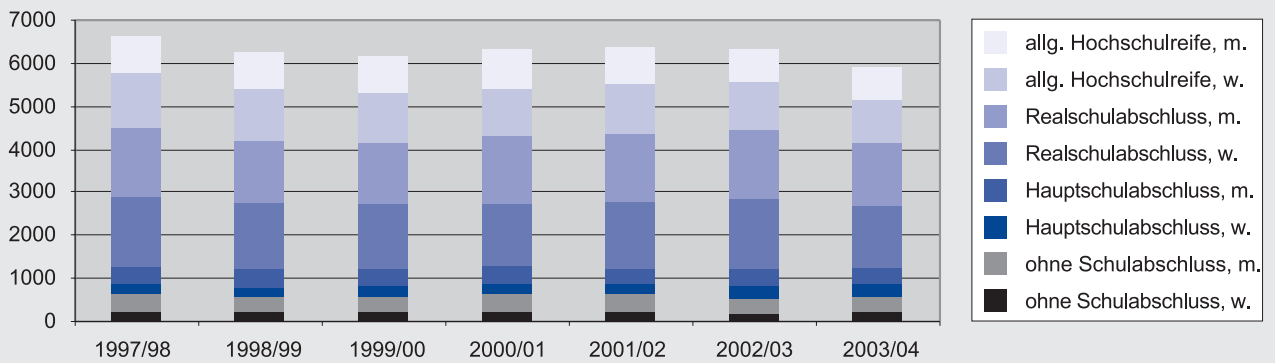
Mit der Beschreibung der Verteilung der Schulabgänger nach der Abschlussart wird die Bildungsstruktur der Jugendlichen und Heranwachsenden in der Kommune erfasst. Damit ist der Indikator ein Hinweis auf das allgemeine Bildungsniveau junger Menschen und für den Vergleich mit anderen Kommunen geeignet. Von besonderer Bedeutung ist hier die Entwicklung bei den Schulabgängern ohne Schulabschluss. Sie sorgt nicht nur für schlechte Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen der Betroffenen, sondern stellt die Kommune vor zusätzliche finanzielle und institutionelle Anforderungen.

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Schulabgänger nach Art des Schulabschlusses in Prozent



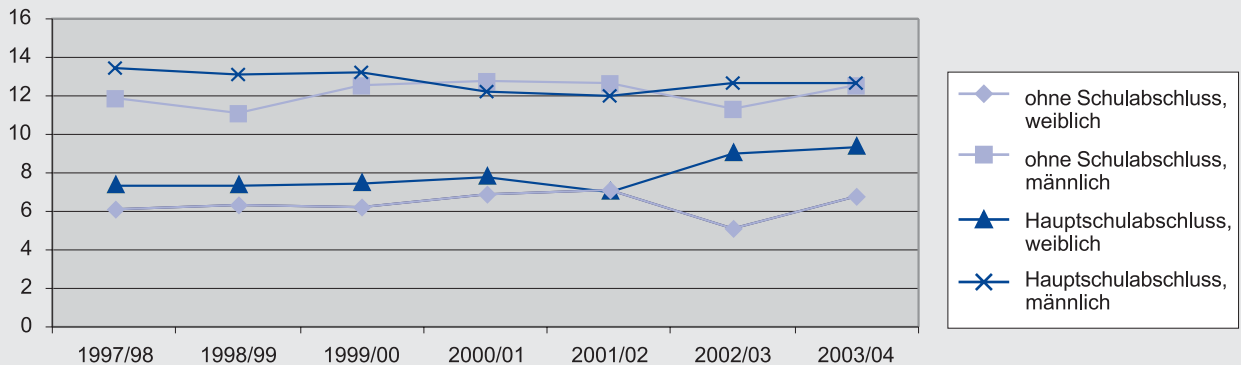
Anzahl Schulabgänger nach Art des Schulabschlusses und Geschlecht



Anteil Schulabgänger mit Realschulabschluss oder Hochschulreife an allen Schulabgängern nach Geschlecht in Prozent



Anteil Schulabgänger mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss an allen Schulabgängern nach Geschlecht in Prozent



■ 30 Flächennutzungsstruktur

Definition:

Der Indikator gibt die Anteile der jeweiligen Fläche an der Gesamtfläche der Kommune nach Art der tatsächlichen Nutzung in Prozent an. Es werden folgende Flächen unterschieden:

- Siedlungs- und Verkehrsfläche*
- Landwirtschaftsfläche
- Waldfläche
- Wasserfläche

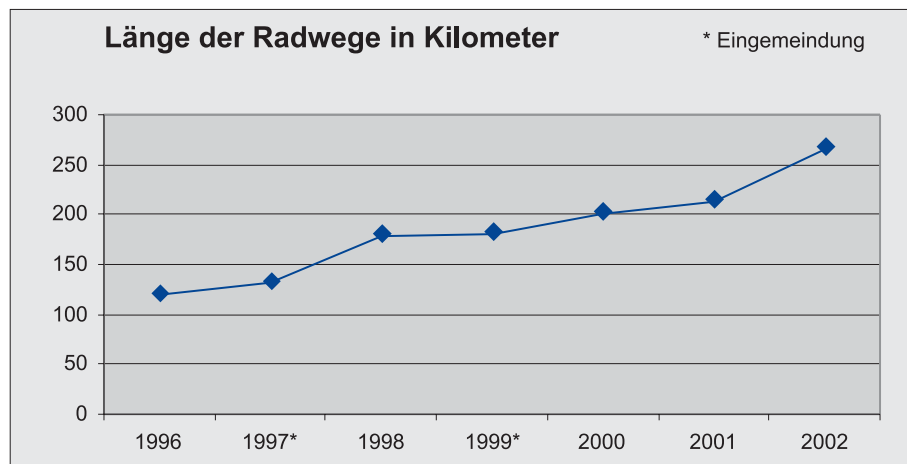
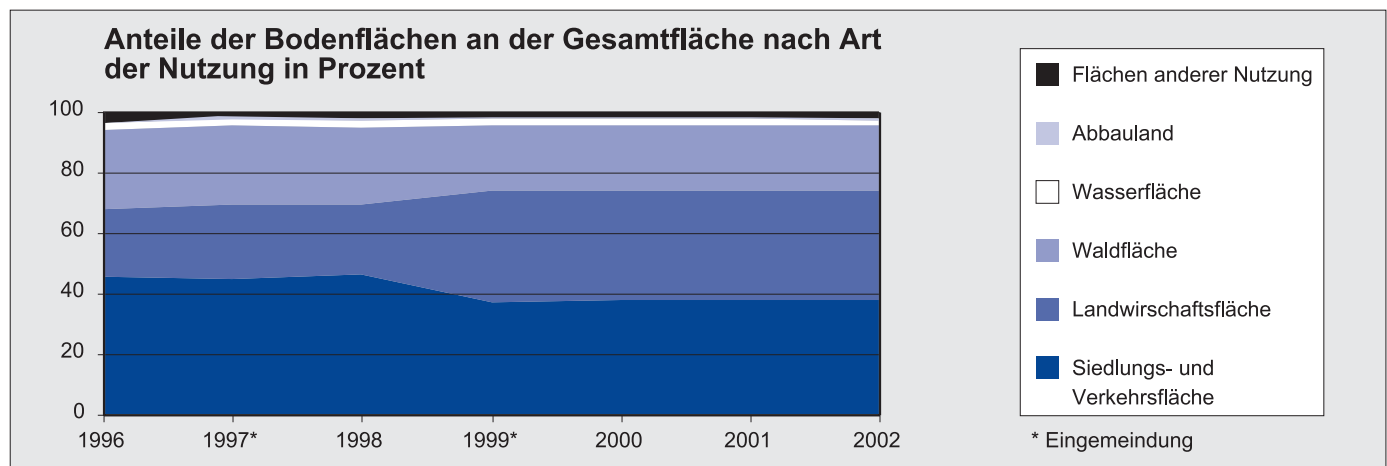
- Abbauland
- Flächen anderer Nutzung
- Schutzgebiete (Natur-, Landschafts- und Wasserschutzgebiete)
- Radwege (in laufenden Kilometern)**

Ergebnisse:

Durch die Eingemeindungen 1997 und 1999 stieg die Bodenfläche insgesamt um ca. 38 Prozent, von ca. 23.700 Hektar auf ca. 32.800 Hektar. Deshalb sind die Veränderungen im zeitlichen Trend mit den Daten vor 1999 nur unter Beachtung die-

ser Tatsache vergleichbar.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nimmt den größten Anteil der Gesamtfläche in der Kommune ein. Sie beinhaltet einerseits die Gebäudeflächen und Verkehrsflächen, andererseits aber auch Freiflächen und Erholungsflächen. Von 1999 bis 2002 vergrößerte sie sich von ca. 37,2 Prozent auf 38 Prozent. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil der Landwirtschaftsfläche um ein Prozent zurück, von ca. 37 Prozent auf ca. 36 Prozent im Jahr 2002. Hier fand eine Umwandlung landwirtschaft-



licher Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche statt. Der Anteil der Waldfläche an der Gesamtfläche der Kommune beträgt im Jahr 2002 ca. 21,26 Prozent und ist im Zeitraum stabil. Ebenso ist der Anteil der Wasserfläche konstant und beträgt ca. 1,96 Prozent der Gesamtfläche. Der Anteil der Abbaufäche schwankt leicht und

2002 waren 38 Prozent der Fläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen und 59,31 Prozent der Fläche bestanden aus landwirtschaftlicher sowie Wald- und Wasserfläche.

beträgt durchschnittlich 0,35 Prozent der Gesamtfläche. Flächen anderer Nutzung sind mit einem Anteil von ca. 2,14 Prozent an der Gesamtfläche ebenfalls als stabil zu bezeichnen.

Die Länge der Radwege vergrößerte sich von 1996 bis 2002 von ca. 120 km auf ca. 266 km. Das entspricht einer jährlichen Steigerungsrate von ca. 20 Prozent.

Die Länge der Radwege in der Kommune stieg von ca. 120 km im Jahr 1996 auf ca. 266 km im Jahr 2002. Das entspricht einer Steigerung um mehr als dem Doppelten, bzw. einer jährlichen Steigerungsrate von ca. 20 Prozent. Die Eingemeindungen wirkten sich hier nur gering aus.

Bedeutung:

Bei der Beschreibung der Flächennutzungsstrukturen steht die Entwicklung der Anteile von versiegelten zu nichtversiegelten Flächen im Vordergrund des Interesses. Die Angaben der Flächennutzungsstruktur sind Basisdaten für Bebauungspläne, Gewerbeflächen, für den Straßenbau und für die Grünflächenplanung der Kommune. Darüber hinaus ist die Flächennutzungsstruktur relevant für Umwelt und gesundheitspolitische Entscheidungen, z. B. in Bezug auf die Bereitstellung von Erholungsflächen und Radwegen, Erhalt des Ökosystems und das Abwassersystem sowie für den Hochwasserschutz der Kommune. Die Entscheidungsprozesse zur Flächennutzung in der Kommune sind auf Grund unterschiedlicher Interessen der verschiedenen Bereiche und Institutionen oft mit Konflikten und Kompromissen verbunden.

Quellen: Kommunale Statistikstelle nach Angaben des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, des Statistischen Bundesamtes und des Städtischen Vermessungsamtes Dresden

* Die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist die Summe mehrerer Flächennutzungsarten (Gebäudeflächen, Freiflächen, Erholungsflächen, Friedhofflächen und Verkehrsflächen), die durch eine überwiegend siedlungswirtschaftliche Funktion gekennzeichnet ist. Der Nutzungsbereich Siedlung beinhaltet somit die bebauten und nicht bebauten Flächen, die durch die Ansiedlung von Menschen geprägt sind oder zur Ansiedlung beitragen. "Siedlungs- und Verkehrsfläche" und "versiegelte Fläche" dürfen aus diesem Grund nicht gleichgesetzt werden.

** Radwege incl. kombinierte Rad- und Gehwege, Angebots- und Schutzstreifen sowie Gehwege mit der Beschilderung "Radfahrer frei"

31 Modal-Split und Anzahl der Kraftfahrzeuge

Definition:

Der Indikator Modal-Split bezeichnet den Anteil der verschiedenen Verkehrswege am gesamten Wegeaufkommen pro Werktag in Prozent. Die Verkehrswege werden unterschieden nach Wegen, die mit dem öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), dem motorisierten Individualverkehr (MIV), dem Fahrrad sowie zu Fuß zurückgelegt werden. Verkehrsmittel sind dementsprechend Bus und Bahn (ÖPNV), Privat-Kfz, Motorrad u. ä. (MIV), das Fahrrad sowie der Mensch zu Fuß.

Als Alternative wird die Anzahl der Personenkraftwagen (Pkw) je 1.000 Einwohner am 31. Dezember des Jahres angegeben, bzw. auch die Anzahl der Kraftfahrzeuge (Kfz) insgesamt (Personenkraftwagen, Krafträder, Lastkraftwagen und Zugmaschinen) je 1.000 Einwohner.

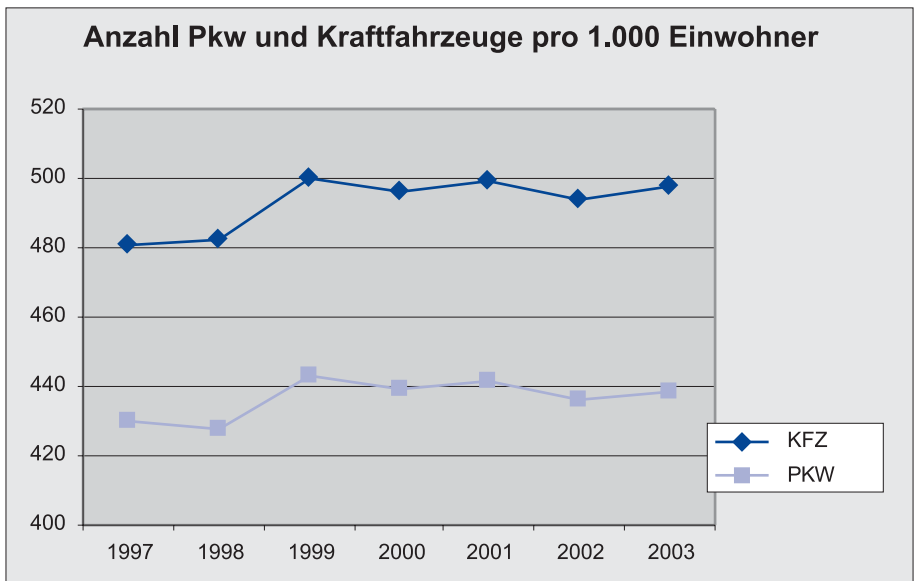
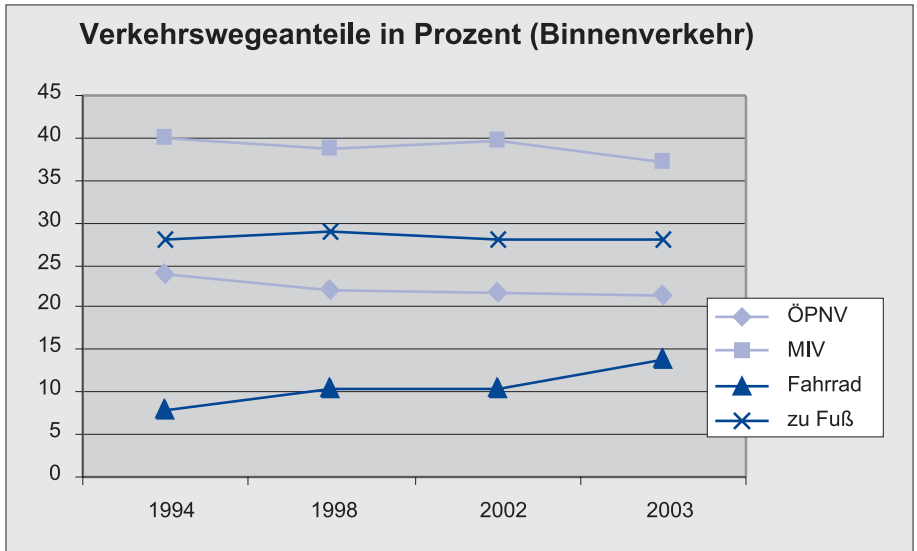
Den größten Anteil am Gesamteaufkommen hat der motorisierte Individualverkehr mit 37 Prozent im Jahr 2003, Tendenz sinkend.

Ergebnisse:

Der Indikator Modal-Split zeigt für die verschiedenen Verkehrswege und die Benutzung der dementsprechenden Verkehrsmittel unterschiedliche Tendenzen im Zeitraum. Den größten Anteil am Gesamteaufkommen hat der motorisierte Individualverkehr (MIV) mit 37 Prozent im

Der Anteil der zu Fuß benutzten Verkehrswege ist seit 1994 mit 28 Prozent der Zweitgrößte.

Jahr 2003 und leicht sinkender Tendenz. Der Anteil der zu Fuß benutzten Verkehrswege ist der zweitgrößte Anteil am Ge-



Im Zeitraum von 1994 bis 2003 stieg der Anteil der mit dem Fahrrad bewältigten Wege von acht auf 13,7 Prozent.

samtwegeaufkommen. Er blieb im Zeitraum konstant und betrug 28 Prozent. Der Anteil der Verkehrswege mit dem Fahrrad erhöhte sich seit 1994 von acht auf 13,7 Prozent im Jahr 2003. Der Anteil des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) am gesamten Wegeaufkommen sank von 1994 mit ca. 24 Prozent auf ca. 21,3 Prozent im Jahr 2003. So vermehrten sich die Anteile des Fahrradverkehrs zu Ungunsten des öffentlichen Nahverkehrs.

Der Anteil des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) am gesamten Wegeaufkommen sank von 1994 bis 2003 von 24 auf 21,3 Prozent.

Die Anzahl an Pkw je 1.000 Einwohner sowie auch die Anzahl der Kfz je 1.000 Einwohner sinkt seit 1999 tendenziell. Der Anstieg aller Fahrzeugzahlen von 1998 zu 1999 ist mit den Eingemeindungen in dieser Zeit zu erklären. Im Durchschnitt entfielen auf 1.000 Einwohner im Jahr 2003 ca. 439 Personenkraftwagen bzw. ca. 497 Kraftfahrzeuge insgesamt (inclusive Pkw, Lkw, Krafträder und Zugmaschinen). Damit entfallen auf jeden Bürger der Kommune ca. 0,44 Personenkraftwagen, bzw. ca. 0,5 Kraftfahrzeuge insgesamt.

Bedeutung:

Der Indikator Modal-Split gibt die Benutzungsgewohnheiten der Bürger für bestimmte Verkehrsmittel wieder und zeigt im zeitlichen Verlauf eventuelle Verlagerungen auf alternative Beförderungsmöglichkeiten. Von besonderem Interesse ist dabei das Verhältnis von öffentlichem Personen-Nahverkehr und dem motorisierten Individualverkehr. Ein Anwachsen des motorisierten Individualverkehrs in der Kommune hat für die Bevölkerung weitreichende Folgen, so z. B. für das Lärmaufkommen, die Luftbelastung, das Unfallgeschehen und vieles mehr. Daher ist eine vermehrte Nutzung sowie der Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs wünschenswert. Ebenso die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Nutzung des Fahrrades oder des Gehens zu Fuß.

Quellen: Hauptabteilung Mobilität der Landeshauptstadt Dresden, Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden

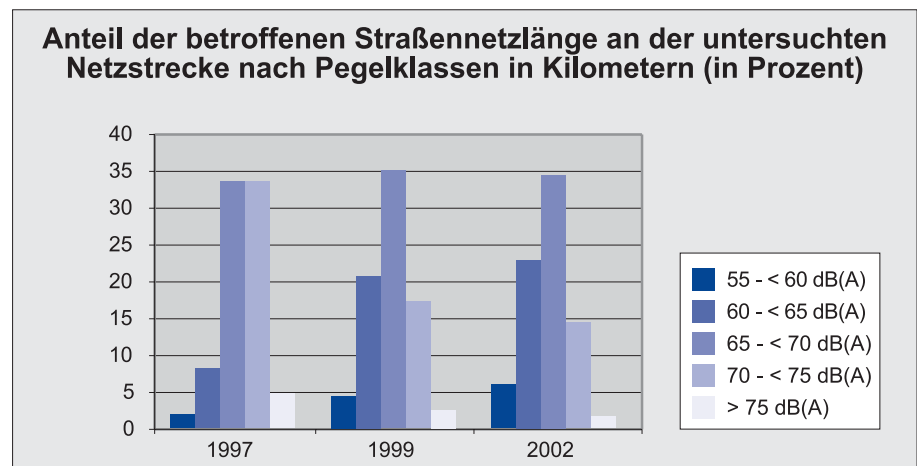
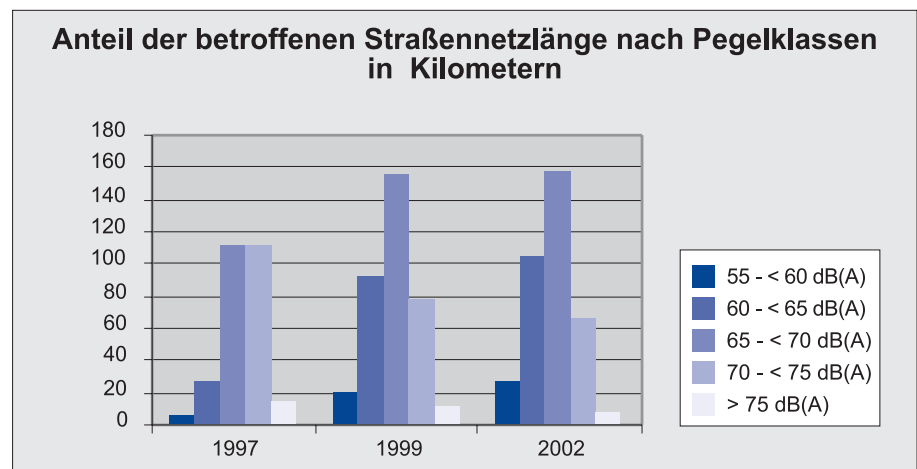
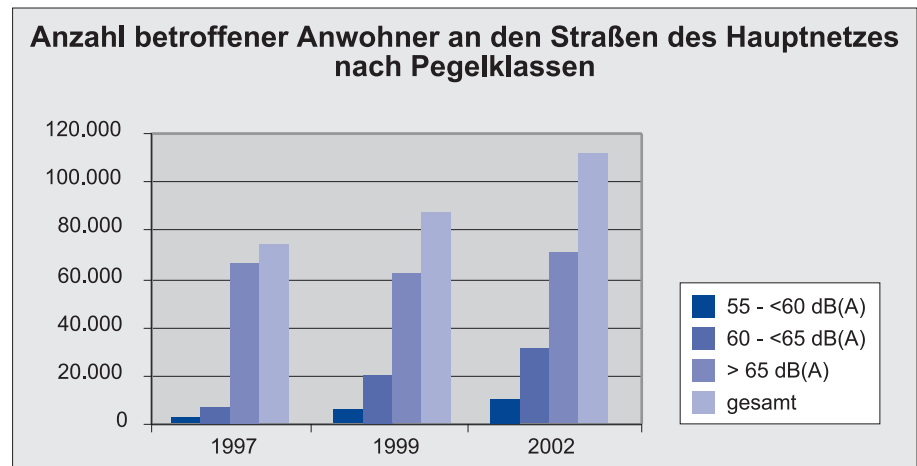
■ **32 Lärmbelastung**

Definition:

Der Indikator Lärmbelastung erfasst den an der Straßenrandbebauung durch den Kraftfahrzeugverkehr auf Hauptstraßen verursachten Lärm nach Pegelklassen in Dezibel (dB(A)) und Tageszeit. Die Pegelklassen werden eingeteilt in größer als 55 bis 60 dB(A), größer als 60 bis 65 dB(A), größer als 65 bis 70 dB(A), größer als 70 bis 75 dB(A) sowie Pegelklasse größer als 75 dB(A). Alle Daten sind generell abhängig von dem Vorhandensein von Zählstationen für die Verkehrsstärke oder von dem ein-

gesetzten mathematischen Rechenmodell. Pegelklassen, auch Lärmstufen genannt, werden auf Grund ihrer gesundheitsrelevanten Wirkung gebildet. Das Umweltbundesamt definiert die folgenden Lärmwirkungen:

- Ab Lärmbelastungen von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts werden die für das Wohnen anzutreffenden Erwartungen auf angemessenen Schutz vor Lärmbelastungen nicht erfüllt. Bei Überschreiten des Nacht-Wertes ist selbst bei nur teilweise geöffnetem Fenster ungestörter Schlaf häufig nicht mehr möglich (Beiblatt 1 zu DIN 18005 »Schallschutz im Städtebau«, Teil 1).



- Ab Lärmbelastungen von 60 dB(A) tags und 50 dB(A) nachts ist von schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. des Bundes-Immissionsschutzgesetzes auszugehen. Erhebliche Belästigung und erhebliche Nachteile sind zu erwarten, Schallschutzfenster angezeigt.
- Bei Lärmbelastungen oberhalb von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts sind Gesundheitsbeeinträchtigungen in Form von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu erwarten.

An über der Hälfte der 458 km des Hauptverkehrsstraßennetzes besteht ein Lärmsanierungsbedarf.

Ergebnisse:

Im Jahr 2002 waren die Schallpegel für ca. ein Viertel des gesamten Dresdner Straßennetzes bekannt. Generell werden angrenzende Nebenstraßen dabei nicht berücksichtigt. An über der Hälfte der 458 km des Hauptverkehrsstraßennetzes der Stadt besteht ein Lärmsanierungsbedarf, also für Straßen mit Pegeln > 65 dB(A). Ein Lärmsanierungsprogramm für Straßen mit Wohnbebauung und mehr als 75 dB(A) Lärmbelastung am Tage wurde im September 2002 vom Stadtrat beschlossen. Seit 1997 wurde bereits ein Drittel der 100 km gepflasterten Netzstrecke saniert. Ein Ersatz des Natursteinpflasters durch Asphalt erzielt eine Reduktion von bis zu sechs dB(A). Das entspricht der gleichen Lärmwirkung wie eine Reduktion der Verkehrsmenge auf ein Viertel!*

Ein Ersatz des Natursteinpflasters durch Asphalt erzielt die gleiche Lärminderung wie eine Reduktion der Verkehrsmenge auf ein Viertel.

Die Lärmbelastung der betroffenen Einwohner an Hauptverkehrsstraßen tags mit Pegeln > 65 dB(A) ist trotz Sanierung der lautesten Straßen leicht gestiegen. So waren 2002 insgesamt ca. 111.000 Einwohner an Hauptverkehrsstraßen von hohen Lärmpegeln > 55 dB(A) betroffen. Ca. 70.000 von ihnen, bzw. ca. 13,7 Prozent der Gesamtbevölkerung, waren sehr hohen Pegeln von > 65 dB(A) ausgesetzt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Länge der untersuchten Straßen von 331 km 1997 auf 458 km 2002 erhöht wurde.

In Bezug auf die betroffene Netzstrecke nach Lärmpegelklassen kam es seit 1997

2002 waren ca. 70.000 Einwohner bzw. ca. 13,7 Prozent der Gesamtbevölkerung sehr hohen Lärmpegeln von mehr als 65 dB(A) ausgesetzt.

zu einer besonders starken Reduzierung des Anteils Straßen mit den höchsten Lärmpegeln. So verringerte sich auf Grund der Lärmsanierungsprogramme der Anteil der Hauptverkehrsstraßen mit Pegeln > 75 dB(A) um ca. zwei Drittel. Die Netzlänge dieser Pegelklasse beträgt nur noch sieben km des insgesamt 458 km langen Gesamtstreckennetzes. Mehr als halbiert hat sich im Zeitraum auch die Netzstrecke der Pegelklasse 70 - < 75 dB(A). Ihre Netzlänge beträgt im Jahr 2002 noch 66 km. Diesen positiven Trend bestätigt auch der steigende Anteil der unteren Lärmpegelklassen. Hier wurden die Lärmsanierungsmaßnahmen sehr wirksam umgesetzt. Ein steigendes Verkehrsaufkommen würde diesem Trend jedoch entgegenwirken.

Bedeutung:

Mit dem Indikator werden lokale Belastungen und Gesundheitsrisiken beschrieben. Dauerlärm kann erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bürger der Kommune haben, wie z. B. Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Stressreaktionen, Minderung des geistigen Wohlbefindens und der körperlichen Leistungsfähigkeit, Behinderung der Kommunikation sowie Beeinträchtigung der Erholung. Neben dem Straßenverkehrslärm gibt es noch vielfältige Lärmquellen, wie z. B. Baustellen, das Handwerk und das Gewerbe, die Industrie, der Flugverkehr sowie Lärm durch Anwohner. Oft kommt es hier zu einer Kumulation der verschiedenen Lärmquellen und zusätzlich zu weiteren ökologischen Belastungen. Maßnahmen der Lärminderung, wie Lärmschutz und Auflagenpolitik, stellen an die verschiedenen Politikfelder jeweils unterschiedliche Anforderungen. So zum Beispiel für die Verkehrs- und Umweltpolitik, die Standortpolitik allgemein und den Wohnungsbau.

■ 33 Luftbelastung

Definition:

Die Zusammensetzung der Luft wird durch eine Vielzahl von Stoffen belastet, die man als Luftverunreinigungen oder, wenn schädigende Wirkungen bekannt sind, als Luftschadstoffe bezeichnet. Die Luftverunreinigungen werden vor allem durch anthropogene Quellen (durch den Menschen verursacht) emittiert. Unter Immission versteht man die auf Mensch, Tiere, Pflanzen, bzw. generell auf Materie einwirkenden Luftverunreinigungen.

Die Jahresmittelwerte für Luftschadstoffe sind außer für Stickoxid (NO) und Ozon (O₃) tendenziell gesunken.

Die Luftverunreinigungen können aufgrund ihrer physikalischen und chemischen Eigenschaften den Menschen unmittelbar oder über die Verschlechterung seiner Lebensbedingungen (Klimaveränderung) beeinträchtigen. Die Erfassung von Daten über die aktuelle Belastung durch die wichtigsten Luftschadstoffe ist abhängig vom Vorhandensein von Messstationen oder -fahrzeugen. Es gibt verschiedene Mess-, Bezugsgrößen und Grenzwerte für die unterschiedlichen Luftschadstoffe. Als Luftschadstoffe gelten unter anderem:

- Kohlenmonoxid (CO) in mg/m³ (für die folgende einheitliche Darstellung in µg/m³)
- Kohlendioxid (CO₂) in Tonnen pro Einwohner und Jahr (Emission) bzw. in Mio. Tonnen (Äquivalent)
- Schwefeldioxid (SO₂) in µg/m³
- Stickstoffmonoxid (NO) in µg/m³
- Stickstoffdioxid (NO₂) in µg/m³
- Schwebstaub in µg/m³ (einschließlich PM10-Partikel)
- Ozon (O₃) in µg/m³
- Benzol in µg/m³
- Ruß in µg/m³
- Staub-Partikel kleiner als 10 µm (PM10) in µg/m³ (erst ab 2001 erfasst)

Ergebnisse:

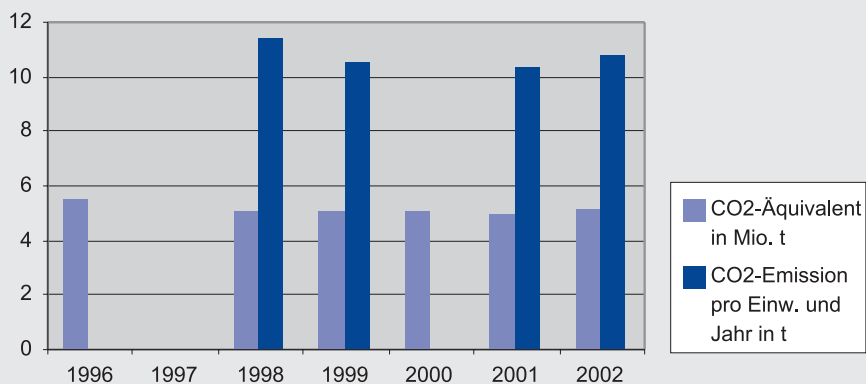
Im Zeitraum von 1996 bis 2002 ist eine Verbesserung der Luftqualität zu beobachten. Die Jahresmittelwerte der meisten Luftschadstoffe sind gesunken und zeigen auch im Trend diese Tendenz. Ebenso werden für die meisten Luftschadstoffe die aktuellen Grenzwerte, bzw. Richtwerte nicht überschritten. Dies könnte sich aber mit den zukünftig ab 2010 geltenden neuen EU-Grenzwerten für bestimmte Schadstoffe ändern.

Bei der Emission von Treibhausgasen, insbesondere dem Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂), zeigt sich im Trend des Zeitraumes eine deutliche Senkung der Emis-

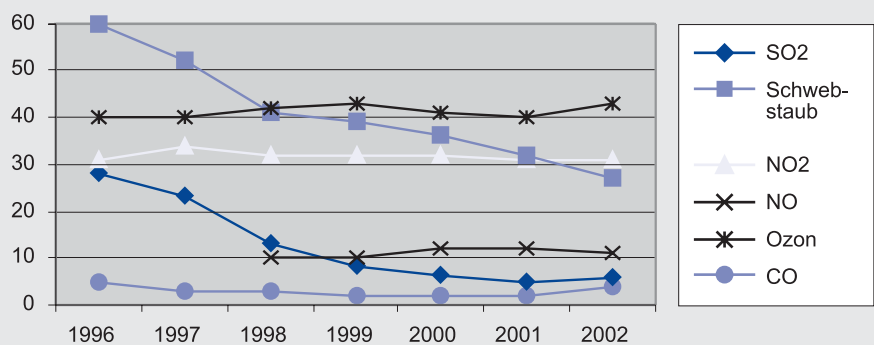
Quellen: Umweltamt der Landeshauptstadt Dresden;

* www.dresden.de/index.html?node=9748

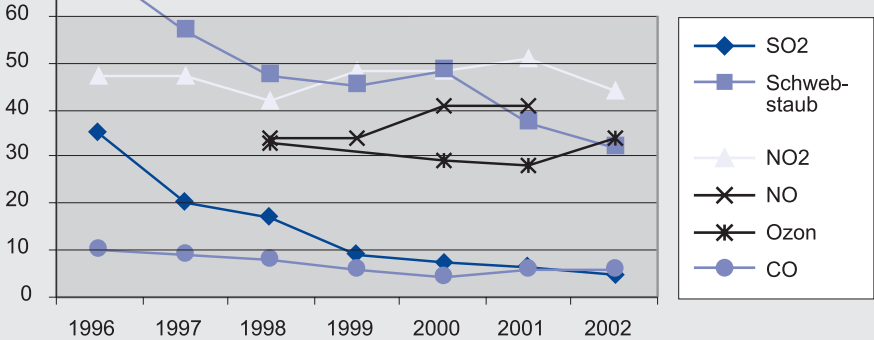
Emission von Treibhausgasen wie Kohlendioxid



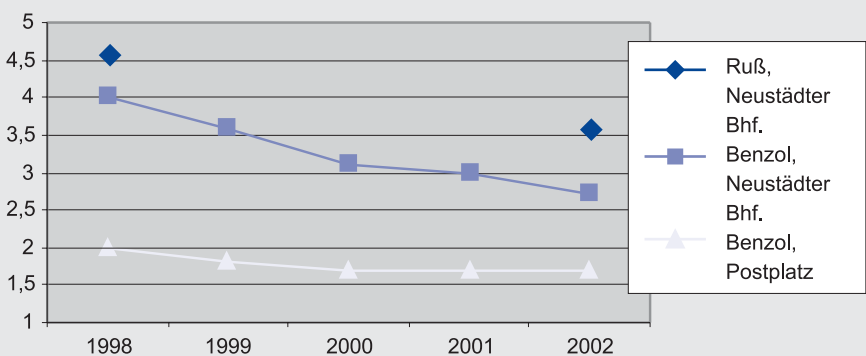
Jahresmittelwerte von Luftschadstoffen in µg/m³, Messpunkt Postplatz



Jahresmittelwerte von Luftschadstoffen in µg/m³, Messpunkt Neustädter Bhf.



Emission von Ruß und Benzol in µg/m³



sion. Eine Ausnahme bildet das Hochwasser-Jahr 2002 (Ausfall des modernen Heizkraftwerkes). Dort betrug die CO₂-Emission ca. 10,8 Tonnen pro Einwohner. Ziel der Bundesregierung für 2005 sind 9,3 Tonnen pro Einwohner und Jahr. Für Dresden ist die Erreichung von 7,7 Tonnen für 2010 vorgesehen. Auch die Angaben zum CO₂-Äquivalent (Einbeziehung anderer Treibhausgase und höherer Atmosphärenschichten) mit durchschnittlich fünf Millionen Tonnen Gesamtemission im Zeitraum deuten darauf hin, dass hier das Ziel von 3,6 Millionen Tonnen im Jahr 2010 schwer erreicht werden kann. Die Höhe der Emissionen insgesamt wird durch die Art der Energiegewinnung und den Verkehr beeinflusst.

Für die Einhaltung der ab 2005 und 2010 geltenden europäischen Grenzwerte ist eine weitere Reduzierung der Schadstoffe PM10, Stickstoffdioxid (NO₂) und Benzol nötig.

Besonderes Interesse gilt in jüngster Zeit den kleinen Mikropartikeln von Stäuben und Ruß mit einer Größe kleiner zehntausendstel Millimeter (PM10), welche durch Kohleverbrennung, Autoabgase, besonders von Dieselfahrzeugen, Bremsstaub und Straßenabrieb verursacht werden. Sie werden in Deutschland erst seit 1998 erfasst. Für sie sind besonders ungünstige Auswirkungen auf die Gesundheit nachgewiesen, wie z. B. Asthma, Bronchitis, Krebserkrankungen, insbesondere der Atemwege und Allergien, aber auch Schädigungen des Herz-Kreislaufsystems und Herzinfarkt. Durch das Landesamt für Umwelt und Geologie wurde mit Messungen von PM10 im Jahr 2001 begonnen. An den Messstationen in Dresden wurde 2002 der ab 1. Januar 2005 geltende Grenzwert für Jahresmittelwerte eingehalten. Am Bahnhof Neustadt wurde der Grenzwert für Tagesmittelwerte bereits überschritten.

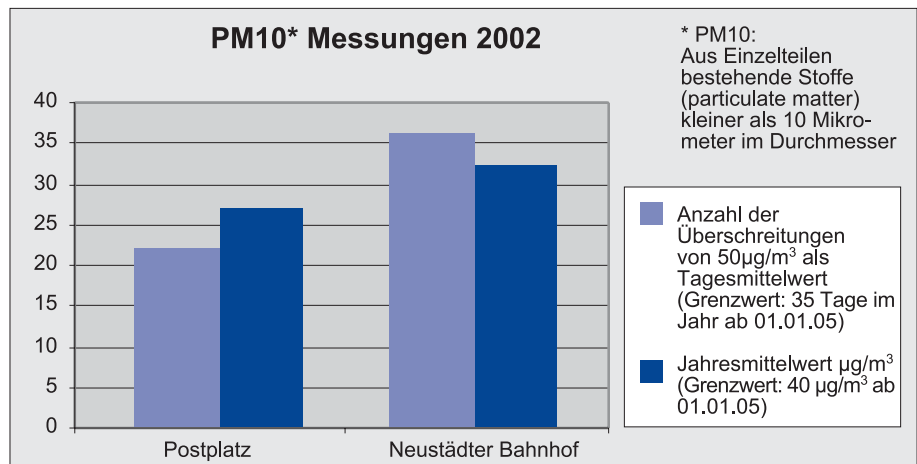
Die Verbesserung der Luftqualität im Zeitraum von 1996 bis 2002 gilt insbesondere für SO₂, Benzol und Schwebstaub. Die Jahresmittelwerte der Belastung durch Schwefeldioxid und Schwebstaub sind an den Messpunkten Postplatz und Neustädter Bahnhof drastisch gesunken. Der ab 2005 geltende Grenzwert von 5 µg/m³ für Benzol als Jahresmittelwert wurde im beschriebenen Zeitraum bereits überall eingehalten. Für den vom Länderausschuß für Immissionsschutz (LAI) empfohlenen Wert von 2,5 µg/m³ (im Flächenmittel) gilt das nicht. Die Emission von Ruß ist am Messplatz Neustädter Bahnhof von 1998 zu 2002 um fast ein Viertel gesunken. Ruß ist jetzt Bestandteil von PM 10. Ruß und Benzol verursachen Atembeschwerden,

Allergiereaktionen, Vergiftungserscheinungen und begünstigen Krebserkrankungen der Atemwege. Im Zusammenwirken mit anderen Schadstoffen, z. B. Ozon, verstärkt sich diese Wirkung nochmals. Für die Ozonkonzentration läßt sich kein klarer Trend erkennen. Hauptverursacher für die Bildung bodennahen Ozons ist der Straßenverkehr. Er ist auch verantwortlich für die sehr geringe Abnahme der Stickstoffdioxid-Belastung.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Belastung mit Schadstoffen am ehesten auf verkehrsreiche und schlecht belüftete Straßen und Gebiete konzentriert. Hier kommt es auch zu einer Kumulation der verschiedenen Schadstoffe, welche in Kombination die stärkste Wirkung auf die Gesundheit haben.

Bedeutung:

Mit dem Indikator Luftbelastung werden lokale Belastungen und Gesundheitsrisiken beschrieben. Vor verunreinigter Atemluft gibt es für den Menschen kaum einen Schutz, denn sie wird weitgehend ungefiltert aufgenommen. Das birgt erhebliche gesundheitliche Belastungen und Erkrankungsrisiken unterschiedlicher Art in sich. Ein hoher Ausstoß von Luftschadstoffen und Treibhausgasen hat global massive ökologische Auswirkungen auf Klima und Umwelt, z. B. auf den Klimawandel, die Naturzerstörung und Naturkatastrophen sowie auch auf die Bausubstanz der Kommune. Für erhöhte Luftbelastung gibt es vielfältige Ursachen, die kommunal, lokal oder regional bedingt sein können. So wirken sich z. B. das lokale und globale Klima, die geographischen Gegebenheiten und die Belüftungssituation, die Höhe des Verkehrsaufkommens sowie Beschaffenheit der Straßen, die Industrie und Energiewirtschaft auf die Konzentration der Schadstoffe aus. Luftbelastungen entstehen aber auch durch Handwerk und Gewerbe, den Flugverkehr sowie durch Belastungen in Innenräumen von Gebäuden. Maßnahmen der Sicherung der Luftqualität stellen an die verschiedenen Politikfelder jeweils unterschiedliche Anforderungen. So z. B. für die Verkehrs-, Umwelt- und Standortpolitik allgemein sowie für den Wohnungsbau.



Partizipation

■ 34 Wahlbeteiligung

Definition:

Die Wahlbeteiligung ist die Anzahl abgegebener Stimmen an der Anzahl aller wahlberechtigten Personen in Prozent. Wahlberechtigt sind generell Personen ab 18 Jahren. Es wird die Wahlbeteiligung insbesondere an den Kommunalwahlen, aber auch an den Landtags- und Bundestagswahlen ausgewiesen.

Ergebnisse:

Die größte Wahlbeteiligung zeigten die Bürger der Stadt bei den Bundestagswahlen mit durchschnittlich 76,6 Prozent Wahlbeteiligung. Sie ist seit 1990 relativ konstant. Nur 1998 lag sie mit 82,3 Prozent noch höher.

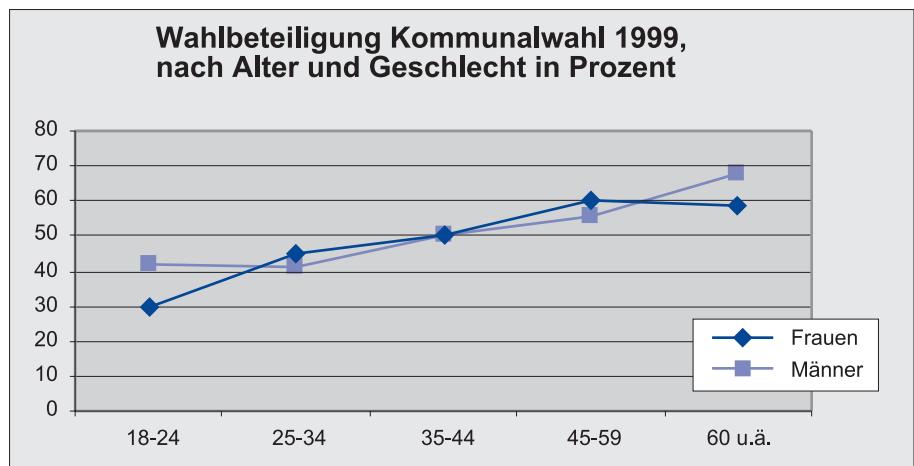
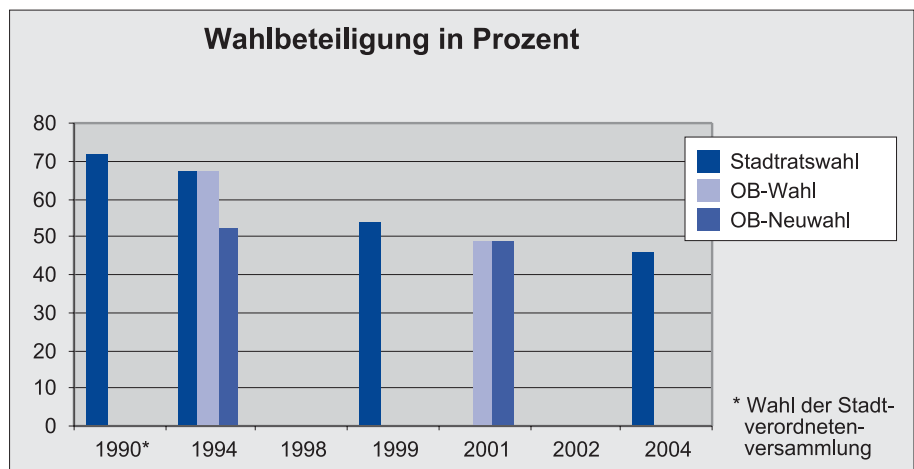
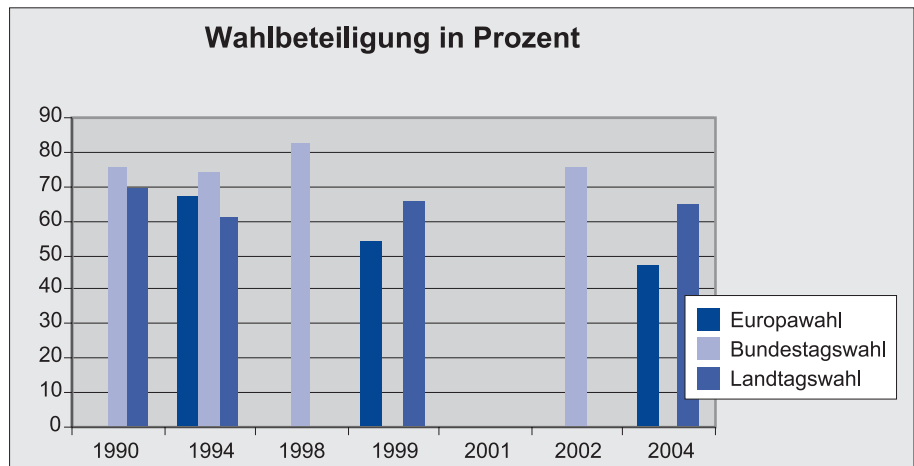
Die größte Wahlbeteiligung zeigten die Dresdner bei den Bundestagswahlen mit durchschnittlich 76,6 Prozent Wahlbeteiligung.

Mit durchschnittlich 64,7 Prozent Wahlbeteiligung an den Landtagswahlen, lag die Wahlbeteiligung der Bürger nach den Bundestagswahlen an zweiter Stelle. Die Wahlbeteiligung ist hier konstant hoch, nur 1990 lag sie geringfügig höher.

Die Wahlbeteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament (Europawahl) gehörte zu den geringsten und beträgt im Jahr 2004 nur 46,3 Prozent. Damit fiel die Wahlbeteiligung hier seit 1994 um mehr als ein Drittel.

Auch die Wahlbeteiligung an den Stadtratswahlen (1990 Wahl der Stadtverordnetenversammlung) der Kommune sank stark. Sie betrug 1990 71,3 Prozent (erste freie Wahl der Stadtverordneten nach der Wende). Im Jahr 2004 lag die Quote bei 45,9 Prozent. Von 1999 zu 2004 sank die Wahlbeteiligung um 14,5 Prozent.

Bei den Oberbürgermeister-Wahlen (OB-Wahl) zeigt sich eine ganz ähnliche Entwicklung wie bei den Stadtratswahlen.



Die Wahlbeteiligung sank um fast ein Drittel, von 67,1 Prozent im Jahr 1994 auf 48,2 Prozent im Jahr 2001. Die Beteiligung an den Oberbürgermeister-Neuwahlen (OB-Neuwahl) fällt mit durchschnittlich 50,2 Prozent ebenfalls gering aus.

Die Wahlbeteiligung an den Stadtratswahlen sank von 1999 zu 2004 um 14,5 Prozent.

Die Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik zeigte eine deutliche Altersabhängigkeit der Wahlbeteiligung. Die Berechnung der Wahlscheininhaber (Briefwahl) bei der Kommunalwahl 1999 ergab eine Wahlbeteiligung von 36 Prozent bei den 18- bis 24-Jährigen, die mit dem Alter anstieg, um bei den über 60-Jährigen 63 Prozent zu erreichen. Dabei ist nur in den Randgruppen auch eine Geschlechtsabhängigkeit zu bemerken. Die jungen und die alten Frauen wählten deutlich seltener als ihre männlichen Altersgenossen. Bei den über 60-Jährigen ist dabei noch zu berücksichtigen, daß der Anteil Hochbetagter (über 80) bei den Frauen mit 22 Prozent mehr als doppelt so hoch ist wie bei den Männern.

Bedeutung:

Der Indikator zeigt die allgemeine Wahlbeteiligung der Bevölkerung ab 18 Jahren an. Bei sinkender Wahlbeteiligung wird deutlich, dass Teile der Wahlberechtigten auf eine mögliche politische Einflussnahme verzichten.

Quellen: Kommunale Statistikstelle der Landeshauptstadt Dresden

■ 35 Anzahl der Selbsthilfegruppen/Selbsthilfegruppendichte

Definition:

Der Indikator gibt die Anzahl Selbsthilfegruppen* in der Kommune an. Die Selbsthilfegruppendichte ist die Anzahl an Selbsthilfegruppen in der Kommune pro 100.000 Einwohner am 31. Dezember des Jahres.

Von 1997 bis 2003 wurden durchschnittlich jedes Jahr 16 neue Selbsthilfegruppen gegründet.

Ergebnisse:

In Dresden hat sich eine vielseitige Selbsthilfelandchaft entwickelt. Im Jahr 1997 gab es 125 Selbsthilfegruppen. Im Jahr 2003 waren es bereits 205 Gruppen. Damit wurden seit 1997 durchschnittlich jedes Jahr 16 neue Selbsthilfegruppen gegründet. Die Zahl der Selbsthilfegruppen pro 100.000 Einwohner (Selbsthilfegruppendichte) wuchs von 27,6 im Jahr 1997 auf 43,2 im Jahr 2002.

In den über zweihundert Gruppen sind einige Tausend Menschen aktiv. Es gibt Gruppen für Betroffene und Gruppen für deren Angehörige. Die unterschiedlichen Selbsthilfegruppen bieten Unterstützung zu vielen sozialen und gesundheitlichen Themen, u. a.:

- zu den häufigsten Krankheitsbildern und Behinderungen
- zu Suchtverhalten und psychischen Erkrankungen
- für Menschen in Lebenskrisen und
- für Menschen in besonderen sozialen und biologischen Lebenssituationen

Bedeutung:

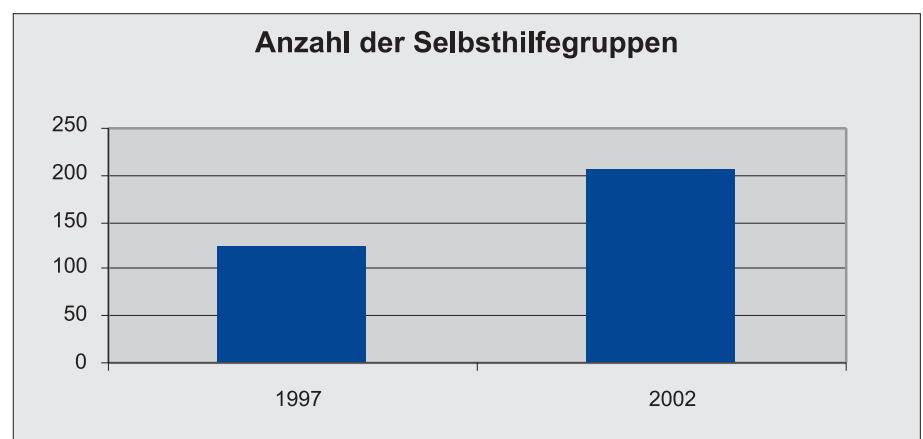
Der Indikator soll einen Teil des freiwilligen Bürgerengagements und der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger außerhalb von traditionellen kommunalen Strukturen und Institutionen aufzeigen. Das frei-

willige Engagement erfordert von den beteiligten Akteuren einen erheblichen Aufwand. Mit der Zahl der Selbsthilfegruppen und ihren Vernetzungsstrukturen wird ein soziales Potential deutlich, das für die kommunalpolitische Gestaltung des Lebens in der Stadt genutzt werden kann.

Quellen: Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen**

* In Selbsthilfegruppen schließen sich Menschen mit gleichartigen gesundheitlichen, seelischen oder sozialen Problemen zusammen, um gemeinsam mit anderen Betroffenen ihre Lebenssituation besser zu bewältigen. Die Mitglieder der Selbsthilfegruppen wollen in der Gruppenarbeit freiwillig, selbstbestimmt, gleichberechtigt und mit gegenseitiger Unterstützung ihre Lebensumstände verändern, anderen der Gruppe beistehen oder helfen. Sie wollen mit ihrer Arbeit keinen Gewinn erwirtschaften. Außerdem wirken Selbsthilfegruppen in das soziale und gesundheitspolitische Umfeld hinein, um auf ihre Lage bei Krankheit und in besonderen sozialen Situationen aufmerksam zu machen oder Verbesserungen in der Versorgung und Betreuung zu erreichen. Somit sind sie auch eine wirksame Stütze für das Gesundheits- und Sozialsystem und das soziale Leben der Kommune insgesamt. Selbsthilfegruppen werden nicht von professionellen Helfern geleitet, manche ziehen jedoch gelegentlich Experten zu bestimmten Fragestellungen hinzu.

** Selbsthilfekontaktstellen bieten Bürgerinnen und Bürgern und Selbsthilfegruppen Unterstützung und Beratung unabhängig von der konkreten Problemstellung an. Sie sind auch kompetente Kooperationspartner für professionelle Helfer und Institutionen des sozialen und gesundheitlichen Versorgungssystems.





Impressum

Herausgeber:

Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister
WHO Gesunde Städte Projekt
Telefon (03 51) 4 88 21 54
E-Mail: GesundeStadt@dresden.de
Beirat »Gesunde Städte«
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon (03 51) 4 88 23 90
und (03 51) 4 88 26 81
Telefax (03 51) 4 88 22 38
E-Mail: presseamt@dresden.de
Postfach 12 00 20
01001 Dresden
Internet: www.dresden.de

Redaktion:

Karsten Rossa, Julia Muschner, Sigrid A. Friedreich

Titel & Gesamtherstellung:

designXpress dresden

Druck:

Formular Druck Dresden GmbH

gedruckt auf Recyclingpapier

Redaktionsschluss Juni 2005

Kein Zugang für elektronisch signierte und verschlüsselte Dokumente. Verfahrensanträge oder Schriftsätze können elektronisch (insbesondere per E-Mail) nicht rechtswirksam eingereicht werden. Dieses Informationsmaterial ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Landeshauptstadt Dresden. Es darf nicht zur Wahlwerbung benutzt werden. Zur Unterrichtung ihrer Mitglieder können es Parteien als Informationsmaterial nutzen.